

Das Parlament

Berlin, Montag 21. Dezember 2015

www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 52 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Am Ziel seines Engagements

Jan Philipp Albrecht Das schönste Geburtstagsgeschenk kam für den Grünen-Europaabgeordneten Jan Philipp Albrecht, der am Sonntag 33 Jahre alt wurde, vergangene Woche aus Brüssel: Nach vier langen Jahren Gerangels zwischen EU-Parlament und Ministerrat wurde endlich die Einigung über die neue Datenschutz-Grundverordnung der EU verkündet. Albrecht, der 2009 als damals jüngster deutscher Abgeordneter ins Europaparlament eingezogen war, ist der Berichterstatter bei diesem Thema für die EU-Abgeordneten. Bürgerrechte sind für den Datenschutzexperten schon lange ein Thema. Und im Zuge der Aufmerksamkeit für das Thema nach den Snowden-Enthüllungen hat es der Niederschlag mittlerweile zum Filmstar geschafft: In dem jetzt angelaufenen Kinofilm „Democracy – im Rausch der Daten“ steht Jan Philipp Albrecht im Mittelpunkt. *kru*

ZAHLE DER WOCHE

3.999

Änderungswünsche der Europaparlaments-Fractionen gab es in den insgesamt vierjährigen Beratungen zur neuen Datenschutz-Grundverordnung der EU. Das war ein neuer Parlamentsrekord.

ZITAT DER WOCHE

»Eines der wichtigsten EU-Reformprojekte«

Heiko Maas (SPD), Bundesjustizminister, zur Einigung vergangene Woche in Brüssel über die neue Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Medizinprodukte Oppositionsvorstoß für mehr Patientensicherheit Seite 4

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Vergaberecht Koalition will Erleichterung für den Mittelstand Seite 7

EUROPA UND DIE WELT
EU Kanzlerin Merkel gibt Regierungserklärung zum Europäischen Rat ab Seite 10

KEHRSEITE
Ausschreiben Beim Weihnachtsrätsel gibt es viele Preise zu gewinnen Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Rückzug vom Abzug

AFGHANISTAN Bundestag beschließt gegen ursprüngliche Pläne die Ausweitung des Bundeswehreinsatzes

Das Fanal verbindet sich mit dem Namen Kundus: Dass die Taliban Ende September die Provinzhauptstadt im Norden für einige Tage überrennen konnten, hat nicht nur das Vertrauen in die afghanische Armee erschüttert. Geschwunden ist auch die Zuversicht westlicher Politiker von Washington bis Berlin, dass man die ausländischen Truppen nach nunmehr 14 Jahren Schritt für Schritt zurückholen könne. Vom Abzug ist keine Rede mehr.

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag mit großer Mehrheit beschlossen, die militärische Präsenz in Afghanistan wieder zu verstärken (18/6743, 18/6946). Damit erhöht sich die Zahl der einzusetzenden Bundeswehrsoldaten im Rahmen der Nato-Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission „Resolute Support“ von bisher 850 auf bis zu 980. Die Bundeswehr bleibt entgegen den ursprünglichen Plänen auch „in der Fläche“, namentlich im Norden, präsent, statt sich nur noch auf Beratung und Ausbildung in Ministerien und Stäben in Kabul zu konzentrieren. Zudem soll die Bundeswehr afghanische Truppen bei ihren Einsätzen begleiten dürfen – ein Umstand, den Linke und Grüne bereits als Schritt in Richtung Kampfeinsatz werten oder, wie die Grünen-Abgeordnete Agnieszka Brugger, als „gefährlichen Rutschbahneffekt“ kritisieren.

Aus Sicht der Koalition ist die Ausweitung von „Resolute Support“ richtig und notwendig, um bisher Erreichtes nicht zu gefährden und all jene, die am friedlichen Aufbau des Landes interessiert sind, nicht im Stich zu lassen“, wie es der SPD-Abgeordnete Lars Klingbeil formulierte. Sein Fraktionskollege Niels Annen sah „keinen Grund zur Freude, weil sich Afghanistan nicht so entwickelt hat, wie wir das erhofft haben“. Allerdings sei es eben auch keine Option, Fortschritte zu ignorieren oder gar das Land ganz seinem Schicksal zu überlassen. Gerade die junge Generation werde nicht akzeptieren, dass Afghanistan „in das Mittelalter der Taliban-Herrschaft zurückkehrt“, sagte Annen.

Erwartungen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nannte 2015 ein „hartes Jahr für Afghanistan“. Die Ankündigung der ausländischen Truppen, sich aus der Fläche zurückzuziehen, habe die Taliban ermutigt, die afghanische Armee „teilweise entmutigt“. Es gehe nun darum, die „reine Orientierung an Zeitlinien“ zu korrigieren und stattdessen die militärische Präsenz an den Fortschritten zu bemessen. Der Einsatz sei zudem kein „Blankoscheck“, sondern mit klaren Erwartungen an die afghanische Re-



Friedenstauben als Wandmalerei an einem Schutzwall aus Beton im Regierungsviertel in Kabul



© picture-alliance/dpa

gierung verbunden, endlich wichtige Reformen – vor allem Wirtschaftsreformen – anzugehen. „Wir dürfen in der wirtschaftlichen Aufbauphase und in der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan nicht nachlassen, gerade weil wir uns militärisch weiter zurückziehen und nur noch im Hintergrund agieren“, sagte von der Leyen. Es könne nicht sein, dass Deutschland die Bundeswehr schicke, „um zu stabilisieren und Schritt für Schritt die Eigenständigkeit Afghanistans wiederherzustellen, und gleichzeitig die ausgebildeten und wohlhabenden Afghanen das Land verlassen“.

Christine Buchholz (Die Linke) bezeichnete „den Nato-geführten Krieg in Afghanistan“ als gescheitert. Der Einsatz zeige, dass sich Frieden und Demokratie nicht von außen erzwingen ließen. Statt dieses Scheitern einzugestehen, entsende die Bundesregierung erneut mehr Soldaten. Die Tatsache, dass viele Menschen aus Afghanistan fliehen (siehe Text unten), zeige, dass sie die Hoffnung auf Frieden und eine sichere Zukunft verloren hätten. Es sei

zynisch, wenn Innenminister Thomas de Maizière (CDU) argumentiere, dass deutsche Soldaten Afghanistan sicherer machen und man deshalb erwarten könne, dass die Afghanen im Land blieben, sagte Buchholz. Agnieszka Brugger (Grünen) lenkte den Blick auf positive Entwicklungen wie den Zugang zu Bildung insbesondere für Mädchen. „Diesen Fortschritt können auch rückwärtsgewandte Taliban nicht mehr zerstören.“ Der 14 Jahre währende Einsatz zeige aber, dass es nicht gelingen sei, die Taliban militärisch zu besiegen. Wie lange die Bundeswehr bleibe und anhand welcher Kriterien sie eines Tages vollständig abziehe – darauf gebe die Bundesregierung keine Antwort und

»Das Jahr 2015 ist ein hartes Jahr für Afghanistan gewesen.«

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU)

„diese Unklarheit birgt Gefahren für die Zukunft“. Hinzu komme, dass die politischen Akteure in Kabul „das alte Spiel der Machtkämpfe, der Klientelpolitik und der Korruption weiter“ treiben würden, statt endlich einen besseren Staat aufzubauen. „Wie kann unter diesen Bedingungen Ihr militärisches

Engagement zum Erfolg führen?“, fragte Brugger.

Jürgen Hardt (CDU) nannte es „klug und richtig“ vom Zeitplan abzuweichen und vom Rückzug aus der Fläche abzusehen. Die Situation sei nach wie vor nicht so, „dass wir auf diesen Einsatz verzichten können“, wengleich auch zur Kenntnis genommen werden müsse, dass es in vielen Regionen durchaus relativ stabile Verhältnisse gebe. Allein die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren Hunderttausende Afghanen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt seien, spreche für die Erfolge des militärischen Engagements. Hardt begrüßte die Einigung der Innenminister der Bundesländer, die Entscheidung generell niemanden nach Afghanistan zurückzuführen, zugunsten einer individuellen Prüfung aufzuheben. „Das halte ich für eine logische Konsequenz unserer Anstrengungen in Afghanistan.“

In diesem Punkt scheint allerdings zwischen der Koalition vor, Abschlottung zur Richtung zu bestehen: Die Vorstellung, man könne jetzt im großen Rahmen Rückführungen organisieren, halte er „auch nach den Lageberichten unserer eigenen Botschaft in Kabul für unrealistisch“, urteilte er. *Alexander Heinrich*

EDITORIAL

Mit wacher Begleitung

VON JÖRG BIALLAS

Was in der Außenpolitik heute richtig ist, kann morgen falsch sein – und umgekehrt. Zumal in Krisenregionen ist es nahezu unmöglich, politische Zustände langfristig zu prognostizieren. Zu instabil, zu anfällig sind häufig mühsam aufgebaute staatliche Strukturen. Binnen vergleichsweise kurzer Zeit verändern sich Machtverhältnisse und damit die Einflussfaktoren auf die Zukunft des Landes.

So war und ist es auch in Afghanistan. Jetzt, das hat der Bundestag in der vergangenen Woche nach kontroverser Debatte beschlossen, sollen dorthin wieder mehr deutsche Soldaten geschickt werden.

Das klingt inkonsequent. Ein alter Fehler, der abermals gemacht werde, kritisieren deshalb auch die Gegner dieses Einsatzes. Nein, notwendige Hilfe, um Erreichtes nicht vollends zu gefährden, kontern die Befürworter. Immerhin habe niemand vorhersehen können, wie sich das Vakuum entwickelt, das nach dem Rückzug der Bundeswehr entstanden war.

So viel steht fest: Zum Guten haben sich die Dinge in Afghanistan tatsächlich nicht entwickelt. Die Protagonisten der radikal-islamischen Lehre sind wieder aus dem Untergrund hervorgekrochen, in den sie die westlichen Truppen gezwungen hatten. Die Hoffnung, wenigstens in Ansätzen ein von demokratisch-modernen Werten geprägtes und mithin friedliches Zusammenleben der Menschen vermittelt zu haben, ist vielerorts im Wiedererstarken der alten Machthaber zerstorben.

Das Ziel dieser Einsätze war und ist vor allem auch der Aufbau von Ordnungsstrukturen im Land, die eines Tages ohne fremde Hilfe funktionieren. Dass das in einer Nation, in der Vetternwirtschaft und Korruption nicht als verwerflich, sondern als ganz normal gelten, nur schwer zu erreichen ist, liegt auf der Hand. Trotzdem sehnen sich die meisten Afghanen nach Frieden, Gewaltlosigkeit und einer gesicherten Zukunft für ihre Kinder in der Heimat. Daraus rückt Verantwortung. Auch für den Westen.

Vor dem Hintergrund der Flüchtlinge aus Afghanistan, die immer noch in Scharen nach Europa drängen, hat Deutschland ein handfestes Interesse an stabilen Verhältnissen am Hindukusch. Deshalb mag ein erneutes militärisches Engagement dort zu rechtfertigen sein. Jedenfalls dann, wenn der Bundeswehr-Einsatz von der Politik wach und kritisch begleitet wird.

»Bekämpfen Sie Fluchtursachen, nicht Flüchtlinge«

FLUCHTPRÄVENTION Opposition fordert Stopp von Rüstungsexporten und fairen Handel. Sorge um Lage in Afghanistan

Fast eine Million Menschen kamen nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) in diesem Jahr über das Mittelmeer nach Europa. Auf der Liste der Herkunftsländer stand Syrien an erster Stelle, gefolgt von Afghanistan, Irak und Eritrea.

Besonders Afghanistan bereitet Beobachtern Sorge. Derzeit verlassen pro Monat bis zu 100.000 Menschen das Land, nur die wenigsten von ihnen kommen nach Deutschland. Doch das könnte sich bald ändern. Der Afghanistan-Experte Reinhard Erös beschrieb vor einigen Wochen in der ARD-Tagesschau eine sich dramatisch verschlechternde Situation im Land. Zwei Millionen Menschen saßen in der Hauptstadt Kabul und anderswo auf gepackten Koffern. „In Afghanistan sind in den letzten Monaten mehr Zivilisten ums Leben gekommen als in den vergangenen 14 Jahren“, sagte Erös. Warum das so ist, erklärte vergangene Woche der Afghanistan-Beauftragte für Humanitäres der Vereinten Nationen, Mark Bowden: Die Zahl der von den Taliban eingenommenen Distrikten sei in diesem Jahr sprunghaft angestiegen, sagte er in New York. „23 wurden in



100.000 Menschen verlassen derzeit Monat für Monat Afghanistan.

diesem Jahr von den Taliban erobert. 2014 waren es drei.“ Auch wenn diese Gebietsgewinne, wie im September in der Provinzhauptstadt Kundus, oft nur kurzfristig seien. „Sie senden Schockwellen in die Bevölkerung“, warnte Bowden. Die Bundesregierung will dennoch im Einzelfall über eine Rückführung von Asylbewerbern aus Afghanistan entscheiden. Es gebe Gebiete, in denen sich ein „weit-

hend normales Leben“ abspiele, erklärte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Doch diese Haltung stößt bei der Opposition im Bundestag auf massive Kritik. In der Debatte über zwei Anträge (18/7046, 18/7039) von Grünen und Linken, in denen diese ein größeres Engagement bei der Bekämpfung von Fluchtursachen fordern, warf Claudia Roth (Grüne) der Koalition vor, Abschottung zur Richtschnur ihres politischen Handelns zu machen. „Dann ist es auch nur logisch, wenn mit dem Etikett sicherer Herkunftstaaten Realität politisch undefiniert wird, sogar in Ländern wie Afghanistan, der Türkei oder dem Kosovo“, urteilte sie. Ihr Appell: „Bekämpfen Sie Fluchtursachen, nicht Flüchtlinge!“

Sevim Dagdelen (Die Linke) sagte, die Abschottung von Kriegsflüchtlings nach Afghanistan oder von Roma in den Kosovo würde die Probleme nicht lösen. Durch ihre „militärische Außenpolitik“ schaffe die Bundesregierung jeden Tag nur neue Fluchtursachen, urteilte Dagdelen, etwa, indem sie weiter Waffen exportiere. Die Forderungen beider Fraktionen: Rüstungsexporte stoppen, legale Einreisemöglich-

keiten nach Europa schaffen, fair Wirtschaften und Handeln.

Die Linken wollen darüber hinaus, dass die Bundesregierung nicht länger an „Regime-Change-Strategien“ und Nato-Militärinterventionen beteiligt. Dazu sagte Roderich Kiesewetter (CDU): „Wo wären wir denn, wenn wir Ihrem Antrag mit Blick auf Afghanistan folgen würden? Dann würden die Taliban immer noch regieren!“ Er betonte zudem, das Auswärtige Amt habe sein Engagement bei der Flucht- und Krisenprävention bereits deutlich verstärkt. Ute Finckh-Krämer (SPD) sagte, die Weltgemeinschaft müsse Waffenstillstands- und Friedensprozesse unterstützen und deutlich mehr humanitäre Hilfe leisten. „Mittelfristig“, urteilte sie, „brauchen wir aber einen umfassenden Neuanfang für die Regionen, aus denen die Flüchtlinge stammen.“ *Johanna Metz*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MEHR SOLDATEN NACH AFGHANISTAN?

Das kleinere Übel

PRO



Thomas Kröter, DuMont-Hauptstadredaktion

Nichts sei gut in Afghanistan, hat die Theologin Margot Käbmann einmal gesagt. Das ist schon eine Weile her, aber noch immer nicht ganz falsch. Es geht langsamer voran, als sich die Nationen gewünscht haben, die 2001 am Hindukusch den Krieg gegen den Terror begonnen haben. Osama bin Laden ist tot. Doch die Taliban sind nicht besiegt. Anderswo sind neue Akteure des Schreckens aufgetaucht. Es wäre zu kurz gegriffen, all das auf den militärischen Einsatz gegen den Terror zurückzuführen. Sicher wurden Fehler gemacht. Das waren nicht nur die fatalen „Kollateralschäden“ für die Zivilbevölkerung. Der wichtigste Fehler war von Anfang an, dass der Einsatz nur mit halber Kraft geführt wurde. George W. Bush wollte in Afghanistan ein Zeichen setzen. Als es nicht so recht voranging, verlor er die Lust. Aus innenpolitischen Gründen. Deshalb beschäftigte auch Barack Obama sich eher damit, seine Soldaten nach Hause zu bringen, als mit den Bedingungen eines Erfolges vor Ort. Der ist auch weiterhin nicht so schnell zu erzielen. Warum dann nicht sagen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende? Weil es ein Schrecken für die Falschen wäre. Einen Truppenabzug würde das Regime in Kabul wohl nicht überstehen. Es ist das kleinere Übel gegenüber einer totalen Machtübernahme der Taliban. Sie würde die kleinen zivilisatorischen Fortschritte zerstören – die Schulen für Mädchen, den Beginn einer Zivilgesellschaft. Und auch die noch höchst unvollkommenen Anfänge eines Staatsaufbaus. Um das alles zu schützen, braucht es, nicht nur, aber auch: Soldaten. Sie müssen das afghanische Militär schulen, ihm auch durch Aufklärung und im Zweifel Einsätze aus der Luft helfen. Der Einsatz in Afghanistan ist noch lange nicht zu Ende.

Es fehlt das Konzept

CONTRA



Stephan Hebel, freier Journalist

Es mag wie ein Widerspruch klingen, ist aber keiner: Mehr Soldaten in Afghanistan lösen die Probleme nicht besser als weniger Soldaten. Das neue Bundeswehr-Mandat krankt an den gleichen Fehlern wie das Ende der Isaf-Mission, das uns erst vor einem Jahr als Lösungsweg angepriesen wurde. Und an den gleichen Fehlern krankte wiederum auch Isaf selbst. All den Einmärschen und den Rückzügen und Wiederaufstockungen ist nämlich eines gemeinsam: Es fehlt ein tragfähiges Konzept für Stabilisierung und Wiederaufbau des Landes. Der Grünen-Abgeordnete und Afghanistan-Kenner Tom Koenigs hat mehr als zehn Jahre lang allen Mandaten zugestimmt, bis er Ende 2014 zu dem Schluss kam: „Wir haben mal mehr, mal weniger Soldaten entsandt, aber für die Sicherheit im Land war das offenbar weniger relevant.“ Und jetzt unterschrieb er einen Antrag, in dem es hieß: „Die jahrelange Strategie, vorrangig mit militärischen Mitteln eine Friedenslösung erzwingen zu wollen, ist gescheitert.“ Recht hat er, leider. Erinnert sich noch jemand, wie der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck verhöhnt wurde, als er 2007 Gespräche mit moderaten Taliban forderte? Heute, nach all den verlorenen Jahren, will auch die Verteidigungsministerin eine Verhandlungslösung. Aber die wird erschwert, wenn sich die seit 14 Jahren gemachte und von den Taliban propagandistisch genutzte Erfahrung des afghanischen Volkes fortsetzt: „Der Westen“ denkt sich eine Mission nach der anderen aus, aber am täglichen Blutvergießen ändert das nichts. Daran zu glauben, dass mehr deutsche Uniformen den Weg zum Frieden ebnen helfen – dazu haben die Afghanen schon lange keinen Grund mehr.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Hardt, als der Bundestag vor einem Jahr die „Resolute Support Mission“ für Afghanistan beschlossen hat, war die Rede von einer Abzugsperspektive. War der Plan zu voreilig?

Wir haben im Laufe des Jahres festgestellt, dass insbesondere der Rückzug aus der Fläche womöglich zu ehrgeizig war. Jetzt geht es darum, den seit 14 Jahren laufenden Unterstützungseinsatz in Afghanistan nicht durch ein übereiltes Ende zu gefährden. US-Präsident Barack Obama hat erklärt, dass für ihn nicht der Abzug Ende 2016 Priorität hat, sondern die Stabilität Afghanistans. Das war bereits letztes Jahr unsere Position. Wir werden den Einsatz fortsetzen und mit zusätzlichen Aufgaben im Bereich des Fernmeldewesens die Zahl der Soldaten von 850 auf bis zu 980 erhöhen. Wir verändern nichts am Auftrag der Bundeswehr. Es bleibt bei der Ausbildungs- und Unterstützungsmission, weil nachhaltige Sicherheit nur dann gewährleistet werden kann, wenn Streitkräfte, Polizei und Justiz Afghanistans selbstbewusst und aus eigener Position der Stärke heraus den Gegnern entgegenzutreten können, die im Land ihr Unwesen treiben.

Deutschland stellt Hunderte Millionen Euro zur Verfügung, die Afghanistan eine selbsttragende Entwicklung ermöglichen sollen. Trotzdem gehört das Land zur den Hauptherkunftsländern von Flüchtlingen. Stößt der „vernetzte Ansatz“ in Afghanistan an seine Grenzen?

Zunächst ist festzuhalten, dass viele Hunderttausend Menschen in den vergangenen Jahren nach Afghanistan zurückgekehrt sind, wir also kein Szenario erleben wie jetzt in Syrien. Aber die zwischenzeitliche Einnahme von Kundus durch die Taliban hat für Verunsicherung gesorgt. Umso mehr müssen wir den Menschen in Afghanistan das Gefühl geben, dass wir dauerhaft an ihrer Seite stehen. Wir müssen auch den Mut haben, Menschen in jene Regionen zurückzuführen, die wir als hinreichend sicher betrachten können. Die afghanische Regierung ist aufgefordert, ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung nachzukommen und afghanische Bürger aufzunehmen. Es gibt im Norden des Landes und in Kabul trotz aller Probleme eine hinreichende Sicherheit. Es gibt keine flächendeckende Bedrohung mehr, so wie das unter der Herrschaft der Taliban der Fall war, insbesondere dort, wo Al-Qaida Rückzugsräume hatte.

Es gibt immer wieder Berichte über Verbindungen zwischen Taliban und pakistanischen Behörden. Muss Pakistan mehr in die Pflicht genommen werden?

Wir ermutigen die afghanische Regierung, das Gespräch mit der pakistanischen Seite zu suchen – das war übrigens ein wichtiger Punkt beim Besuch von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen in Afghanistan Anfang Dezember. Kabul bemüht sich ernsthaft um eine Annäherung an den Nachbarn. Präsident Ghani war ja bereits in Islamabad. Umgekehrt dürfte auch Pakistan kein Interesse an einem Nachbarn haben, der Terrorismus nicht wirksam und aus eigener Kraft bekämpfen kann.

Halten Sie es für ausgeschlossen, dass eines Tages mit den Taliban verhandelt wird?

Es gibt auch unter den Taliban Kräfte, die für eine friedliche Zukunft des Landes zu gewinnen sind. Das ist aber eine Entscheidung der demokratisch gewählten afghanischen Regierung. Sie muss entscheiden, wen sie für geschäftsfähig hält.

Der Bundestag hat auch der Fortsetzung von „Active Endeavour“ im Mittelmeer zugestimmt, einem Einsatz, der noch immer auf Artikel 5 des Nordatlantikvertrags im Zusammenhang mit 9/11 gründet. Soll aus dem Bündnisfall ein Dauerzustand werden?

„Active Endeavour“ hat genauso wie UNIFIL vor der libanesischen Küste, die Operationen „Atalanta“ am Horn von Afrika und „Sophia“ vor der libyschen Küste dazu beigetragen, dass wichtige internationale Seewege sicher sind. Bei „Active Endeavour“ streben wir bis zum Nato-Gipfel Mitte 2016 an, den Einsatz vom Artikel 5 zu lösen und auf eine andere völkerrechtliche Grundlage zu stellen.

»Rückzug war zu ehrgeizig«

JÜRGEN HARDT Ein übereiltes Ende des Afghanistan-Einsatzes würde das bisher Erreichte gefährden, sagt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion



© picture-alliance/dpa

„Active Endeavour“ hat genauso wie UNIFIL vor der libanesischen Küste, die Operationen „Atalanta“ am Horn von Afrika und „Sophia“ vor der libyschen Küste dazu beigetragen, dass wichtige internationale Seewege sicher sind. Bei „Active Endeavour“ streben wir bis zum Nato-Gipfel Mitte 2016 an, den Einsatz vom Artikel 5 zu lösen und auf eine andere völkerrechtliche Grundlage zu stellen.

Wie steht es um die völkerrechtliche Legitimation beim militärischen Vorgehen gegen internationalen Terror? Die Kritik lautet, dass es sich de facto um einen grenzenlos aufgefassten „Krieg gegen den Terror“ handeln würde, der sich gegen nicht-staatliche Akteure wendet.

Alle Bundeswehreinheiten, auch der in Afghanistan und im Rahmen von „Active Endeavour“ und der Syrien-Einsatz, haben eine tragfähige völkerrechtliche Grundlage. Das Recht zur Selbstverteidigung, wie es die Charta der Vereinten Nationen vorsieht, bezieht sich nicht nur auf Angriffe durch Staaten, sondern auch durch nicht-staatliche Akteure. Um den UN-Sicherheitsrat als rechtsschaffendes Gremium noch handlungsfähiger zu machen, wäre es allerdings wünschenswert, wenn wir einen Konsens erreichen könnten, den UN-Sicherheitsrat zu reformieren und seine Zusammensetzung zu ändern. Zudem gibt es den Vorstoß Frankreichs, die fünf Vetomächte dazu zu bringen, dass sie auf ihr

Veto im Fall von Völkermorden verzichten. Diesen halte ich für absolut unterstützenswert.

Was lässt sich aus den Fehlern in Afghanistan beim Einsatz gegen den „Islamischen Staat“ (IS) lernen?

Man darf die Situation in einem Land, in dem man einen Militäreinsatz plant, niemals unterschätzen und sollte ein pessimistisches Szenario mitbedenken. Zweitens haben wir gelernt, dass ein motivierter, gut ausgebildeter einheimischer Soldat oder Polizist ein ganz anderes Potenzial hat, in seiner Heimat für Frieden und Sicherheit zu sorgen als ausländische Kräfte. Deshalb setzen wir beim Kampf gegen den IS auf Akteure am Boden, die mit der Region und den Menschen vertraut sind, wie etwa die Peshmerga im Nordirak.

Also kein Einsatz der Bundeswehr als Bodentruppe – weder in Afghanistan noch im Kampf gegen den IS?

US-Truppen führen gemeinsam mit der afghanischen Armee nach wie vor auch militärische Operationen durch. Das machen wir dort nicht mehr. Mit Blick auf Syrien stellt sich diese Frage heute nicht. Aber es wäre nicht ehrlich, hier von vornherein eine rote Linie zu ziehen.

Hätten Sie sich mehr Klarheit für das Mandat beim Syrien-Einsatz gewünscht?

Der Einsatz besteht aus drei Teilen und der Auftrag ist klar. Es geht um den Schutz des französischen Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“, es geht um die Betankung französischer Kampfflugzeuge durch unsere Tankflugzeuge und es geht um Aufklärung per Satellit und aus der Luft. Der Auftrag der UN-Resolution 2249 umfasst das Recht, den IS dort zu bekämpfen, wo er herrscht. Ein Lagebild, das erlaubt zu beurteilen, wo der IS militärische Stellungen hat, ist Voraussetzung dafür, das Mandat ordnungsgemäß zu erfüllen.

Ist das politische Ziel für Syrien klar genug definiert?

Es wird keinen Frieden in Syrien geben, solange es den IS gibt. Und es wird keine nachhaltige erfolgreiche Bekämpfung des IS geben, solange es den Konflikt in Syrien gibt. Es geht darum, eine Expansion des IS zu verhindern, um dann auf der Basis eines Friedensschlusses die syrischen Kräfte zu ermutigen, geschlossen gegen den IS auf syrischem Gebiet vorzugehen. Das hängt allerdings von zwei entscheidenden Punkten ab. Die syrische Opposition muss einen Weg finden, mit Kräften des syrischen Regimes zu einer Vereinbarung zu kommen, die zu einem Waffenstillstand und idealerweise zu Wahlen führt. Zum zweiten müssen wir Russland davon überzeugen, sich der Bekämpfung des IS und der Befriedung Syriens mit gleicher Konsequenz zu verschreiben, wie wir das tun. Da gibt es positive Signale – etwa das Tandem der Außenminister Lawrow und Kerry, die bei den Genfer Verhandlungen zeigen, dass Russland und Amerika in dieser Frage an einem Strang ziehen. Aber es gibt auch entmutigende Signale, wenn man sich anschaut, welche Ziele mit russischer Unterstützung in Syrien derzeit bekämpft werden. Das sind überwiegend keine Stellungen des IS, sondern Orte, die der syrischen Opposition zuzuordnen sind.

Das Gespräch führte Alexander Heinrich. ||

Jürgen Hardt (CDU) ist seit 2009 Mitglied des Bundestages und seit 2015 außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Pazifistin: Ute Finckh-Krämer

Sie hat es wieder getan. Mit wenigen weiteren SPD-Abgeordneten stimmte Ute Finckh-Krämer vergangene Woche im Bundestag – wie schon 2014 – gegen den „Resolute Support“-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Statt eines Abzugs der deutschen Soldaten soll die Truppe am Hindukusch mit neuem Mandat 2016 sogar von 850 auf 980 Mann verstärkt werden, laut Regierung zur Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. „Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Truppe in Afghanistan weiter aufgestockt werden soll und nicht stärker auf Verhandlungen gesetzt wird“, empört sich die Berliner Sozialdemokratin. Seit Jahren sei klar, dass der Bürgerkrieg am Hindukusch durch „Einsparungen von außen nicht gewonnen werden kann“, sagt Finckh-Krämer. Insofern seien Begründungen wie der Bundesregierung für das erweiterte Mandat „nicht nachvollziehbar“, dass nun auch die Taliban im Land selbst den Krieg nicht gewinnen könnten. In dem jahrzehntelangen Konflikt habe sich deutlich gezeigt, dass letztlich niemand obsiegen könne – weder die Sowjets, Pakistan, die von den USA unterstützten Aufständischen, die Taliban noch die derzeitige Regierung in Kabul. Finckh-Krämer: „Wir müssen intensiv darüber nachdenken, wie dieser Krieg beendet werden kann, ohne Sieger und Verlierer. Sonst gibt es am Hindukusch keinen Frieden.“ Sie sei froh gewesen über die Reduzierung der Truppe nach Auslaufen des Isaf-Kampfmandats vor einem Jahr. Ein Land wie Deutschland, dass aus historischen Gründen bei den Afghanen immer noch hohes Ansehen habe, sei besser beraten, als „ehrlischer Makler“ Friedensprozesse anzustoßen. „Als Partei im Bürgerkrieg wird das aber schwer

gelingen.“ Im August hatte die Abgeordnete auf einer Afghanistan-Reise in einer Delegation mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) Einblicke in die Situation im Land gewonnen. Wird die Bundeswehrmission am Hindukusch zum endlosen Einsatz? „Ich sehe darin jedenfalls kein ernsthaftes Ausstiegsszenario und keinen ernsthaften Weg zur Unterstützung eines Friedensprozesses“, sagt Finckh-Krämer. „Deutschland sollte sich militärisch aus Afghanistan zurückziehen.“ Berlin solle sich nur noch beim zivilen Aufbau engagieren.



© DBT/Achim Meide

»Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Truppe in Afghanistan weiter aufgestockt werden soll.«

ren, der Modernisierung des Landes, dem Bildungssystem, dem Agrarwiederaufbau oder der Polizeiausbildung. Kann durch die Bundeswehrpräsenz die starke Fluchtbewegung vieler Afghanen nach Deutschland gebremst werden, wie manche in Berlin hoffen? „Nein. Die Flucht der Afghanen hat viele Ursachen“, sagt Finckh-Krämer. Die Hilfe für eine Kriegspartei werde die Flucht, die ja nicht nur kriegsbedingt sei, nicht stoppen.

Ute Finckh-Krämer ist aus Prinzip gegen alle Bundeswehreinheiten unter Waffeneinsatz, mit Ausnahme von UN-Missionen mit Waffen nur zur Selbstverteidigung. Die 59-Jährige ist überzeugte Pazifistin und seit ihrer Schulzeit friedenspolitisch aktiv. Geprägt wurde sie von ihrem Vater, dem evangelischen Pfarrer Ulrich Finckh. Die Ikone der Friedensbewegung hatte in Zeiten des Ost-West-Konflikts drei Jahrzehnte lang die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer geleitet. So hatte Tochter Ute konsequenterweise auch 2001 am Reichstag gegen das erste, noch unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder durchgesetzte Bundeswehrmandat in Afghanistan demonstriert. Wie hält sie es in der SPD aus, die seit den 1990er Jahren allen Bundeswehr-Auslandseinsätzen, vom Balkan bis zu Syrien, zugestimmt hat? Warum ist sie nicht in der Linkspartei? „In der Breite der Politikfelder fühle ich mich am besten in der SPD aufgehoben“, sagt Finckh-Krämer. Die SPD habe immer eine starke friedenspolitisch engagierte Minderheit gehabt. Im übrigen sei die Linke „keine pazifistische Partei“. Im Bundestag und dort im Auswärtigen Ausschuss sitzt die gebürtige Wiesbadenerin für Berlins SPD seit 2013. Im ersten Leben vor der Politik aber hatte die promovierte Mathematikerin jahrzehntelang mit der „Königin der Wissenschaften“ zu tun. Zuerst in der Erwachsenenbildung in Minden und dann im Berliner Benjamin-Franklin-Klinikum, bis sie 2000 ins Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wechselte. Was bleibt der verheirateten Mutter zweier Söhne als Hobby? Ai-kido, die „pazifistischste“ aller asiatischen Kampfsportarten, sagt die ebenso drahtige wie zierliche kleine Frau. Der Gegner dürfe nicht ernsthaft verletzt werden. Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che), stell. Cvd
Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd
Michael Klein (mkl)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
18. Dezember 2015

Druck und Layout

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhusenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 53
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-43 75
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition

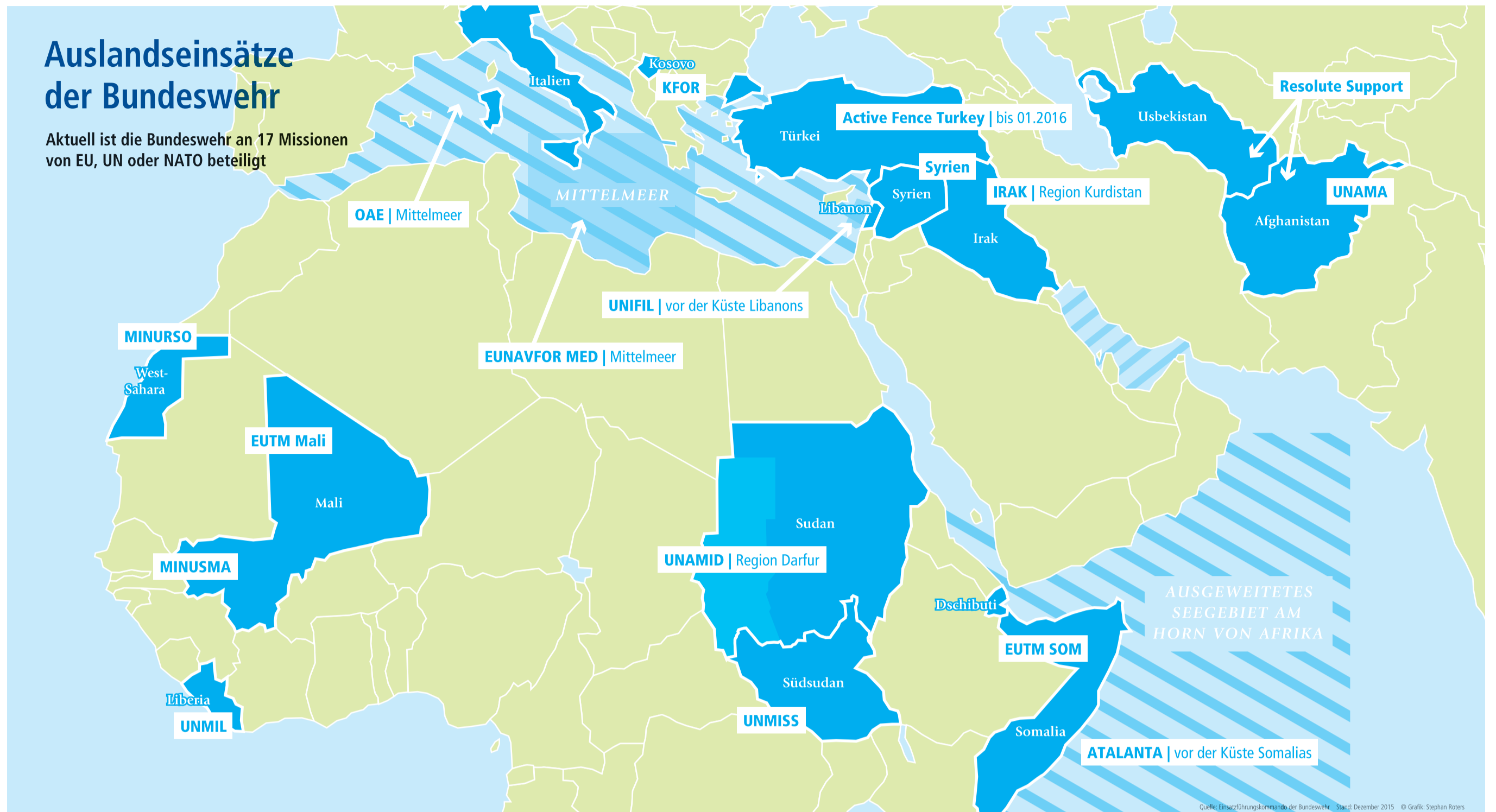
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 74
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverwaltung@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Der Afghanistan-Einsatz ist der komplexeste und auch teuerste Einsatz der Bundeswehr. Sie hat darüber hinaus eine ganze Reihe weiterer Missionen an teils heiklen Krisenherden in Nahost, in West- und in Ostafrika zu bewältigen.

Die Quadratur des Kreises

AFGHANISTAN Nach Jahren des Wiederaufbaus und der Militärinterventionen steht das Land noch immer nicht auf eigenen Füßen

Die westliche Welt atmete erleichtert auf, als das Ende des Afghanistan-Einsatzes der Nato für 2016 angekündigt worden war. Längst beschäftigten andere Krisen im Nahen Osten die Welt. US-Präsident Barack Obama machte deutlich, dass er auch diesen Krieg, den er von seinem Vorgänger geerbt hatte, noch vor Ende seiner Amtszeit beenden wollte. Dass die Abzugs-Entscheidung voreilig war, dass das Land ohne internationale Truppen schutzlos und geschwächt zurückbleiben würde, wurde nur noch in Experten-Kreisen moniert. Spätestens als die nordafghanische Stadt Kundus zwischenzeitlich gefallen war und die Taliban in der Stadt wüteten, wurde weithin deutlich, dass der mit den Tatsachen im Land kaum zu vereinbarende vorschnelle Abzug offenbar ein Fehler war. Der monatelang vorbereitete Einfall der Taliban in eine der fünf großen Städte Afghanistans war eine schallende Ohrfeige für westliche Regierungen. Ihr demonstrativer Optimismus ist seitdem einem Versuch der Klärung gewichen. Enttäuschte sprechen von einem Fiasko, Vorsichtigerer von einem schlecht gemanagten Erfolg. Einig sind sich alle in der Erkenntnis, dass die Mission keineswegs „accomplished“ war, als Washington den Abzug beschloss. Und jetzt scheint es, als gehe es zurück auf Los: Am vergangenen Donnerstag stimmte im Bundestag eine große Mehrheit der Abgeordneten für die Aufstockung der Bundeswehr und die Verlängerung des Einsatzes im Rahmen der Ausbildungs- und Trainingsmission „Resolute Support“. Kritiker sagen, dass die Zustimmung unter dem Eindruck Tausender flüchtender Afghanen stand und wohl weit mehr der Einsicht in die Notwendigkeit geschuldet war als das Ergebnis einer klaren Strategie.

Dabei war, in der Rückschau, lange nicht klar, was „der Westen“ in Afghanistan eigentlich alles erreichen wollte. Neben Isaf operierten in Afghanistan UN-Institutionen und US-Kampftruppen sowie ein Heer an Nichtregierungsorganisationen. Nationale Egoismen überwiegen oft genug den Willen zur konzertierten Aktion. Die Nato-Generäle hatten all die Jahre stets die von ihren Regierungen festgelegten Truppenzahlen und zeitliche Vorgaben kritisiert. Unvergessen ist der Rüffel des damaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld, der seine Strategen belehrte, „man zieht in den Kampf mit den Truppen die man hat, nicht mit denen, die man sich wünscht“. Heute sorgen sich Bundeswehr-Experten hinter vorgehaltener Hand, dass mit der genehmigten Aufstockung von bis zu 850 auf insgesamt 980 Soldaten nicht wirklich „Staat zu machen“ sei. Eine andere Frage scheint ebenso unklar wie zu Beginn: Was wissen wir über Afghanistan? Dabei waren Strategen von Anfang stolz auf das vielbeschworene „vernetzte Herangehen“. Damit war gemeint, dass Militär und zivile Kräfte gemeinsam am Wiederaufbau arbeiteten. So ganz hat dies nicht funktioniert. Wie aber kann der nun neu aufgelegte Afghanistan-Einsatz diesmal sicherstellen, dass zivile Aufgaben auch von zivilen Experten und Institutionen übernommen werden? Der Gesamtbetrag, den die Bundesrepublik im Zeitraum 2001 bis 2015 für zivilen

Wiederaufbau und Entwicklung bereitgestellt hat, beträgt nach Angaben der Bundesregierung rund 4,1 Milliarden Euro. Allein in diesem und im nächsten Jahr sollen jeweils 430 Millionen Euro an zivilen Mitteln nach Afghanistan fließen, davon 250 Millionen als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit und 180 Millionen Euro für den Stabilitätspakt Afghanistan. Ohne Zweifel hat es große Fortschritte gegeben, und dennoch verlassen die Afghanen jetzt zu Tausenden ihr noch immer kaum funktionsfähiges Land. Die Afghanen, die in den ersten Jahren der Intervention durchaus freudig optimistisch einer glänzenden Zukunft entgegengehen wollten, sind enttäuscht. Nach drei Präsidentschaftswahlen, nach wachsendem Entsetzen über die Korruption ihrer Eliten und nach immer neuen Wellen der Taliban-Gewalt scheinen viele keine Hoffnung mehr zu haben. Und selbst jene, die noch bleiben wollen, fragen sich seit Ende 2014 besorgt, wo denn bloß die Jobs sind, die sie zum Überleben brauchen. Sie hoffen auf Infrastrukturprojekte, die ihnen ermöglichen würden, neue Wirtschaftszweige aufzubauen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Westliche Entwicklungszusammenarbeit entsprach mit einigen Projekten diesem Wunsch, aber sie konzentrierte sich in den ersten Jahren hauptsächlich auf den Aufbau staatlicher Institutionen und die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Frauen. Wichtige Hilfen, die zudem zu Hause, in den westlichen Parlamenten leichter, und schneller als Erfolg vorzuweisen waren. Afghanische Frauen haben heute mehr Möglichkeiten und bessere Chancen. Gleichzeitig hat die offensive Förderung von Frauen und Mädchen junge afghanische Männer verunsichert und sie, die eigentlich ebenso Verfechter progressiver Gedanken sein sollten, zum Teil erneut zu kleinen Patriarchen reifen lassen, die wieder ein offenes Ohr für konservative Mullahs und deren schlechtes Gesellschaftsbild haben. Beim Aufbau einer Volkswirtschaft setzen die Geber auf Wettbewerb und neoliberale Rezepte: Afghanistans Grenzen sind für alle Produkte aus dem Ausland weit geöffnet. Eine Folge ist, dass der einzige Wirtschaftszweig in Afghanistan mit Wachstumstendenz der Opium-Anbau ist – keine beruhigende Nachricht für eine junge

Volkswirtschaft. Afghanistan bleibt erschreckend wettbewerbsunfähig und eine Rentierwirtschaft mit viel zu vielen Importen. Laut Weltbank sank die unternehmerische Tätigkeit Afghanistans seit 2014 rapide. Das Wirtschaftswachstum, welches 2013 noch 3,7 Prozent betrug, fiel 2014 auf 1,7 Prozent. Das deutet darauf hin, was Experten häufig befürchtet hatten: Dass sich nämlich das Wirtschaftswachstum zu einem guten Teil der Anwesenheit westlicher Truppen und Aufbauhelfer verdanke. Mit den Truppen verschwanden die Jobs, die Aufträge, die Unternehmen. Verteilung Stets hieß das Motto, erst müsse Sicherheit geschaffen werden, dann solle investiert werden. Nun kommt die Herausforderung einer Quadratur des Kreises gleich: Es müssen Jobs bei gleichzeitigem Kampf gegen die Aufständischen geschaffen werden. Das heißt, dass die Wirtschaft, die unter zahllosen Projekten zu guter Regierungsführung, Stärkung der Zivilgesellschaft und Geschlechterfragen oft genug in Vergessenheit geraten war, nun absoluten Vorrang haben muss. Auch die Verteilung im Land müsste dringend gerechter gestaltet werden. Denn vom Wachstum profitierten bisher nur wenige. Das schafft eine weitere tiefe Kluft und treibt viele junge Menschen ohne Bildung und Zukunftsaussicht in die Reihen der Taliban. Doch in der Vergangenheit wurden die afghanischen Gewerkschaften in der Entwicklungsarbeit und beim zivilen Aufbau so gut wie gar nicht berücksichtigt. Dabei wurde im Westen übersehen, dass sie die einzigen Organisationen sind, die sowohl die dringend benötigten Arbeitsrechtsreformen vorantreiben, als auch für eine gerechtere Verteilung des Reichtums kämpfen könnten. Jahrelang sprachen westliche Politiker von Demokratie in Afghanistan. Sie versprachen, das kriegsgebeutelte Land auf dem Weg zu demokratischen Strukturen zu unterstützen. Die Erfolge in diesem Bereich waren tatsächlich enorm. Obwohl es weiterhin viel zu kritisieren gibt, haben die Afghanen es geschafft, mehrere Wahlen zu organisieren, eine freie Medienlandschaft aufzubauen und die Saat der demokratischen Idee in der Gesellschaft aufgehen zu lassen. Die afghanischen Wähler haben bei der letzten Präsidentschaftswahl die gesamte Welt überrascht. Den Drohungen der Taliban trotzend gingen Millionen zur Urne. Sie wurden aber von ihren eigenen Politikern enttäuscht, die es nicht geschafft haben, den Wahlprozess transparent zu ge-

stalten. Weil US-Politiker einen schnellen und ordentlichen Rückzug ihrer Truppen erreichen wollten, setzten sie ihre afghanischen Kollegen unter enormem Druck. Die zur Zeit in Kabul herrschende „nationale Einheitsregierung“ ist ein Konzept aus Washington. Die damaligen afghanischen Präsidentschaftskandidaten, also der heutige Präsident Aschraf Ghani und sein sogenannter „Geschäftsführer“ Abdullah Abdullah, wurden zur Zusammenarbeit gezwungen. Das Wahlergebnis wurde nie veröffentlicht. Dadurch wurden nicht nur die Wähler enttäuscht, es ging auch ein falsches Signal in die Reihen der Sicherheitskräfte. Diese waren bereits seit Ende 2013 in der Lage, das Land zum größten Teil allein zu kontrollieren. Doch nach der Gründung der neuen Regierung herrschte Chaos. Soldaten und Polizisten wissen längst nicht mehr, wem gegenüber sie loyal sein sollten. Denn Ghani und Abdullah führen ihren politischen Wettbewerb auch innerhalb der „Einheitsregierung“, anstatt zu kooperieren. Dass wegen der Wirtschaftslage die Gehälter der Sicherheitskräfte nicht regelmäßig bezahlt werden können, tut den Rest. Dies dürfte auch einer der Hauptgründe der Taliban-Erfolge sein: Nicht die Taliban werden stärker, die afghanischen Sicherheitskräfte werden schwächer. Hinzu kommen neue Herausforderungen. Heute ist der „Islamische Staat“ auch in

Afghanistan aktiv, die einst geeinten Taliban scheinen sich zu zersplittern. Obwohl der IS schwach ist und die Konkurrenz mit den Taliban Kräfte zehrt, bedeutet die neue Gemengelage eine neue potenzielle Bedrohung, die auch umliegende Länder wie Usbekistan oder Tadschikistan destabilisieren könnte und nicht zuletzt Pakistan, dessen Geheimdienst und dessen Militär häufig vorgeworfen wurde, mit einer heimlichen Unterstützung der Taliban in Afghanistan ein doppeltes Spiel zu treiben. Herausforderungen Auf die westliche Politik wartet eine enorme Herausforderung: Sie muss nicht nur die Aufbau- und Stabilisierungsprogramme für Afghanistan aufrecht erhalten und womöglich noch ausweiten, sondern auch einen Friedensprozess mit den aufgeschlossenen Fraktionen der Taliban ebenso fördern wie die Sicherheitskooperationen in der gesamten Region. Cem Rifat Sey

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Kabul.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

STICHWORT

Hilfen für Afghanistan

> **Wiederaufbau** Seit 2001 hat Deutschland rund 4,1 Milliarden Euro für Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan bereit gestellt. 2015 und 2016 sind es jeweils 430 Millionen Euro.

> **Bundeswehr** Hinzu kommen die Kosten für den Einsatz der Bundeswehr: Bei der aktuellen „Resolute Support Mission“ liegen diese bei rund 245 Millionen Euro. Beim Vorgänger-Mandat (ISAF) beliefen sich die einsatzbedingten Kosten zuletzt auf 580 Millionen Euro pro Jahr.

Zivile Aufgaben Grob gesagt, blieb das erste Kapitel der westlichen Intervention, also der Einsatz bis Ende 2014, im Schatten des Militärischen. Obwohl die westlichen Militärs im Kampf gegen die Aufständischen durchaus erfolgreich waren, scheiterten sie häufig an zivilen Aufgaben, die ihnen von der Politik aufgetragen worden waren. Als die Isaf-Mission aufgelöst wurde, identifizierten Militärs im Isaf-Hauptquartier hunderte Aufgaben, die ziviler Natur waren, aber bisher von ihnen gemanagt worden waren. Im Rückblick erscheint dies als eine folgenschwere Überforderung der Truppen, die ab 2008 zunehmend militärische Herausforderungen und wieder erstarkte Taliban zu meistern hatten.

Wir wünschen Kunden und Mitarbeitern schöne Weihnachten sowie ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2016.

STOLL Gebäude-Service

www.stoll-gebuedeservice.de
info@stoll-gebuedeservice.de



Eingesetztes Risiko

GESUNDHEIT Medizinprodukte können die Lebensqualität verbessern – wenn sie funktionieren

Zigtausend Frauen haben sich minderwertige Brustimplantate einer französischen Firma einpflanzen lassen, die nun wieder herausoperiert werden müssen.

© picture-alliance/dpa

Der 2010 öffentlich gewordene Skandal um platzende Brustimplantate aus minderwertigem Industrierisikolack wirkt bis heute nach. Mehr als 300.000 Einlagen von zweifelhafter Qualität soll die inzwischen insolvente französische Firma Poly Implant Prothèse (PIP) global vertrieben haben. In Deutschland sollen mehr als 5.000 Frauen betroffen sein, etliche von ihnen dürften die riskanten Brustkissen noch mit sich herumtragen, denn die Explantation ist teuer, riskant und aufwändig. Die Krankenkassen zahlen die Eingriffe immer dann, wenn die Silikonkissen aus medizinischen Gründen implantiert wurden. Wer sich hingegen aus rein optischen Gründen für eine Schönheits-OP entschied, bleibt auf einem Teil der Austauschkosten sitzen. Der Markt für Medizinprodukte ist groß und lukrativ, auch zahlreiche deutsche Firmen verdienen hier gut mit. Die deutschen Medizintechnikunternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten erwirtschafteten 2014 nach Angaben des Bundesverbandes Medizintechnologie (BVMed) rund 25 Milliarden Euro Umsatz.

Risikoklassen Medizinprodukte werden in vier Risikoklassen (I, IIa, IIb, III) eingeteilt und müssen strenge Auflagen erfüllen, bevor sie mit dem CE-Zeichen vertrieben werden dürfen. Das gilt vor allem für Produkte aus der höchsten Risikoklasse III, darunter Gelenk- oder Brustimplantate und Herzschrittmacher. Für die Prüfung und Zulassung zuständig sind Benannte Stellen, von denen es etliche gibt. Im Fall der Silikonimplantate war der TÜV Rheinland mit der Prüfung befasst. Allerdings hat der TÜV nach den in Europa geltenden Regeln

den Herstellungsprozess geprüft, nicht die Qualität der Implantate selbst. Mehrere Klagen gegen den TÜV wurden abgewiesen, der Verein sieht sich von den PIP-Verantwortlichen getäuscht. Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu Schadenersatzansprüchen aus dem Fall steht noch aus. Trotz der Prüfungen kommt es bei Medizinprodukten immer wieder zu Pannen. Künstliche Hüften können brechen, Herzschrittmacher versagen. Experten fordern daher schon länger strengere Vorschriften im europäischen Binnenmarkt, ähnlich denen in den USA, wo die zentrale Zulassungsbehörde FDA (Food and Drug Administration) für Medizinprodukte mit hohen Risiken umfangreiche klinische Prüfungen sowie Nutzen-Risiko-Analysen verlangt. Auf EU-Ebene wird über die Details einer Neuregelung derzeit verhandelt. Die Aussprache vergangene Woche über einen Antrag (18/6650) der Grünen-Fraktion für mehr Patientensicherheit bei Medizinprodukten zeigte, dass alle Fraktionen Handlungsbedarf sehen. Allerdings machten Union und SPD deutlich, dass ein Systemwechsel hin zu einer zentralen Zulassungsbehörde aus ihrer Sicht falsch wäre und lehnten den Antrag ab. Die Grünen fordern eine für die Hersteller verpflichtende Produkthaftpflichtversicherung für alle Hochrisiko-Medizinprodukte sowie verpflichtende klinische Prüfungen zum Nachweis der Wirksamkeit dieser Produkte. Ferner müssten Studien zu Medizinprodukten der Klasse III und Implantaten öffentlich zugänglich gemacht werden. Cordula Schulz-Asche (Grüne) rügte, bei den Trilogverhandlungen von EU-Kommission, EU-Parlament und EU-Rat zu dem Themenkomplex spiele die deutsche Seite eine „unrühmliche“ Rolle. Wirtschaftliche Interessen

dürften nicht das alleinige Kriterium bei der Zulassung und Bewertung von Medizinprodukten sein. Wünschenswert wären Zulassungsregeln analog zu Medikamenten, wie es in den USA praktiziert werde. Die Fraktion Die Linke sieht das ganz ähnlich und unterstützte den Antrag der Grünen. Harald Weinberg (Linke) sagte, bei Medizinprodukten jage ein Skandal den nächsten. Die Schäden könnten ebenso gravierend sein wie bei Arzneimitteln, der Patientenschutz sei aber nicht annähernd so ausgeprägt. Weinberg forderte: „Dieser skandalöse Zustand muss beendet werden.“ Es könne nicht sein, dass Medizinprodukte quasi im „Freilandversuch“ an Menschen erprobt würden. Die derzeitige Praxis sei ein „Schlaraffenland“ für Hersteller und ein Albtraum für Patienten. Redner von Union und SPD hielten der Opposition vor, kostspielige und büro-

kratische Änderungen anzustreben. Heiko Schmelle (CDU) versicherte, das Patientenwohl habe Priorität. Ein Skandal wie der in Frankreich dürfe sich nicht wiederholen. Eine Haftpflichtversicherung sei auf freiwilliger Basis schon Marktstandard, die beste Versicherung sei jedoch ein effektives Zulassungsverfahren. Ein Systemwechsel sei dazu nicht nötig, vielmehr sollten die Stellschrauben im bestehenden System „nachjustiert“ werden.

Vertrauen Dietrich Monstadt (CDU) räumte ein, dass mit dem Silikonkandal das Vertrauen der Verbraucher gelitten habe. Das Vertrauen müsse wieder hergestellt werden. Es sei seither auch schon einiges erreicht worden, so etwa die Einführung des Implantatepasses mit einem EU-einheitlichen Datensatz, der die Produktrückverfolgung ermögliche. Die Forderung nach einem Zulassungsverfahren wie in den USA sei aber falsch, zumal Patienten von rasch verfügbaren innovativen Produkten profitierten und die Branche nicht gefährdet werden dürfe. Auch Martina Stamm-Fibich (SPD) umriss die Bedeutung der Branche mit 400.000 Produkten, die Leben retten und die Lebensqualität verbessern könnten. In Deutschland sei dies ein wichtiger Leitmarkt mit 95.000 Mitarbeitern und hohem Exportanteil. Deutschland stehe bei Innovationen global an zweiter Stelle. Es stehe aber außer Frage, dass Medizinprodukte sicher sein müssten. Sie plädierte dafür, Verbesserungen im System zu schaffen, etwa durch strengere Anforderungen und Kontrollen der Benannten Stellen. Die EU-Verhandlungen dazu befänden sich ja offenbar auch auf einem guten Weg. *Claus Peter Kosfeld*

> STICHWORT

Medizinprodukte

> **Branche** Die Medizintechnikfirmen setzten 2014 rund 25 Milliarden Euro um. Im Inland waren es acht Milliarden Euro, im Ausland rund 17 Milliarden Euro.

> **Beispiele** Implantate, Produkte zur Injektion, Infusion, Transfusion und Dialyse, Dentalprodukte, Verbandstoffe, Sehhilfen, Röntgengeräte, Kondome.

> **Behörde** An das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) werden Produktmängel (Vorkommnisse) gemeldet. Die Behörde legt in der Folge eine Risikobewertung vor.

Reparaturen am Drei-Säulen-Modell

RENTE Die Linke fordert eine Anhebung des Rentenniveaus und erntet damit keinen Zuspruch. Die Regelungen bei der Riester-Rente werden überprüft

Die Stiftung Warentest muss sich in ihrer Wortwahl nicht so zurücknehmen und urteilte im September 2015 über die Riester-Rente: „Sicher und planbar – aber nur selten gut.“ Karl Schiewerling, der Rentenexperte der Unionsfraktion, drückte dies in der vergangenen Woche im Bundestag etwas diplomatischer aus, als er ankündigte: „Wir werden die Regelungen der Riester-Förderung überprüfen. Das ist nötig aufgrund der Bedingungen, die die Versicherer ausgeben haben.“ Er sagte dies während der ersten Lesung eines Antrags (18/6878) der Linken, in dem

die Fraktion unter anderem eine Anhebung der Rentenniveaus von derzeit 47,5 auf 53 Prozent fordert und auch die Streichung des „Dämpfungsfaktors“ Riester-Rente. Diese Rente als staatlich bezuschusste Form der privaten Altersvorsorge ergänzt zusammen mit der Betrieblichen Altersvorsorge (BAV) die gesetzliche Rente. An diesem sogenannten Drei-Säulen-Modell, darin waren sich alle Fraktionen einig, muss Einiges repariert werden. Die Linke wollte dabei den Werkzeugkasten vor allem an der gesetzlichen Rente anlegen. Matthias Birkwald, Rentenexperte der Fraktion, beklagte, dass sich die gesetzliche Rente im „freien Fall“ befinde. Ein absehbares Rentenniveau von 43 Prozent im Jahr 2030 werde den Lebensstandard nicht mehr sichern, prognostizierte er. Da aber Riester-Rente und Betriebliche Altersvorsorge derzeit „keine guten Alternati-

ven“ zur gesetzlichen Rente bildeten, sei es „unverantwortlich“, das Rentenniveau abzusenken. Die übrigen Fraktionen rückten Korrekturen bei Riester-Rente und BAV ins Zentrum. Schiewerling warf der Linken vor, eine „eindimensionale Perspektive“ auf die Problematik zu werfen. Denn Rentenpolitik bestehe nicht nur aus dem Rentenniveau, sondern aus insgesamt vier „Stellschrauben“, die miteinander verzahnt werden müssen. Dazu gehörten auch die Beiträge und die Laufzeit einer Rente. „Die Rente ist ein Generationenvertrag, der nur funktioniert, wenn sich alle daran halten. Da kann man nicht einseitig nur vom Rentenniveau reden“, sagte er.

Paradigmenwechsel Markus Kurth, Rentenexperte von Bündnis 90/Die Grünen, rechnete vor, dass die Vorschläge der Lin-

ken 500 Milliarden Euro kosten und zu einem Beitragssatz von 28 Prozent führen würden und fragte: „Ja, wo leben Sie denn?“ Er kritisierte den Antrag, weil die Anerkennung von „strategische Perspektive“ beinhaltet. Gleichwohl erkannte auch Kurth Nachbesserungsbedarf am Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge. Denn das sinkende Rentenniveau werde tatsächlich nicht durch die Riester-Rente und Betriebliche Altersvorsorge aufgefangen, betonte Kurth. Dem schloss sich Martin Rosemann (SPD) an: „Wir brauchen Lösungen für Geringverdienende und Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien.“ Er kündigte an, dass geringe Anwartschaften in einer Lebensleistungsrente noch in dieser Legislaturperiode aufgewertet werden sollen. Außerdem sei ein „Paradigmenwechsel“ bei der Betrieblichen Altersvorsorge

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Innovationen für Patienten

FORSCHUNG Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Forschung müssen nach Ansicht von Union und SPD schneller für die Gesundheitswirtschaft und die Patientenversorgung bereitgestellt werden. In einem Antrag (18/7044) der beiden Fraktionen, über den der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals beraten hat, heißt es unter anderem, bei der von der Bundesregierung geförderten Gesundheitsforschung sollte die Effektivität für die Gesundheitsversorgung verstärkt in den Blick genommen werden. Die Abgeordneten verweisen in dem Zusammenhang auf die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft. In der erweiterten Gesundheitswirtschaft seien in Deutschland 6,2 Millionen Menschen beschäftigt, das sei fast jeder siebte Arbeitsplatz. Mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) würden im Gesundheitsbereich erwirtschaftet. Die erweiterte Gesundheitswirtschaft sei damit die größte Wirtschaftsbranche. Hier seien mehr Menschen beschäftigt als in der Automobil- und Elektroindustrie zusammen. In der industriellen Gesundheitswirtschaft liege die Exportquote bei mehr als 65 Prozent. Die Bedeutung des Sektors werde weiter zunehmen und zugleich mehr denn je auf Innovationen, technische wie soziale, angewiesen sein. Als wichtiger Bereich ausgewiesen wird die Medizintechnik, deren Förderung ausgebaut werden sollte. Stephan Albani (CDU) sagte, die Medizintechnik sei ein zentraler Wachstums-

treiber. Die rund 1.200 kleinen und mittelgroßen Betriebe bildeten die Stütze der Branche. Die Medizintechnik habe zahlreiche Innovationen hervorgebracht, die Leben retten könnten oder das Leben lebenswerter machten. Es sei jedoch ein beschleunigter Transfer aus der Forschung zur Versorgung nötig, damit Patienten nicht jahrelang auf neue Entwicklungen warten müssten. Die Opposition hielt den Regierungskollegen vor, echte Probleme wie die Teuerung im Gesundheitswesen gar nicht anzugehen. Kathrin Vogler (Linke) monierte, die Ökonomisierung im Gesundheitswesen fließe auch in Scheininnovationen. So kämen auch unnütze Medizinprodukte oder Arzneimittel auf den Markt. Handlungsbedarf gebe es bei der Entwicklung neuer Antibiotika im Kampf gegen multiresistente Keime. Der Antrag sei „forschungspolitisch nutzlos und gesundheitspolitisch kontraproduktiv“. René Rösper (SPD) warf der Linken ein einseitiges Ideologieschema vor und verwies auf die milliardenschwere Förderung der Grundlagenforschung, die überhaupt nicht interessengeleitet sei. Kai Gehring (Grüne) befürwortete das Grundanliegen des Antrags, jedoch seien die Forderungen allgemein und vage, etwa was die beschleunigte Zulassung von Medikamenten angehe. Sein Fazit: „Im Antrag verteilen Sie Weihnachtsgeschenke, die Regierung bekommt Lobeshymnen, die Gesundheitsindustrie ein Musterzeugnis und der Mittelstand einen warmen Händedruck.“ *pk*

PID-Verfahren selten genutzt

GENETECHNIK Die Präimplantationsdiagnostik (PID) wird in Deutschland bislang nur sehr selten genutzt. Aufgrund der im Ausland gemachten Erfahrungen wurde von jährlich bis zu 300 Anträgen ausgegangen. Tatsächlich waren es 2014 erheblich weniger, wie aus einer Unterrichtung (18/7020) der Bundesregierung an den Bundestag hervorgeht. Der Zentralstelle zur Dokumentation der Verfahren wurden für das Jahr 2014 insgesamt 13 Anträge auf PID gemeldet. In vier Fällen (vier Paare) kam es zu insgesamt fünf PID. Zahlen von 2015 konnten noch nicht berücksichtigt werden. Fachautoren hätten in einer Veröffentlichung aber darauf verwiesen, dass seit Inkrafttreten der PID-Verordnung (PIDV) am 1. Februar 2014 bis Ende Juni 2015 das Verfahren in Deutschland 34 Mal angewendet wurde.

Die vergleichsweise geringe Zahl wird auch damit erklärt, dass es in der Anfangsphase wenige PID-Zentren gab. Nur dort ist die Durchführung der Untersuchung erlaubt. Am 1. September 2015 waren in Deutschland insgesamt acht PID-Zentren zugelassen. Auch wenn mit der Zulassung weiterer PID-Zentren und der Arbeitsaufnahme weiterer Ethikkommissionen ein Anstieg der Antragszahl einhergehen

könnte, dürfte diese „in den nächsten Jahren die angenommene Höchstzahl von 300 Anträgen pro Jahr nicht überschreiten“, heißt es in der Unterrichtung weiter. Dieser erste Erfahrungsbericht könne im Übrigen „noch keine Ansätze für eine verlässliche Einschätzung der Konsequenzen einer Anerkennung der PID und keine verlässliche Grundlage für eine Überprüfung der Praxis der PID bieten“. So sei das PID-Gesetz zwar bereits am 8. Dezember 2011 in Kraft getreten, die Voraussetzungen für die Anwendung der PID seien aber erst mit der PID-Verordnung geschaffen worden. Mit der PID können mögliche Chromosomenstörungen oder durch Genveränderungen verursachte (vererbte) Erkrankungen festgestellt werden. Dazu werden einem durch künstliche Befruchtung (in-vitro Fertilisation/IVF) erzeugten Embryo in einem sehr frühen Stadium einzelne Zellen entnommen und untersucht. Das Ergebnis der PID entscheidet darüber, ob der Embryo in die Gebärmutter eingepflanzt werden soll oder nicht. In Deutschland ist dieses Verfahren gesetzlich streng reguliert und darf nur genutzt werden, um schwerwiegende Erbkrankheiten, Tot- oder Fehlgeburten auszuschließen. *pk*

Qualifikation für Gesundheitsjobs

HEILBERUFE Der Nachweis von Qualifikationen in Gesundheitsberufen soll europaweit einfacher werden. Mit den Stimmen aller Fraktionen hat der Bundestag dazu in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf (18/6616; 18/7081) zur Umsetzung einer Richtlinie der Europäischen Union gebilligt. In der EU-Vorlage 2013/55/EU geht es um die Anerkennung von Qualifikationen unter anderem in Heilberufen. Die EU-Richtlinie trat bereits am 17. Januar 2014 in Kraft und muss bis zum 18. Januar 2016 in nationales Recht umgesetzt werden. Der Bundestag hatte einige Änderungsvorschläge zu dem Gesetzentwurf vorgelegt, jedoch werden solche EU-Vorlagen üblicherweise Eins-zu-Eins umgesetzt. Teil der Gesetzesnovelle ist ein Europäischer Berufsausweis, der das herkömmliche Anerkennungsverfahren und die Anerkennungsentscheidung ersetzt. Ferner ermöglicht die Neuregelung nunmehr einen „partiellen Berufs-

gang“, wenn Antragsteller in ihrem Herkunftsland für einen Beruf uneingeschränkt qualifiziert sind, ihre Ausbildung jedoch nur einen Teil des Berufsbildes in einem anderen EU-Mitgliedsland ausmacht. In dem Fall ist Arbeitnehmern, die im Ausland arbeiten, der Zugang zu diesem Teil des Berufes erlaubt. Das Gesetz beinhaltet auch einen Vorwarnmechanismus in Fällen, wo nationale Behörden bestimmten Berufsangehörigen die Ausübung ihrer Tätigkeit ganz, teilweise oder vorübergehend verboten haben. In solchen Fällen müssen die zuständigen Behörden aller EU-Länder unterrichtet werden. Das gilt den Angaben zufolge für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen, Gesundheits- und Krankenpfleger oder andere Berufsausgewerke mit Auswirkungen auf die Patientensicherheit. Die Gesetzesnovelle umfasst auch Informationspflichten bei der Verwendung gefälschter Berufsqualifikationsnachweise. *pk*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Rechenkünste sind bei so manchem Rentner gefragt.

© picture-alliance/Frank May

nötig. Diese müsse zu einem „Instrument der Sozialpolitik“ weiterentwickelt werden. Rosemann, wie die Redner der anderen Fraktionen, betonte, dass die gesetz-

che Rente auch in Zukunft die tragende Säule der Alterssicherung bleiben werde und deshalb auch stabilisiert werden müsse. *Claudia Heine*



Barbara John betreut als Ombudsfrau die Hinterbliebenen der Opfer des NSU. Als besonders „mitfühlend und effizient“ lobte sie die Behörden Bayerns vor dem Ausschuss.

© picture-alliance/dpa

Streit um NPD-Verbotsantrag

INNERES Auf Ablehnung in den anderen Fraktionen stößt Die Linke mit der Forderung, Bundestag und Bundesregierung sollten einen Beitritt zum NPD-Verbotsantrag des Bundesrates prüfen. Dies wurde vergangene Woche in der ersten Bundestagsdebatte über einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion (18/7040) deutlich. Darin verwies Frank Tempel (Linke) auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, das Verfahren gegen die NPD zu eröffnen, die „für fast alle Menschen“ für Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit stehe. Gerade mit Blick auf die derzeitige Lage, in der Gewalt gegen Flüchtlinge zu den aktuellsten Problemen des Landes gehöre, solle man prüfen, dem Verbotverfahren beizutreten „und so ein gemeinsames Agieren von Bund und Ländern vor dem Bundesverfassungsgericht zu erreichen“. Thorsten Hoffmann (CDU) entgegnete, die Eröffnung des Verbotverfahrens zeige, dass das Gericht dem Antrag der Länder Chancen einräumt. Das bedeute auch, dass man keinen Beschluss des Bundestages brauche. „Das Verfahren läuft. Jetzt wird es endlich eng für die NPD“, fügte er hinzu. Uli Grösch (SPD) betonte, er hätte sich „gewünscht, dass alle antragsberechtigten Verfassungsorgane mit einer Stimme sprechen“. Würde man den Linken-Antrag aber jetzt so beschließen, verzögere man das nun eröffnete Verfahren, was seine Fraktion nicht wollte. Monika Lazar (Grüne) sagte, sie könne „nicht erkennen, was es an Gewinn bringen sollte, wenn Bundesregierung oder Bundestag dem Verbotsantrag nun nachträglich beitreten würden“. Das Gericht wäre damit „gewiss nicht zu beeindrucken“, argumentierte Lazar. **sto |**

Sorge vor neuem Terror

NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Experten fordern Klarheit über Rolle der V-Leute

In Deutschland droht neuer Terror von Rassisten. Diese Warnung äußerte die Rechtsextremismus-Expertin Andrea Röpke bei einer Sachverständigen-Anhörung im neuen NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages („Terrorgruppe NSU II“). Hinter den aktuellen Anti-Asyl-Protesten stünden häufig „neonazistische Drahtzieher“, sagte die Journalistin, die als exzellente Kennerin der rechtsradikalen Szene gilt. Auch der Publizist Dirk Laabs sowie die beiden Vertreter der Sicherheitsbehörden, Frank Niehörster und Burkhard Freier, äußerten ihre Sorge vor einer zunehmenden Gewaltbereitschaft der rechtsradikalen Szene. In dieser Hinsicht gebe es Parallelen zu den frühen 1990er Jahren, in denen sich auch die späteren NSU-Mitglieder radikalisiert hatten, äußerten die Sachverständigen übereinstimmend. Niehörster ist Leiter des Arbeitskreises Polizei der Innenministerkonferenz (IMK) und Freier Leiter des Arbeitskreises Verfassungsschutz der IMK. Als fünfte Sachverständige war Barbara John geladen, Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU). Mit der Anhörung am

17. Dezember begann der im November gebildete Ausschuss seine Beweisaufnahme. John berichtete den Abgeordneten, die von ihr betreuten Familien seien dankbar dafür, dass sich der Bundestag mit der erneuten Einrichtung eines Untersuchungsausschusses um die weitere Aufklärung der NSU-Verbrechen bemühe. Groß sei noch immer ihre Hoffnung, eine Antwort auf die Frage zu erhalten, warum ausgerechnet ihre Angehörigen Opfer des NSU geworden seien. Die wirtschaftliche Lage der Familien hat sich nach Johns Auskunft in den vergangenen Jahren stabilisiert. Allerdings hätten sie häufig mit rechtlichen Problemen zu kämpfen, etwa bei Fragen der Staatsangehörigkeit. Als besonders mitfühlend und effizient lobte John die Behörden Bayerns. Sie berichtete auch über einen Spendenfonds, mit dessen Hilfe es möglich sei, Fahrten von Angehörigen sowohl zum NSU-Prozess in München als auch zu den Gedenkstätten an den Tatorten zu finanzieren. Der Ausschuss-Vorsitzende Clemens Binninger (CDU) forderte die Sachverständigen auf, nicht nur von eigenen Erkenntnissen und Erfahrungen zu berichten, sondern auch ihre Erwartungen an das Gremium zu formulieren. Dirk Laabs sagte, die Abgeordneten hätten nun „Kärnerarbeit“ zu leisten vor allem im Hinblick auf die Rolle der V-Leute im NSU-Umfeld. Der Mit-Autor des Buches „Heimatschutz: Der Staat und die Mordserie des NSU“ kritisierte, dass sich „zentrale staatliche Akteure“ noch immer der Aufklärung verweigerten. „Dunkelster Flecken“ sei das Bundesland Sachsen, wo sich mindestens zwei V-Leute im unmittelbaren NSU-Umfeld befunden hätten. Laabs kritisierte auch, dass es nach der Enttarnung des NSU 2011 bei den Verfassungsschutzämtern Rücktritte gegeben habe, die Gründe dafür aber nicht öffentlich bekannt seien und keine weiteren personellen Konsequenzen folgten.

Systematische Aufarbeitung Die Journalistin Röpke forderte den Ausschuss ebenfalls auf, die Rolle der V-Leute im NSU-Umfeld näher zu untersuchen. Sowohl sie als auch Laabs erwähnten den Mord am deutsch-türkischen Internetcafé-Besitzer Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel. Zu der Frage, warum sich der Verfassungsschützer Andreas Temme damals unmittelbar vor und möglicherweise auch nach den tödlichen Schüssen am Tatort aufhielt, gebe es weiter zahlreiche Widersprüche. Der erste NSU-U-Ausschuss des Bundestages ist nach Angaben von Laabs zum diesem Thema mehrfach angelegen worden.

Der Leiter des Arbeitskreises Polizei der IMK, Niehörster, nannte als wichtigste Konsequenz aus den NSU-Taten die Einrichtung eines gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus bereits im Dezember 2011. Alle „Altfälle“ seien systematisch auf einen möglichen rechtsradikalen Hintergrund hin untersucht worden. Zudem habe sich die IMK entschieden, den Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei zu verbessern. Wie er später ausführte, stoße das aber an Grenzen durch das vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Trennungsgebot von Polizei und Nachrichtendiensten. Die NSU-Verbrechen und die Fehler bei den Ermittlungen seien auch in die Lehrpläne für die Aus- und Fortbildung des Polizeinachwuchses und der Mitarbeiter aufgenommen worden. „Gravierende Fehler und Versäumnisse“ der Verfassungsschutzämter im Zusammenhang mit den NSU-Verbrechen räumte Burkhard Freier ein. Neben seiner Funktion bei der IMK ist er auch Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (NRW). Als Konsequenz aus den NSU-Verbrechen habe man neue Analyse-Instrumente und einen neuen Leitfaden für die Speicherung von Daten entwickelt. Zum Namen eines Verdächtigen müsse jetzt auch stets eine Analyse hinzugefügt werden, sagte Freier vor dem Ausschuss. Darüber hinaus sei unter anderem mit der Hilfe eines „Behördenzeugnisses“ die Verwertbarkeit von Informationen der Verfassungsschutzämter vor den Gerichten verbessert worden. Zudem bemühe man sich um gemeinsame Standards aller Verfassungsschutzämter für das Führen und Werben von V-Leuten. Freier berichtete den Abgeordneten darüber hinaus, dass die Pegida-Bewegung in NRW und einigen anderen Bundesländern rechtsextrem unterwandert sei. Die fehlende Distanz vieler Menschen dazu bezeichnete er als „großes Problem“. **Joachim Riecker |**

> STICHWORT

Nationalsozialistischer Untergrund

> Mitglieder Kern der Gruppe sollen drei Jenaer Neonazis sein: Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, sowie Beate Zschäpe, die einzige noch Lebende der drei.

> Opfer Vom NSU wurden in den Jahren 2000 bis 2007 neun Migranten und eine Polizistin ermordet.

> Aufklärung Auf Länderebene und nun zum zweiten Mal im Bundestag beschäftigen sich Untersuchungsausschüsse mit dem Thema. In München läuft seit 2013 ein Prozess gegen Beate Zschäpe.

»Die Pegida-Bewegung ist in einigen Bundesländern rechtsextrem unterwandert.«
Burkhard Freier, Chef des NRW-Verfassungsschutzes

Datenschutz für Verbraucher

JUSTIZ Verbraucher werden besser vor dem Missbrauch ihrer Daten geschützt. Ein vergangene Woche vom Deutschen Bundestag verabschiedeter Gesetzentwurf (18/4631, 18/6916) ermöglicht Verbandsklagen, wenn Unternehmen gegen Datenschutzvorschriften verstoßen. Schon bisher können Verbände und Kammern bei Verstößen gegen Verbraucherschutzgesetze klagen. Dazu zählen künftig auch Datenschutzgesetze. Da es einzelne Bürger meist überfordert, gegen große Internetfirmen vorzugehen, können künftig Verbände an ihrer Stelle Unterlassungsansprüche geltend machen. Das neue Gesetz soll unter anderem greifen, wenn Daten zum Zweck der Werbung, der Markt- und Meinungsforschung, des Betriebes einer Auskunft, des Erstellens von Persönlichkeits- und Nutzungsprofilen oder des Adresshandels, erhoben, verarbeitet oder genutzt werden. Wegen der Beschränkung auf kommerzielle Zwecke enthielten sich Bündnis 90/Die Grünen und Linke der Stimme. Sie lasse Unternehmen zu viele Lücken, beklagte Caren Lay (Die Linke). Dem hielt Stefan Heck (CDU) entgegen, Unternehmen müssten nötige Daten, etwa Lieferadressen, speichern können. Renate Künast (Grüne) bemängelte, dass das Verbandsklagerecht nicht die Durchsetzung von Auskunftspflichten umfasst. Internetnutzer könnten kaum herauszufinden, ob Unternehmen ihren Löschungspflichten nachkämen. Johannes Fechner (SPD) lobte die Regelung, wonach für die Kündigung online geschlossener Verträge keine „Schriftform“ mehr verlangt werden darf. **pst |**

Ein Unterabteilungsleiter hörte das Gras wachsen

NSA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS BND-Referatsleiter berichtet über den Beginn der Selektorenprüfung

Mindestens einen hat es also gegeben in der BND-Zentrale in Pullach, der hellhörig wurde. Der „manchmal das Gras wachsen“ hört, wie sich der Zeuge K. ausdrückte. Dem Unterabteilungsleiter B. war auf einmal das Vertrauen in die amerikanischen Freunde abhanden gekommen. „Ich denke, dass er die Befürchtung hatte, dass die NSA uns nicht unbedingt alles im Vorfeld gesagt hat“, schilderte K. am vergangenen Donnerstag die möglichen Beweggründe vor dem NSA-Untersuchungsausschuss. Es war der August 2013, seit Wochen waren die Medien voll von Edward Snowdens Enthüllungen über das Treiben der National Security Agency (NSA), und beim Bundesnachrichtendienst (BND) kam Unterabteilungsleiter B. auf die Idee, einmal nachschauen zu lassen, welche Suchmerkmale die NSA in die gemeinsam betriebene Abhöranlage in Bad Aibling eingespeist hatte. Der Mann hat eben, so der Zeuge, „ein feines Gespür, wie sich Dinge entwickeln können“.

Tatsächlich fanden sich am Ende fast 40.000 NSA-Selektoren, die zur Ausprägung europäischer Ziele geeignet waren. Die Geschichte ist schon oft erzählt worden. Doch die Vertreter der Opposition im Ausschuss können davon nicht genug bekommen. Nach ihrer Ansicht ist sie nach wie vor nicht restlos aufgeklärt. Warum hat B. den Fund nicht nach oben gemeldet? Wann und auf welchem Wege wurde die NSA informiert? Gibt es einen Zusammenhang mit einem weiteren Bestand BND-eigener Selektoren, von dessen Existenz die Öffentlichkeit erst seit Oktober weiß? Der gelernte Luft- und Raumfahrtingenieur K. arbeitet seit 1985 beim BND, seit 2003 als Referatsleiter in der Abteilung T2. Er war der direkte Vorgesetzte jenes Dr. T., den B. mit der Selektorenprüfung beauftragt hatte. Eines Tages, so der Zeuge, habe Dr. T. vor ihm gestanden und gesagt: „Hier läuft was schief.“ Leider ist das seine einzige persönliche Erinnerung. Er habe sich damals mit dem Selektorenproblem nämlich nicht selber befasst, sondern Dr. T. zu dessen Auftraggeber B. weitergeschickt. Nur vom Hörensagen konnte K. deshalb berichten, die Vertreter der NSA in Bad Aibling seien wohl innerhalb einer Woche informiert worden. Aber wie? Per Mail? Post? Persönlich durch Un-

terabteilungsleiter B.? „Alles ist möglich. Ich weiß es nicht“, so der Zeuge. Wieso werde so etwas nicht protokolliert?, wunderte sich die Linke Martina Renner. „Wird das gehandhabt, als ob jemand zum Brötchenkauf geschickt worden wäre?“ Einen Punkt hatte K. denn doch beizutragen. Nach seiner Ansicht ging es B. keineswegs in erster Linie um den Schutz der In-

teressen europäischer Partner, als er die Durchsicht der Selektoren anordnete: „Seine Angst war, dass Selektoren da drin waren, die einen gewissen Deutschland-Bezug hatten, und die wir unter Umständen einfach nicht erkannt hätten.“ Die Sorge, ob die NSA womöglich eigene Bürger ausspähte, sei die Triebfeder gewesen. So habe Dr. T. „wahrscheinlich nach allem gesucht, und er ist dann über weitere Selektoren gestolpert, aber ich denke, dass der Ursprung der Deutschland-Bezug war“. Das fand der Grüne Konstantin von Notz eine interessante Neugierigkeit. Dass Dr. T. im August 2013 bereits auf die 3.300 BND-eigenen Suchmerkmale gestoßen sein könnte, die sich ebenfalls gegen europäische Partner richteten, und mit denen sich in der vorigen Woche das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) befasst hat, hielt der Zeuge für ausgeschlossen: „Dr. T. hat nur die Selektorenliste der NSA untersucht. Es kann nicht sein, dass er über BND-Selektoren gestolpert ist.“ Dass nicht nur die NSA, sondern auch der BND selber europäische Partner bespitzelt hat, erfuhr das Kanzleramt Ende Oktober 2013. Es verheimlichte diesen Sachverhalt allerdings weitere zwei Jahre lang den Geheimdienst-Kontrollleuten des Bundestages. **Winfried Dolderer |**



In der Kritik: der Bundesnachrichtendienst

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Goldhandel lohnt nicht mehr

PARTEIEN Die Koalition setzt ihr Gesetzespaket durch. Es sieht auch höhere Beträge bei der staatlichen Teilfinanzierung vor

In der Bundestagsdebatte über Neuregelungen bei der Parteienfinanzierung gab es vergangene Woche im Grunde drei Streitpunkte. In zweien dieser Punkte – die Erhöhung der Beträge, die die Parteien jährlich im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung erhalten, und eine Regelung, die insbesondere dem bisherigen Goldhandel der „Alternative für Deutschland“ (AfD) einen Riegel vorschieben soll – stritten die Fraktionen nicht miteinander; die Redner wandten sich vielmehr gegen Kritik von außen. Der dritte Punkt, nämlich von der Opposition geforderte schärfere Regeln bei Parteispenden und -sponsoring, ist in dem schließlich vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf von Union und SPD (18/6879, 18/7093) nicht enthalten, weshalb die Grünen dagegen stimmten und Die Linke sich enthielt. Das Gesetz, das der Bundesrat am Freitag billigte, soll bereits zum 1. Januar kommenden Jahres in Kraft treten.

»Es gab seit 2002 keine Erhöhung der Beträge.«

Stephan Mayer (CSU)

Danach werden die Beträge aus der staatlichen Teilfinanzierung für bei Wahlen gewonnene Stimmen entsprechend der Erhöhung der absoluten Obergrenze im Zeitraum von 2010 bis 2014 angehoben. Diese Beträge, die die Parteien für jede Wählerstimme und private Zuwendung bekommen, seien seit 2002 nicht an die Entwicklung der parteispezifischen Preisentwicklung angepasst worden, obwohl die Obergrenze der Parteien zuzustehenden Mittel im Jahr 2011 dynamisiert worden sei, heißt es in der Begründung der Koalitionsvorlage. Mit der Neuregelung erhalten die Parteien für jede für sie abgegebene Stimme pro Jahr statt 0,70 Euro künftig 0,83 Euro, wobei der Betrag für die ersten vier Millionen gültigen Stimmen von 0,85 Euro auf einen Euro angehoben wird. Ab dem Jahr 2017 soll eine „automatische weitere jährliche Erhöhung in dem gleichen Verfahren wie bei der jährlichen Erhöhung der absoluten Obergrenze“ stattfinden.

»Weniger als 20 Prozent« Der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer wertete die Erhöhung von „weniger als 20 Prozent“ in der Debatte als „verantwortungsvoll“. Seit 2002 habe es keine Erhöhung der Beträge gegeben, „die den Parteien pro errungene Wählerstimme beziehungsweise pro einem Euro Mitgliedsbeitrag oder unter Berücksichtigung sonstiger erzielter Zuwendungen zufließen“, weshalb die Erhöhung „in jeder Hinsicht als maßvoll zu bezeichnen ist“, sagte der innenpolitische Sprecher der Unions-Fraktion.

»Ich kann das Gejammer und Geschrei der AfD nicht nachvollziehen.«

Britta Haßelmann (Grüne)

Gabriele Foggrascher (SPD) verwies darauf, dass man die Beträge aus der staatlichen Teilfinanzierung an die Preisentwicklung anpasse und dies seit 2002 nicht mehr geschehen sei. Dabei weite man die staatliche Teilfinanzierung aber nicht aus, fügte sie mit Blick auf Medienäußerungen wie „Selbstbedienungsladen“ oder „Wünsch dir-was-im-Bundestag“ hinzu. Die absolute Obergrenze, „also die Summe des Geldes, das alle Parteien zusammen bekommen“, werde nicht angehoben. Für Die Linke sagte Halina Wawzyniak, sie könne „nachvollziehen, dass die Beträge

pro abgegebener Stimme und pro Zuwendung privater Personen erhöht werden“. Und Britta Haßelmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, betonte, „dass Parteien eine gute finanzielle Ausstattung benötigen, damit sie ihren Aufgaben nachkommen können, und dass das in einem Parteiengesetz geregelt ist, damit Parteien nicht nur individuell auf Private und auf Spenden Dritter angewiesen sind“.

»Trickreiche Einnahmen« Haßelmann wandte sich zugleich gegen das „Gejammer und Geschrei“ der AfD – „Stichwort: Geld gegen Gold“. Es sei nicht Sinn und Zweck des Parteiengesetzes, dass Parteien durch Umsatzgeschäfte und „trickreiche Einnahmen (...) Unterstützung in der Öffentlichkeit sozusagen kreieren“, um damit eine höhere staatliche Finanzierung zu erhalten. Dass nun eine Gesetzeslücke geschlossen werde, sei „absolut richtig“. Nach der Neuregelung werden bei der Berechnung der relativen Obergrenze für die staatliche Teilfinanzierung Einnahmen einer Partei aus Unternehmenstätigkeit nur in Höhe eines positiven Saldos berücksichtigt. Damit soll der Koalitionsvorlage zufolge verhindert werden, dass eine Partei die relative Obergrenze – das Gesamtvolumen staatlicher Zuwendungen an eine Partei darf die Summe ihrer selbst erwirtschafteten Einnahmen nicht übersteigen – „durch Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit ohne Berücksichtigung der Ausgaben künstlich erhöhen kann“.

Auch Wawzyniak bezeichnete es als richtig, dass „bei Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit eine Saldierung zwischen Einnahmen und Ausgaben stattfindet“. Der CDU-Abgeordnete Helmut Brandt nannte es eine „Erschleichung“ staatlicher Subventionen, „künstlich hohe Umsätze ohne Gewinnabsicht zu generieren, wie es die AfD mit ihrem Goldhandel macht und die Partei mit dem sinnvollen Namen ‚Die Partei‘ mit dem Tausch von 80 Euro gegen 100-Euro-Scheine“. CSU-Mann Mayer begrüßte, dass es künftig nicht mehr möglich sei, die relative Obergrenze durch einen „als ominös zu bezeichnenden Goldhandel“ zu umgehen. Wenn die AfD behauptete, das sei „verfassungswidrig“, weil es ein Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot sei, entgegnete er, „dass es sich allenfalls um eine unechte Rückwirkung handelt“, sodass keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen diese Neuregelung bestünden.

Die Novelle enthält noch eine Reihe weiterer, in der Debatte unstrittige Neuerungen. So soll künftig eine Partei, die sechs Jahre hindurch gegen ihre Rechenschaftspflicht verstößt, ihre Rechtsstellung als Partei verlieren. Zugleich soll die Festsetzung von Zwangsgeld durch den Bundestagspräsidenten zur Durchsetzung der Rechenschaftspflicht ermöglicht werden. Darüber hinaus sieht die Novelle die Einbeziehung der Mitgliedsbeiträge bei der Berechnung der Schwelle für die Angabe von Spendern sowie die „Nichtberücksichtigung gegenüber Parteien üblicherweise unentgeltli-

cher Leistungen als Parteieinnahmen auch bei Nichtmitgliedern“ vor. Schließlich sollen Mittel, die nach dem Parteiengesetz von Parteien beim Bundestagspräsidenten eingegangen sind, unmittelbar dem Bundeshaushalt zugeführt werden.



Ein Delegierter hält am Rande des AfD-Parteitag im Februar 2015 in Bremen zwei Goldbarren mit den Autogrammen der Parteichefin Frauke Petry (links) und ihres damaligen Ko-Vorsitzenden Bernd Lucke in der Hand. Die je ein Gramm schweren Goldbarren wurden zu je 50 Euro auf dem Parteitag verkauft, um die Umsatzbilanz zu verbessern. picture-alliance/dpa

gen diese Neuregelung bestünden. Die Novelle enthält noch eine Reihe weiterer, in der Debatte unstrittige Neuerungen. So soll künftig eine Partei, die sechs Jahre hindurch gegen ihre Rechenschaftspflicht verstößt, ihre Rechtsstellung als Partei verlieren. Zugleich soll die Festsetzung von Zwangsgeld durch den Bundestagspräsidenten zur Durchsetzung der Rechenschaftspflicht ermöglicht werden. Darüber hinaus sieht die Novelle die Einbeziehung der Mitgliedsbeiträge bei der Berechnung der Schwelle für die Angabe von Spendern sowie die „Nichtberücksichtigung gegenüber Parteien üblicherweise unentgeltli-

cher Leistungen als Parteieinnahmen auch bei Nichtmitgliedern“ vor. Schließlich sollen Mittel, die nach dem Parteiengesetz von Parteien beim Bundestagspräsidenten eingegangen sind, unmittelbar dem Bundeshaushalt zugeführt werden.

Wawzyniak begründete den Antrag ihrer Fraktion damit, dass „diejenigen, die finanzkräftiger sind“, nicht „auch noch über die Parteienfinanzierung Einfluss auf Parteien

nehmen“ sollten. Sie nutzen „schon heute diverse Möglichkeiten, auf Politik Einfluss zu nehmen“. Haßelmann hielt der Koalition vor, bei den Themen Sponsoring, Absenkung von Veröffentlichungspflichten und Obergrenzen bei Spenden sowie der Beschränkung der Spendenmöglichkeit auf natürliche Personen ausgewichen zu sein. Es sei jedoch wichtig, „dass hier mehr Transparenz und Offenlegung geschaffen werden“. Foggrascher verwies demgegenüber darauf, dass mit den Neuregelungen mehr Transparenz geschaffen werde. So würden die Mitgliedsbeiträge bei der Veröffentlichungspflicht ab 10.000 Euro einbezogen, sagte die SPD-Abgeordnete. Ihr CDU-Kollege Brandt nannte ein grundsätzliches Verbot von Unternehmensspenden „verfassungsrechtlich mehr als bedenklich“. Das stelle auch einen Eingriff in die „Dispositionsfreiheit der Spender über ihr eigenes Vermögen dar“. Helmut Stoltenberg

STICHWORT

Neuregelungen im Parteiengesetz

> Wählerstimmen Die Beträge aus der staatlichen Teilfinanzierung für bei Wahlen gewonnene Stimmen werden um zirka 20 Prozent angehoben.

> Unternehmenstätigkeit Einnahmen einer Partei aus Unternehmenstätigkeit werden bei der Berechnung der relativen Obergrenze (Die staatlichen Zuwendungen an eine Partei darf die Summe ihrer selbst erwirtschafteten Einnahmen nicht überschreiten) nur in Höhe des positiven Saldos berücksichtigt.

> Rechenschaftspflicht Bei einem sechsjährigen Verstoß gegen die Rechenschaftspflicht kommt es – wie bei einer sechsjährigen Nichtteilnahme an Wahlen – zum Verlust der Rechtsstellung als Partei.

Zur Ankunft einen neuen Ausweis

ASYL Die Regierungskoalition will Flüchtlinge schneller registrieren und den Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden verbessern

Mit einer schnelleren Registrierung von Asylsuchenden, Verbesserungen beim Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden und der Einführung eines sogenannten „Ankunftsnachweises“ will die schwarz-rote Regierungskoalition dem Flüchtlingszugang in die Bundesrepublik begegnen. Der dazu vorgelegte Gesetzentwurf der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion (18/7043), mit dem sich der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung befasste, sei ein „zentraler Baustein zur Ordnung und Steuerung des Flüchtlingsaufkommens“, gab der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), dabei zu Protokoll. Um zu wissen, welche Flüchtlinge nach Deutschland kommen, müsse man die

Asyl- und Schutzsuchenden wie auch unerlaubt eingereiste Personen unverzüglich erfassen. Künftig sollten deshalb alle Behörden bereits beim ersten Kontakt mit einem Flüchtling Daten in einem zentralen System, dem Kerndatensystem, aufnehmen. Nach Speicherung der Daten im Kerndatensystem soll Schröder zufolge „unverzüglich“ ein „Sicherheitsabgleich“ erfolgen, mit dem die Sicherheitsbehörden überprüfen können, „ob zu einer Person schwerwiegende Sicherheitsbedenken bestehen“. Zur Beschleunigung der Asylverfahren solle der Kreis der Behörden erweitert werden, die Daten aus dem zentralen Kerndatensystem erhalten. Dies betreffe neben den Sicherheitsbehörden beispielsweise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Aufnahmeeinrichtungen, die Bundesagentur für Arbeit und die Meldebehörden. Der neue, bundeseinheitliche „Ankunftsnachweis“ für Asylsuchende soll nach den Worten Schröders ab dem geplanten Inkrafttreten des Gesetzes im Februar 2016 ausgegeben werden. Seine Vorlage solle die



Den neuen „Ankunftsnachweis“ sollen alle Asylsuchenden erhalten. picture-alliance/dpa

grundsätzliche Voraussetzung für die Gewährung von Leistungen und die Stellung eines Asylantrages sein. Damit wolle man „den Anreiz schaffen, rasch die zugewiesene

Aufnahmeeinrichtung aufzusuchen sowie dort zu bleiben“. Lars Castellucci (SPD) nannte die Einführung des Ankunftsnachweises einen wichti-

gen Schritt, um das Verfahren zu straffen und mehrfache Registrierung zu verhindern. Zudem bringe man „Ordnung ins Verfahren, da auch die Schutzsuchenden ein Interesse daran haben werden, einen solchen Ausweis zu erhalten“. Nina Warken (CDU) erklärte, das neue Gesetz trage zu einer besseren Steuerung und zur Beschleunigung der Asylverfahren bei und helfe auch, „gegen Asylmissbrauch vorzugehen“. Für Die Linke machte Ulla Jelpke deutlich, dass ihre Fraktion „sehr dafür“ sei, die Asylverfahren für Antragsteller wie Behörden zu vereinfachen. Der Gesetzentwurf gehe aber „entschieden zu weit, weil er mehr darauf setzt, einen ‚gläsernen Flüchtling‘ zu schaffen“. Für Luise Amtsberg (Grüne) ist es fraglich, ob es mit der Neuregelung gelingt, die Dauer der Asylverfahren insgesamt zu beschleunigen. Dabei sei das Ziel, „für die anhaltend große Zahl von Asylsuchenden eine rasche und vor allem einmalige Registrierung durch die Behörden sicherzustellen“, im Grundsatz begründenswert. Helmut Stoltenberg

Tag der Wahl des Präsidenten

BUNDESVERSAMMLUNG Rund 14 Monate vor der voraussichtlich nächsten Wahl des Bundespräsidenten hat Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) Zeitpunkt und Ort der 16. Bundesversammlung bestimmt. Sie findet am 12. Februar 2017 im Reichstagsgebäude in Berlin statt, wie aus einer amtlichen Mitteilung des Parlamentspräsidenten an die Bundestagsabgeordneten hervorgeht. Die Bundesversammlung, deren einzige Aufgabe die Wahl des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik ist, besteht laut Grundgesetz aus den – derzeit 630 – Bundestagsabgeordneten „und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden“. Sie wird vom Präsidenten des Bundestages einberufen und tritt, wie es im Grundgesetz-Artikel 54 weiter heißt, „spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen“. sto



Kritik an Vorstoß zu WLAN

WIRTSCHAFT Eine Internet-Verbindung über Funk gilt heute als unverzichtbar. In Nachbarländern ist es selbstverständlich, beim Besuch im Café oder im Bahnhof das Handy über WLAN (Wireless Local Area Network, übersetzt: drahtloses lokales Netzwerk) mit dem Internet mit einem Klick zu verbinden. Nur in Deutschland ist das meistens nicht möglich. WLAN-Betreiber müssen Abmahnungen befürchten, falls ihre Nutzer beim Herunterladen von Daten Urheberrechtsverletzungen begehen. Folge: Frei verfügbares WLAN ist hierzulande selten, meistens schützen sich Betreiber mit Passwörtern. Um die Verhältnisse zu verbessern, hat die Bundesregierung den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Telemediengesetzes (18/6745) vorgelegt. Damit soll klargestellt werden, dass WLAN-Betreiber Zugangsanbieter im Sinne von Paragraph 8 des Telemediengesetzes sind. Diese Anbieter sind für den Inhalt übermittelter fremder Informationen nicht verantwortlich. „Daneben wird der bereits von der Rechtsprechung entwickelte Grundsatz kodifiziert, dass WLAN-Anschlussinhaber nicht als Störer haften, wenn sie zumutbare Pflichten erfüllt haben, um Rechtsverletzungen zu verhindern“, schreibt die Bundesregierung in der Begründung. Diese zumutbaren Pflichten sind nach dem Gesetzentwurf insbesondere dann erfüllt, „wenn der Diensteanbieter 1. angemessene Sicherungsmaßnahmen gegen den unberechtigten Zugriff auf das drahtlose Netzwerk ergriffen hat und 2. Zugang zum Internet nur dem Nutzer gewährt, der erklärt hat, im Rahmen der Nutzung keine Rechtsverletzungen zu begehen“. Die im Gesetz genannten Vorgaben seien von den WLAN-Betreibern in der Regel erfüllbar, teilt die Regierung mit.

»Unpraktikabel« In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie in der vergangenen Woche wurde der Entwurf von den meisten Sachverständigen als unbrauchbar kritisiert. Professor Gerald Spindler (Universität Göttingen) begrüßte zwar, dass der Gesetzgeber nun die unseltsame Unterscheidung zwischen privaten und kommerziellen Diensteanbietern aufgeben, bezweifelte jedoch, ob mit den Regelungen das Ziel der Rechtssicherheit erreicht werden könne und ob gegenüber dem jetzigen Rechtszustand ein Mehrwert zu erwarten sei. Der Entwurf sei außerdem europarechtswidrig. Die geforderten Sicherungsmaßnahmen des Netzwerks gegen ungehinderte Zugriffe seien schwammig formuliert. Auch Rechtsanwalt Niko Härting bezeichnete den vorgesehenen Passwortschutz für WLAN-Zugänge als unpraktikabel. Er teile die Bundesrats-Kritik. „Nur durch eine vorbehaltlose Abschaffung jedweder Störerhaftung des Betreibers wird man das erklärte Ziel erreichen, die WLAN-Abdeckung des öffentlichen Raums nachhaltig zu fördern.“ Diese Ansicht vertrat auch Ulf Buermeyer, Richter am Landgericht Berlin. Er bezeichnete die Störerhaftung als „deutschen Sonderweg, der die Nutzung des Internets unterwegs behindert“. Dabei hätten Internetzugänge über WLAN große Bedeutung für Wirtschaft und Tourismus. Der Entwurf werde die Verbreitung des WLANs nicht fördern. Rechtsanwalt Dieter Frey erklärte, der Gesetzentwurf lasse die erforderliche Sorgfalt bei der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Host-Providings nicht erkennen. Er sah auch einen Verstoß gegen europäisches Recht und sagte angesichts der Einführung von mehreren unbestimmten Rechtsbegriffen „erhebliche Rechtsunsicherheit“ voraus. *hle*



Wenn Unternehmen öffentliche Aufträge wie im Straßenbau ausführen, müssen bei den Geboten auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden.

© picture-alliance/Benjamin Beytekin

Bauen mit Sozialaspekt

WIRTSCHAFT Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geht es nicht mehr länger nur um den Preis

Zwingend nur noch elektronisch soll es künftig bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zugehen – ob Bekanntmachung, ob Vergabeunterlagen, ob Angebotsabgabe oder Vorbereitung des Zuschlags. Und egal, ob es sich um ein Bauprojekt, eine Dienstleistung oder eine Lieferung handelt. Diese Neuerung geriet nicht zum Reizstoff im Meinungsstreit, als es im Bundestag um die Modernisierung des Vergaberechts ging. Für den Gesetzentwurf insgesamt galt dies aber keineswegs.

Ausgewogen Die Bundesregierung ihrerseits stufte bei der Debatte die geplante Neuordnung des Vergaberechts als „ausgewogen und nachhaltig“ ein. Klare und eindeutige Regelungen seien notwendig, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Uwe Beckmeyer (SPD): „Diese Regeln haben wir“, hielt er der harschen Kritik der Opposition entgegen. Er sprach von einer „Reform, die wegweisend ist“. Der Ablauf der Verfahren werde „klarer und deutlicher“. Bei der Vergabe würden „soziale, ökologische und innovative Aspekte“ künftig stärker berücksichtigt. Marcus Held (SPD) strich als „absolutes Novum“ heraus, dass Kriterien wie Soziales

und Umwelt nun besondere Berücksichtigung finden sollen. Gestärkt werde eine „nachhaltige Beschaffung“, die Kinderarbeit werde bekämpft. Held verwies auf die zahlreichen Details, die es zu regeln gelte. Dies solle in einer Verordnung geschehen, wobei das Parlament den Vorbehalt mache, sich auch mit der Verordnung noch selbst zu beschäftigen. Speziell ging er darauf ein, dass beim Wechsel eines Dienstleisters etwa im Eisenbahnverkehr, „das Personal für die Strecke auch übernommen wird“. Aus der Kann-Regelung, wie sie die Bundesregierung vorgesehen habe, werde dank Bundesrat und SPD-Fraktion nun eine Soll-Vorgabe. Michael Schlecht (Die Linke) griff dies auf: Aus dem „Könnte“ sei „bestenfalls ein Sollte“ geworden. Dabei seien „zwingende Regelungen“ nötig. Insgesamt bewertete er den Gesetzentwurf als „vollkommen ungenügend“. Er vermisste eine „gezielte Steuerung sozialer Ziele“. Auftragnehmer dürfe nur werden, wer sich der Tarifbindung nicht entziehe. Solche Regelungen wären nach seiner Einschätzung „möglich gewesen“. Ob in Zukunft bei Vergaben mehr nach sozialen oder ökologischen Kriterien vorgegangen werde, sei „dem Willen oder Unwillen der Entscheidungsträger vor Ort“ überlassen. Für das Verhalten von

Subunternehmern seien „keine hinreichenden Kontrollen“ vorgesehen. Für die Gleichstellung von Frauen und Männern würden „keine Anreize“ geboten. Herlind Gundelach (CDU) lobte den Gesetzentwurf als „wichtigen Schritt zu mehr Transparenz“. Auch zu „weniger Bürokratie und mehr Anwenderfreundlichkeit“, wengleich sie für diese beiden Bereiche einräumte: „Da geht sicher noch etwas mehr“ – vielleicht bei der nächsten Novellierung. Der Gesetzentwurf sehe eine Überprüfung der Regelungen nach drei Jahren vor. Sie hob auf die unterschiedlichen Vergabegesetze der Bundesländer ab und gab der Hoffnung Ausdruck, dass es „irgendwann nur noch ein Gesetz“ gibt. Unternehmen, die sich elektronisch um Aufträge bemühten, müssten dann nicht mehr „16 verschiedene Masken und Softwarelösungen“ berücksichtigen. Katharina Dröge (Grüne) befand, mit der Neuordnung des Vergaberechts sei eine „wirklich große Chance“ verbunden gewesen. Und verwies auf die Ziele „Umweltschutz, Nachhaltigkeit und auf Qualität setzen“. Doch die Koalition habe die Chance „wider besseren Wissens nicht genutzt“. In Sonderheit ging sie auf soziale Dienstleistungen ein, bei denen es auf die Quali-

tät der Betreuung und die Kompetenz des Personals ankomme. Es sei mithin richtig, „weniger auf den Preis zu setzen“. Angesichts der Milliarden-Summen, um die es gehe, und angesichts der von der EU eröffneten Chancen sei der von der EU erdachte Entwurf „unzureichend und lückenhaft“, zudem „mutlos“. Nach der Debatte wurde mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Oppositionsfraktionen der Gesetzentwurf zur Modernisierung des Vergaberechts (18/6281) in der Fassung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (18/7086, 18/7087) beschlossen. Zuvor war ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (18/7089) gegen die Stimmen der drei übrigen Fraktionen abgelehnt worden. Das nämliche Abstimmungsergebnis gab es bei einem Entschließungsantrag der Linken-Fraktion (18/7090). Drei Entschließungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen (18/7090, 18/7091 und 18/7092) scheiterten an der Koalition. Im Ausschuss für Wirtschaft und Energie hatten die Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag durchgesetzt, der besonders den Personalübergang nach der Vergabe von Strecken

im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) betrifft. Hieß es ursprünglich, dass das Eisenbahnpersonal beim Wechsel eines Streckenbetreibers übernommen werden kann, so soll das Personal jetzt unter bestimmten Bedingungen übernommen werden. Betroffen sind aber nur Arbeitnehmer, „die unmittelbar für die Erbringung der übergehenden Verkehrsleistung erforderlich sind“. **Mittelstandsfreundlich** Ziel der Modernisierung ist es, die Verfahren effizienter, einfacher und flexibler zu gestalten und die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen an Vergabeverfahren zu erleichtern. Öffentliche Auftraggeber sollen zukünftig mehr Möglichkeiten bekommen, soziale, umweltbezogene und innovative Vorgaben zu machen. Mit Blick auf die Beschaffung energieverbrauchsrelevanter Waren oder die Berücksichtigung der Belange von Behinderten bei der Definition der Leistung sollen von den öffentlichen Auftraggebern sogar zwingende Vorgaben gemacht werden. Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, müssen nach den Vorschriften des Entwurfs die geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen einhalten. Dies gelte besonders für die Regelungen in für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen und den Mindestlohn. Wer bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstößt, kann von Vergaben ausgeschlossen werden. *Franz Ludwig Averdunk*

»Das neue Vergaberecht ist ausgewogen und nachhaltig.«
Uwe Beckmeyer (SPD)

»Die Koalition hat die Chance wider besseren Wissens nicht genutzt.«
Katharina Dröge (Grüne)

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

VW-Kunden sollen zufrieden sein

RECHT Der VW-Konzern will den Abgaskandal so bewältigen, dass „der Kunde zufrieden herausgeht“. Das versicherte Jürgen Stackmann, im VW-Markenvorstand verantwortlich für Marketing und Vertrieb, in einem Gespräch mit dem Rechtsausschuss. In der letzten Woche. Als wichtigste Maßnahme zum Schutz der Kunden kündigte Stackmann an, dass VW darauf verzichten wird, Verjährungsfristen geltend zu machen. Jeder Besitzer eines von Manipulationen betroffenen Fahrzeugs, egal welchen Baujahrs, kann die Mängel bis Ende 2017 auf Kosten von VW beseitigen lassen. Für die Dieselmotoren mit 2,0 und 1,2 Litern Hubraum werde ein Software-Update genügen, das in weniger als einer halben Stunde aufgespielt werden kann, führte Stackmann weiter aus. Bei den 1,6-Liter-Motoren müsse zudem ein mechanisches Bauteil zwischen Luftfilter und Motor eingebaut werden. In jedem Fall seien „deutlich weniger schwere Eingriffe als zunächst befürchtet“ erforderlich, versicherte Stackmann. Für Nachfragen aus dem Ausschuss sorgte die Ankündigung Stackmanns, eine „entsprechende Empfehlung an die Händler“ auszusprechen, die für die Kunden die Ansprechpartner sind. Daraufhin erläuterte Michael Ganninger, Leiter des Rechtswesens im VW-Konzern, dass es einem Hersteller kartellrechtlich nicht er-

laubt sei, einem Händler Anweisungen zu erteilen. VW werde den Händlern aber in jeder Hinsicht Anreize geben, die Maßnahmen durchzuführen. Auf eine weitere Frage aus dem Ausschuss, ob dies nur für Vertragshändler gelte, erklärte Stackmann, dass „jeder, der die Reparatur durchführen kann“, mit Vertragshändlern „gleichgestellt“ werde. Die Frage, warum überhaupt manipuliert worden sei, wenn jetzt auf so einfache Weise ein rechtmäßiger Zustand hergestellt werden könne, beantwortete Thomas Steg, VW-Generalbevollmächtigter für Außenbeziehungen, mit dem technischen Fortschritt. Im Jahr 2008 habe man noch nicht die technischen Mittel gehabt, mit den Dieselmotoren die strengen US-Stickoxid-Grenzwerte einzuhalten. In Europa allerdings wäre die Manipulation „gar nicht nötig gewesen“, räumte Steg ein. Nachzahlungen bei der Kfz-Steuer wegen falscher Angaben des Schadstoffausstoßes erwartet VW nicht mehr. Es habe sich herausgestellt, dass die Falschangaben beim CO₂-Ausstoß nicht nur wesentlich weniger Fahrzeuge betrafen als befürchtet, sondern auch nur einem Mehrverbrauch von 0,1 bis 0,2 Litern auf 100 Kilometer entsprächen, erklärte Stackmann. VW wolle aber EU-weit die Kosten für eine höhere Kfz-Steuer übernehmen, falls sie auftreten werde. *pst*

Immer öfter geht das Licht aus

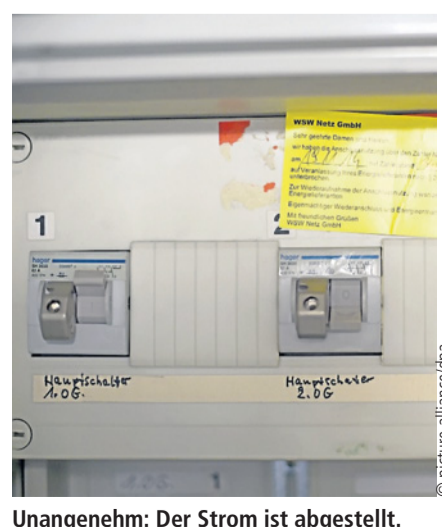
ENERGIE Stromkonzerne dürfen auch weiter Privathaushalten den Strom sperren

Die Stromkonzerne dürfen auch in Zukunft den Strom in Privathaushalten sperren, wenn die Kunden nicht zahlen. Dies beschloss der Bundestag am Donnerstag, in dem er einen Antrag (18/3408) der Fraktion Die Linke auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (18/3751) ablehnte. Bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmten die beiden Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD dagegen. Die Linksfraktion hatte in ihrem Antrag gefordert, dass Stromsperren gesetzlich zu verbieten. Für schutzbedürftige Kunden müsse eine Grundversorgung mit Strom jederzeit möglich sein. Caren Lay (Die Linke) betonte in der Debatte, dass im Jahr 2014 insgesamt 352.000 Haushalte von Abschaltungen betroffen gewesen seien. Rund sieben Millionen Haushalte sei eine Sperre angedroht worden. Somit seien mehr als 20 Millionen Menschen betroffen. Dies sei eine „soziale Katastrophe“. Die Stromkosten hätten sich für private Haushalte in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Dagegen gebe es bei der Industrie Ausnahmegenehmigungen. Dies sei sozial ungerecht. Die Versorgung mit Energie sei ein Grundrecht, deshalb dürfe bei Privathaushalten nicht abgeschaltet werden.

Auch Marcus Held (SPD) hielt die große Zahl von Stromsperren 2014 für „traurigen Rekord“. Aber es sei falsch, Abschaltungen „grundsätzlich“ zu verbieten, wie es in dem Antrag gefordert werde. Er wies darauf hin, dass die Kosten für Strom und Gas in den Hartz-IV Regelsätzen enthalten seien. Trotzdem würden viele nicht zahlen. Deshalb schlug er vor, es zur Pflicht zu machen, die Zahlung von Strom- und Gaskosten an die Sozialämter abzutreten. Außer-

dem sollte eine Pflicht zur Energieberatung gerade für sozial schwache Haushalte eingeführt werden, damit auch Strom gespart werde. „Wir müssen alles tun, dass Menschen menschlich leben können“, sagte er. Der Antrag der Linksfraktion sei jedoch nur populistisch.

Erneuter Antrag Der Abgeordnete Jens Koeppen (CDU) wies darauf hin, dass die Linksfraktion einen solchen Antrag schon fünf Mal gestellt habe. In Deutschland müsse niemand im Dunkeln sitzen. Jeder habe das Recht auf Sozialleistungen. Außerdem könnten die Stromversorger erst abschalten, wenn die Schulden mindestens 100 Euro betrügen und die Abschaltung verhältnismäßig sei. Zudem müsse die Abschaltung vier Wochen vorher angekündigt werden. Er hielt den Antrag für „Energieverschwendung“. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) hielt die Abschaltung von mehr als 350.000 Haushalte im Jahr 2014 für ein „Armutzeugnis“. Deshalb schlug er vor, die Regelsatzberechnung bei Hartz IV zu korrigieren und außerdem seien die Hartz IV-Sätze insgesamt zu niedrig. Das Problem müsse an der Wurzel angepackt werden und nicht nur wie in dem Antrag an den Symptomen. *Michael Klein*



Unangenehm: Der Strom ist abgestellt.

Änderungen im Luftverkehr

VERKEHR Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (18/6988) vorgelegt, der am Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Mit dem Gesetzentwurf soll unter anderem klargestellt werden, dass der gesamte räumliche Einwirkungsbereich eines Flughafens in die Umweltverträglichkeitsprüfung mit einbezogen werden muss. Zudem soll sichergestellt werden, dass für die Durchführung von Rettungsflügen die erforderlichen Flächen an Einrichtungen von öffentlichem Interesse (zum Beispiel an Krankenhäusern) weiter genutzt werden können. Schließlich soll das Recht zur Inanspruchnahme der militärischen Ausnahmebefugnisse des § 30 Luftverkehrsgesetzes neben jenen Staaten, deren Truppen in Deutschland stationiert sind, auch solchen Staaten eingeräumt werden, mit denen eine besondere Vereinbarung besteht. Änderungsvorschläge des Bundesrates hat die Regierung teilweise zugestimmt. *mk*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Am Ende musste der Gipfel noch um einen Tag verlängert werden, doch am Ende stand die Einigung. Nach knapp zweiwöchigen Verhandlungen in Paris und mehrjährigen, mühsamen Vorarbeiten hat sich die Staatengemeinschaft auf einen Nachfolger für das Kyoto-Protokoll geeinigt. In dem noch zu ratifizierenden Abkommen ist das Ziel formuliert, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zum Beginn der Industrialisierung zu begrenzen, idealerweise sogar auf nur 1,5 Grad.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) wählte dann auch „große Worte“, um die Bedeutung des Klima-Abkommens von Paris zu beschreiben – obwohl sie, wie sich die Sozialdemokratin selbst bescheinigte, gar nicht dazu neigt. Der 12. Dezember 2015 werde als „historisches Datum“ in Erinnerung bleiben, sagte sie während einer Aktuellen Stunde zu den Gipfel-Ergebnissen vergangene Woche. Mehr noch: Von diesem Klima-Gipfel gehe ein „Hoffungszeichen“ aus, das es der Weltgemeinschaft trotz globaler Herausforderungen und Unsicherheiten gelingen sei, sich zu einigen.

Hendricks betonte, dass aus deutscher Sicht alle wesentlichen Verhandlungsziele erreicht worden seien. Das Unter-2-Grad-Ziel sei völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben worden, es gebe Regelungen zur Transparenz und regelmäßigen Überprüfung sowie zur Ambitionssteigerung. Zudem sei der jahrzehntelange „Antagonismus“ zwischen Industrieländern und den übrigen Staaten aufgebrochen worden. Das Abkommen stelle zwar die „besondere Verantwortung“ der Industrieländer, die dem Klimawandel Vorschub geleistet hätten, heraus. Dieser werde durch Technologietransfer und finanzielle Verpflichtungen begegnet. Aber auch wohlhabende Schwellenländer würden sich nicht länger hinter den ärmsten Ländern verstecken und „prinzipiell“ zu der Verantwortung stehen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zum Klimaschutz beizutragen, sagte Hendricks. Allerdings sei dies noch nicht völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben. „Das Abkommen gibt uns Rückenwind für das, was wir vor uns haben“, unterstrich Hendricks. Dieser Rückenwind sei auch nötig, denn die langfristige Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft auf Klimaneutralität sei eine „Jahrhundertaufgabe“.

„Nach Paris kann es nicht so weitergehen wie vor Paris“, betonte auch Andreas Jung (CDU/CSU). Das Abkommen müsse mit Leben gefüllt werden. Alle Staaten der Welt müssten „aufsatteln“, um das Ziel auch zu erreichen. Das gelte auch für die Europäische Union. Das Ziel, bis 2030 mindestens 40 Prozent weniger Treibhausgas auszustößen, müsse verschärft werden. Auch in Deutschland müsse mehr getan werden. So könne gerade bei der E-Mobilität noch „eine Schippe“ draufgelegt werden, sagte der Christdemokrat.

Minimalkonsens Für die Opposition könnten es noch ein paar Schippen mehr sein. Das Abkommen von Paris könne zwar „historisch“ werden, die Arbeit fange aber jetzt erst an, mahnte Eva Bulling-Schröter (Die Linke). Der erstmalige Kon-



Nach knapp zweiwöchigen Verhandlungen konnten sich die Teilnehmer des UN-Klimagipfels in Paris freuen, denn es gab endlich eine Einigung.

Gipfelstürmer

UN-KLIMAKONFERENZ Bei geteilter Freude über das Abkommen von Paris – die Opposition sieht die Bundesregierung nun in der Pflicht, mehr zu tun

ens der Staatengemeinschaft in Sachen Klimaschutz sei bedeutungsvoll. Es sei aber kein „Bildbuchabkommen“, sondern völkerrechtlich gesehen nur ein „Minimalkonsens“. Unklar sei, ob der Mechanismus zur Ambitionssteigerung „tatsächlich etwas taugt“. Das sei wichtig, denn noch reichten die Selbstverpflichtungen der Staaten nicht aus. Es drohe weiterhin eine Erwärmung von über drei Grad. Der Klimawandel sei eine „globale Herausforderung“, auf die es auch „globale Antworten“ geben müsse. Keine Antworten dürften dabei Atomstrom oder die umstrittene CCS-Technologie sein, stellte die Linken-Abgeordnete klar. Für die Bundesrepublik forderte

Bulling-Schröter ein Gesetz zum Klimaschutz und Kohleausstieg. Ein „wackliger Klimaschutzplan“ reiche nicht aus. Die Klimaziele müssten verbindlich festgeschrieben werden. Zudem solle 2035 der letzte Kohleleimer vom Netz gehen, forderte die klimapolitische Sprecherin der Linken-Fraktion. Auch der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Anton Hofreiter, forderte deutlich mehr Engagement von der Bundesregierung. Es sei ein „großer Erfolg“, dass sich die Staaten auf ein starkes Ziel geeinigt hätten, auch wenn das Abkommen in Bezug auf Maßnahmen eher schwach ausfalle. Er sei diesbezüglich froh, dass Hendricks die Verhandlungen geführt

habe, denn in anderen relevanten Ministerien sehe es „ziemlich traurig“ aus. Dort werde der Klimaschutz „blockiert“ und „verzögert“. Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) warf Hofreiter vor, die Energiewende durch ein „Abwürgen“ der Photovoltaik zu torpedieren. Auch der Verkehrsbereich müsse angegangen werden, schließlich steige dort der CO₂-Ausstoß. Im Verkehrsministerium werde aber nicht konkret gehandelt. „Machen Sie doch mal diesem Minister Dampf“, sagte Hofreiter in Richtung Bundesregierung und Koalition. Zudem warnte er davor, sich zu sehr auf die Zielwerte für 2050 zu konzentrieren und so möglicherweise Verantwortung aufzuschieben. Deutschland müsse zunächst sein Ziel 2020 erreichen. Dafür brauche es deutlich mehr Anstrengungen. „Sorgen Sie erstmal dafür, dass dieses Ziel eingehalten wird“, sagte Hofreiter. *Sören C. Reimer*

»Nach Paris kann es nicht so weitergehen wie vor Paris.«

Andreas Jung (CDU)

»Vorbild und Entwicklungsland zugleich«

NACHHALTIGKEIT Trotz einiger positiver Trends – Deutschland hinkt den selbst gesetzten Zielen hinterher

In Sachen Nachhaltigkeit gibt es durchaus positive Trends. Laut dem Indikatorenbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes gehören dazu die Entwicklungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der Abbau öffentlicher Finanzschulden und die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus. Dem stehen jedoch negative Entwicklungen in den Bereichen Artenvielfalt, Mobilität, Gesamtstaatlicher Schuldenstand sowie Zukunftsinvestitionen gegenüber. Zudem gibt es laut Bericht viele Ziele, die sich zwar in die richtige Richtung entwickeln – aber zu langsam.

Deutschland brauche mehr Anstrengungen, um seine Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. So lautet die Schlussfolgerung, die der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung daraus zieht, wie aus einer Unterrichtung des Beirats zum Indikatorenbericht (18/7082) hervorgeht. „Wesentliche Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sind noch nicht erreicht und ihre Umsetzung bis 2020 ist unsicher oder nahezu unmöglich“, heißt es darin.

Es ist einiges geschafft, es bleibt aber noch viel zu tun, war denn auch der übereinstimmende Tenor in der Debatte zur Nachhaltigkeit vergangenen Freitag. Dabei forderte Carsten Träger (SPD), die nationale Nachhaltigkeitsstrategie an die beim New Yorker Sondergipfel im September beschlossenen 17 Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) anzupassen und weiterzuentwickeln. Sein Ko-

alitionskollege Andreas Lenz (CDU) verwies darauf, dass Deutschland in Sachen Nachhaltigkeit „Vorbild und Entwicklungsland zugleich“ sei. Für die Opposition, die die Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats mitträgt, sagte Birgit Menz (Die Linke), es komme noch immer zu kurz, dass Nachhaltigkeit in den Bereichen Artenvielfalt, Mobilität, Gesamtstaatlicher Schuldenstand sowie Zukunftsinvestitionen gegenüber. Zudem gibt es laut Bericht viele Ziele, die sich zwar in die richtige Richtung entwickeln – aber zu langsam.

Vorbildliche Architektur habe mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung und dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung eine vorbildliche Architektur für Nachhaltigkeit, befand Carsten Träger. Dennoch gebe es Mängel und daraus abzuleitenden Handlungsbedarf. So habe Deutschland zwar eine Biodiversitätsstrategie, um die Belange der Landwirtschaft und des Artenschutzes zu stärken, doch werde Biodiversitätspolitik nicht als Querschnittsaufgabe verstanden. Der SPD-Abgeordnete plädierte für die Schaffung eines Konsumindikators. „Der Preis muss die Wahrheit sagen“, betonte er. Ein T-Shirt für drei Euro könne aber kaum die tatsächlichen Kosten abdecken. Ebenso müsse man sich bei billigem Fleisch fragen, ob dies auch ohne oder mit veränderten Subventionen – etwa zur Unterstützung des Naturschutzes – zu produzieren wäre. Positiv bewertete Träger die Ergebnisse der Konferenzen von New York und Paris. „Es besteht die Hoffnung, dass die Welt noch rechtzeitig zur Besinnung kommt“, sagte er.

Birgit Menz machte deutlich, dass ihre Fraktion den im Beirat erreichten Kompro-



Erneuerbare Energien sind ein Grundpfeiler nachhaltiger Politik.

miss mitträgt. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Leitbild der Linkenfraktion – eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft – deutlich von dem unterscheidet, was in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie abgebildet werde. „Wir werden deshalb daraufhin arbeiten, dass die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele in Deutschland neue, auch politisch unbequeme Schwerpunkte setzt“, kündigte sie an. Menz forderte Teilhabe für alle und eine gerechte Umverteilung von Wohlstand und Ressourcen. Es gelte anzuerkennen „dass Wachstum nicht grenzenlos ist“. Die Frage, ob sich die Menschen daher einschränken müssten, sei mit Blick auf die Lebensqualität mit Nein zu beantworten. „Lebensqualität hängt nicht vom Massenkonsum ab“, sagte die Linken-Abgeordnete.

In Sachen Nachhaltigkeit seien durchaus Verbesserungen erreicht worden, urteilte Andreas Lenz. „Für mich das wichtigste Beispiel ist der ausgeglichene Haushalt“, so der Unionsabgeordnete. Gleichzeitig würden die Investitionen in die digitale und die Verkehrsinfrastruktur fortgesetzt. „Das ist Nachhaltigkeit auch im Sinne der Generationengerechtigkeit“, befand Lenz. Richtig sei aber auch, dass etwa im Bereich der Mobilität die Ziele nicht erreicht würden. Gebraucht würden „sinnvolle Maßnahmen“, um die Elektromobilität zu fördern. Zur Senkung der CO₂-Emissionen müsse zudem der Kohleausstieg gelingen. Was die Entwicklungszusammenarbeit angeht, so Lenz weiter, seien die selbstgesteckten Ziele noch nicht erreicht. „Wir brauchen also auch weiterhin ein ambitioniertes Vorgehen, um die nationalen Ziele auch zu erreichen“, sagte er und zeigte sich zugleich optimistisch, dass dies gelingen könne.

Politisches Handwerk Mit der Verabschiedung der SDGs und dem „wegweisenden Klimavertrag von Paris“ bekomme die Nachhaltigkeitspolitik neuen Schwung, sagte Valerie Willms. Beide Verträge bedeuteten aber auch vermehrte Umsetzungsanstrengungen hierzulande, fügte die Grünenabgeordnete hinzu. Die Bundesregierung, so ihre Forderung, solle nicht nur „im Bordrestaurant des in die richtige Richtung fahrenden Zuges sitzen, sondern mitsteuern“. Willms warnte davor, sich zu verzetteln. Statt immer wieder neue Strategien und Konzepte wie etwa über „das gute Leben“ zu entwickeln, sollte sich auf die schon vorhandenen Konzepte fokussiert werden. „Machen Sie weniger PR und dafür mehr klassisches politisches Handwerk“, forderte Willms die Bundesregierung auf. *Götz Hausding*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Streit um Endlager Konrad

ATOMMÜLL I Die Frage, ob das geplante Atommüll-Endlager Konrad dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht, hat vergangene Woche bei einem Fachgespräch im Umweltausschuss für Diskussionen gesorgt. Die grundlegenden Sicherheitsberechnungen stammten vom Ende der 1980er Jahre, aktuellere Daten lägen nicht vor, kritisierte Ursula Schönberger, Leiterin des Projekts „Atomüllreport“, das von diversen Umweltorganisationen getragen wird. „Nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik würde niemand mehr daran denken, dort Atommüll einzulagern.“ Dem widersprach Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). Es gebe keine Erkenntnisse darüber, dass dem sicherheitsrelevanten Stand von Wissenschaft und Technik nicht entsprochen werde. Als Betreiber sei das BfS ohnehin gefordert, dies stetig zu prüfen. Dies sei aber im Kontext der Endlagerung eine „völlig unterschätzte Aufgabe“, gab König zu. Es brauche ein System, das über die lange Zeitspanne von Antragsstellung über Genehmigung bis zur Inbetriebnahme einerseits die Bestandssicherheit der Genehmigung garantiere, andererseits aber immer wieder zu Überprüfung führe.

Aktuell wird davon ausgegangen, dass Konrad 2022 in Betrieb genommen wird. Das Endlager nahe Braunschweig ist ein wesentlicher Baustein des Nationalen Entsorgungsprogramms (Nap) der Bundesregierung (18/5980), das

Anlass des Fachgesprächs war. Das Programm enthält eine Strategie, wie mit den radioaktiven Altlasten künftig verfahren werden soll. Grundlage dafür ist eine Richtlinie der Europäischen Union, die von den Mitgliedsstaaten eine Entsorgungsstrategie fordert. Demnach sollen in Konrad, wie geplant und genehmigt, rund 300.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Abfall untergebracht werden. Abfälle, die aus sicherheitstechnischen Gründen für Konrad nicht geeignet sind, sowie die noch zu bergenden Abfälle aus der havarierten Schachtanlage Asse und Abfälle aus der Urananreicherung sollen laut Napo idealerweise am selben Standort eingelagert werden wie hoch radioaktive Abfälle. Die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kriterien für die Suche nach einem solchen Endlager erarbeitet aktuell die von Bundesrat und Bundestag eingesetzte Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe. Ob eine Kombi-Lagerung möglich sei, müsse erst noch analysiert werden, sagte Horst Geckels (Karlsruher Institut für Technologie, Institut für Nukleare Entsorgung). Es handle sich um „grundverschiedene Abfallströme“. Mit Wechselwirkungen müsse gerechnet werden. Dazu müssen ein Konzept erstellt werden. Michael Sailer (Öko-Institut e.V.) verwies zudem darauf, dass noch nicht mal klar sei, wie groß die Menge der zu lagernden Uran-Tails sei. Auch die Beschaffenheit der Asse- und sonstigen Abfälle sei noch unklar. *scr*

Behördenstruktur nimmt Formen an

ATOMMÜLL II Die organisatorische Struktur der Suche nach einem Atommüll-Endlager und dessen Betrieb nimmt Formen an. Bei der Sitzung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (Endlager-Kommission) kündigte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) am vergangenen Freitag Weichenstellungen im kommenden Jahr an. So solle im Frühjahr ein entsprechender Gesetzgebungsprozess in die Wege geleitet werden. Zudem soll laut Hendricks im ersten Halbjahr 2016 eine bundeseigene Gesellschaft für Endlagerung (BGE) gegründet werden, die Vorhaben- und Betreiber der künftigen Lager sein wird. Die Asse GmbH, die am gleichnamigen Standort für die havarierte Schachtanlage zuständig ist, sowie die DBE GmbH, die für Gorleben, Salzgitter (Schacht Konrad) und Morsleben zuständig ist, sollen in die neue Gesellschaft überführt werden. Für die Umstrukturierung sei ein Zeitraum von zwei Jahren vorgesehen, sagte Hendricks. Dabei werde den Interessen der Belegschaften der beiden zu integrierenden Gesellschaften in „angemessener Weise“ Rechnung getragen, betonte die Ministerin. Sie sei sich bewusst, dass es sich um ein „sensibles Vorhaben“ handle. Auf Behördenseite wird das bereits gegründete Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE) für Endlager-, Zwischenlager- und Transportfragen zuständige Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde werden. Entsprechende Zuständigkeiten werden dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) entzogen. Das BfS soll sich künftig nur um Strahlenschutz kümmern.

BGE und BfE sollen dem Bundesumweltministerium (BMUB) unterstellt werden. Eine von den Kommissions-Mitgliedern Edeltraud Glänzer und Erhard Ott im Vorfeld der Sitzung ins Spiel gebrachte andere Aufteilung unter den Ressorts der Bundesregierung lehnte Hendricks ab. Dem Trennungsgrundsatz, den Glänzer und Ott ins Feld geführt hatten, werde Genüge getan, sagte die Umweltministerin. Dieser Auffassung stimmten auch zahlreiche Kommissionsmitglieder während der Sitzung zu. Es sei eine „schlichte Selbstverständlichkeit“, die Gesellschaften dem BMUB zu unterstellen, betonte Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen). Es wäre abträglich für die Glaubwürdigkeit, würde eine Institution herangezogen, die nicht über die notwendige fachliche Expertise verfüge, sagte der Grünen-Politiker. Kommissions-Mitglied Klaus Brunsmeier (BUND) lobte Hendricks Pläne. Sie greife damit viel auf, was die unter seiner Ko-Leitung stehende Arbeitsgruppe innerhalb der Kommission zum Thema Behördenstruktur erarbeitet habe. In Bezug auf das von Hendricks angekündigte Gesetzgebungsverfahren bat er um eine Intensivierung des Informationsaustausches. Da sei noch „ein bisschen Luft nach oben“, sagte Brunsmeier. Die 32-köpfige Endlager-Kommission soll gesellschaftliche und wissenschaftlich-technische Kriterien der Endlager-Suche erarbeiten. Ein erster Berichtsentwurf soll bis voraussichtlich März entstehen. Abschließend vorgelegt werden soll der Text Ende Juni 2016. *scr*

Erneuerbare wärmen

WIRTSCHAFT Heizungen haben noch viel Sparpotenzial

Die Energiewende bedeutet weit mehr als Stromerzeugung und Energieeffizienz. Auch die Wärmeerzeugung und das Sparen von Heizenergie gehören dazu. Und gerade aus dem Wärmebereich kommen gute Nachrichten: Das Ziel der Bundesregierung, den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch für Wärme und Kälte bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent zu erhöhen, dürfte erreicht oder sogar übertroffen werden. Diese Prognose gibt die Regierung in dem von ihr als Unterrichtung (18/6783) vorgelegten Zweiten Erfahrungsbericht zum Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (2. EEWärmeG-Erfahrungsbericht) ab. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch für Wärme könnte dann 16,3 Prozent betragen. Während die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 27,4 Prozent am Bruttostromverbrauch bereits die wichtigste

Stromquelle seien, gebe es im Wärme- und Kältemarkt noch Potenziale und auch Bedarf zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien, schreibt die Bundesregierung in der Unterrichtung. Für die Energiewende und das Erreichen der Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen habe die Entwicklung im Wärme- und Kältemarkt dabei wesentliche Bedeutung, da im Jahr 2013 mit 58 Prozent ein Großteil der in der Bundesrepublik Deutschland verbrauchten Energie für die Erzeugung von Wärme und Kälte eingesetzt worden sei. Erneuerbare Energien sollten deshalb auch in diesem Sektor eine immer stärkere Verbreitung finden.

Die bisherige Entwicklung zeige, dass die Instrumente des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes wirken würden: Der Verbrauch von Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energien sei zwischen 2008 und 2013 um etwa ein Drittel gestiegen. Mit großem Abstand am meisten genutzt würden dabei Brennstoffe aus Biomasse. Insgesamt sei der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch für Wärme und Kälte von 8,5 Prozent im Jahr 2008 auf 12,2 Prozent im Jahr 2013 angestiegen. Die Grünen streben eine bundesweite Regelung zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergien an. Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich (18/6885) wurde am Freitag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, dass Eigentümer von Gebäuden beim Austausch oder dem nachträglichen Einbau einer Heizungsanlage mindestens 15 Prozent des jährlichen Wärmeenergiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken haben oder den Wärmeenergiebedarf um 15 Prozent reduzieren müssen. *hle*



Hier ist noch großes Sparpotenzial.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Verhandlungsteilnehmer des Westfälischen Friedens im Rathaus Münster, gemalt vom Niederländer Gerard Ter Borch. Der Westfälische Frieden wird auch über 350 Jahre später noch als theoretisches Modell für eine globale Weltordnung bemüht.

© picture-alliance/dpa

Die Sehnsucht nach Ordnung

WELTFRIEDEN Viele Konflikte, neue Akteure und große Ungleichheiten verhindern stabile internationale Strukturen

Der alte Fuchs Henry Kissinger hat in seinen späten Jahren noch einmal intensiv zur Feder gegriffen. Im letzten Jahr legte der politische Tausendfüßler die universelle Kulissenschieber auch eine adäquate Beschäftigung. In diesem Buch gräbt Kissinger allerdings wieder eine Idee aus, mit der er sich schon früher als Politikwissenschaftler an der renommierten Harvard Universität beschäftigt hatte: den Westfälischen Frieden, mit dem 1648 der Dreißigjährige Krieg beendet wurde. Dem ehemaligen amerikanischen Außenminister dienen die Prinzipien des Westfälischen Friedens, der in Münster und Osnabrück geschlossen wurde und der eine verheerende religiös-politische Konfliktperiode zwischen Katholiken und Protestanten beendete, nach wie vor als Modell für eine globale Weltordnung. Denn dieses Vertragswerk schuf ein System unabhängiger Staaten, die die Souveränität über das eigene Territorium besaßen; zugleich verpflichteten sie sich, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die Kontrolle eines Gleichgewichts der Kräfte zu beachten. Dieses System, so der Diplomat, „wollte Ordnung schaffen, indem es die bestehende Vielfalt anerkannte und gleichzeitig gegenseitige Zurückhaltung zusicherte“.

Großes Netz Nun hat sich dieses kleinteilige mitteleuropäische Ur-Modell, wie Kissinger selbst einräumt, im Laufe der letzten vier Jahrhunderten, in denen sich eine „Weltgemeinschaft“ herausbildete, in ein umfangreiches Netz internationaler Rechts- und Organisationsstrukturen gewandelt – idealerweise gesehen. Dass diese Ordnung so oft nicht funktionierte, durch historische Brüche und politische Verwerfungen gekennzeichnet war: Das ist dem geschichtlich bewanderten Kissinger selbstverständlich bewusst. Und er reflektiert es auch explizit auf die Gegenwart: „Die Westfälischen Prinzipien werden von allen Seiten infrage gestellt, manchmal auch im Namen der Weltordnung selbst.“ Diese Einsicht spiegelt die Realitäten. Wie häufig geistert jetzt die Metapher umher, die Welt sei aus den Fugen geraten. Das meint nur mit einfachen Worten, was der politische Empiriker Kissinger komplexer auszudrücken pflegt: Die früheren Blaupausen für eine internationale verlässliche Ordnung wurden obsolet. Es gibt für diesen Umbruch sogar ein konkretes Datum: nämlich die Zeitenwende 1989/90. Ganz gewiss war das internationale System vorher nicht von einem Gleichgewicht der Kräfte bestimmt gewesen, wie es den Westfälischen Prinzipien entsprochen hätte. Vielmehr war die Periode, die als Kalter Krieg in die Geschichte einging, durch ein Gleichgewicht des Schreckens gekennzeichnet. Dahinter stand die Befürchtung, dass bei einer ersten Störung dieser be-

ängstigenden Balance die gesamte Zivilisation Schaden nehmen könnte. Wer dies Ordnung nennen will, dem sei es unbenommen. Doch den Westfälischen Prinzipien nach Kissinger entsprach dieses Gefüge keineswegs. Seine Analyse: „Das Ergebnis sind nicht einfach multipolare Machtverhältnisse, sondern eine Welt zunehmend gegensätzlicher Realitäten.“ Eine Welt gegensätzlicher Realitäten: Dafür lassen sich inzwischen zahllose Beispiele und vielfältige Tendenzen anführen. Vier Aspekte, die einem neuen Ordnungssystem zuwiderlaufen, wirken sich dabei besonders gravierend aus.

Da ist primär die Rückkehr des Nationalen in der internationalen Politik. Nun vollzieht sich politische Gestaltung nach wie vor im Rahmen oder in den Grenzen von Nationalstaaten – allen multinationalen Strukturen wie Organisationen zum Trotz. Dieses traditionelle Modell gilt längst nicht als überholt. Die Europäische Union, zweifellos nach den Katastrophen des letzten Jahrhunderts eine großartige Errungenschaft, vermeidet ängstlich, sich alle Merkmale einer Staatlichkeit zu geben. Dies lässt nationale Alleingänge immer wieder zu, bei der Wahrung, den Steuern, der Wirtschaftsregeln und den Sozialstandards. Und neuerdings – besonders eklatant – beim Management der Flüchtlingsströme.

Die Rückkehr des Nationalen wirkt umso unversöhnlicher, wie sie sich der Mittel der Aggressivität bedient. Denn diese Methode bedeutet den Gebrauch von Geopolitik im internationalen Geschehen, die schon für die verheerenden politischen Verhältnisse des letzten Jahrhunderts verantwortlich ist. Dass es sich hier nicht nur um ein historisches Theorem handelt, zeigt die Annexion der Krim 2014 durch den russischen Präsi-

denten Wladimir Putin. Der vormalige deutsche Außenminister Joschka Fischer schrieb zu diesem Vorgang, dass damit die westeuropäische Werteordnung, basierend auf der Unantastbarkeit der Grenzen und dem Vorrang des Rechts, verletzt worden sei. „Damit kehrt eine machtgestützte Geopolitik nach Europa zurück“, meinte Fischer. Und fügte hinzu: „Es wird höchste Zeit für die Europäer, aus ihren sanften Träumen von einer rechtsbasierten kontinentalen Ordnung zu erwachen. Die Welt ist anders, leider.“ Und die Welt betrifft eben nicht nur Europa. Auch auf dem asiatischen Kontinent brauen sich nationale Aggressivitäten zusammen, die das internationale System nachhaltig zu erschüttern vermögen. Wenn beispielsweise der belgische Politikwissenschaftler Jonathan Holslag befürchtet, dass China aus be-

stimmten nationalistischen Interessen die jetzige Balance gegenüber den Nachbarn in Fernost brechen könnte und damit „ein Krieg in Asien wahrscheinlicher geworden“ ist: Dann wittert er in einer solchen Prognose, so zeitfern sie augenblicklich erscheinen mag, das Muster nationalistischer Überschätzung auf, das eine Stabilisierung der Weltordnung verhindert. Das zweite eminente Hindernis zur Etablierung einer verbindlichen Weltordnung stellt der rapide Zerfall der Staatlichkeit in vielen Ländern dar, und das auf mehreren Kontinenten. Von gescheiterten Staaten, von nicht regierbaren Räumen ist die Rede. Zu nennen sind da Syrien und Irak als die Spitzenthemen dieser Tage, aber auch Libyen, Somalia, Jemen, Nigeria, Mali sowie Mexiko und Kolumbien, Afghanistan und Bangladesch. Kennzeichen dieser Staaten ist, dass sie über nicht funktionierende Regierungen verfügen, weil diese das Gewalt-

monopol verloren haben. Das reduziert ihre Gestaltungs- und Durchsetzungsfähigkeit nach innen und außen. Damit fallen sie auch als aktive Teilnehmer eines stabilen internationalen Systems aus. Zudem nimmt drittens die Zahl der Akteure in der internationalen Politik ständig zu – und damit steigen die Risiken für eine konsensfähige normative Weltordnung. Die gerade beendete Weltklimakonferenz in Paris mit der Beteiligung von 195 Staaten lieferte dafür Anschauungsunterricht. Bei den divergierenden Interessen der einzelnen Länder den Kompromiss zu finden, der eine Übereinkunft mit allen ermöglicht: Die Konferenz illustriert die erschwerte Suche nach verbindlichen Ordnungskonzepten.

Viel komplizierter sind jedoch jene Akteure, die sich die Störung, gar Zerstörung internationaler Ordnungsprinzipien zum Ziel gesetzt haben. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) ist derzeit in aller Munde. Ihre kriegerischen und mörderischen Aktivitäten in der Nahost-Region zielen auf Schrecken, Chaos und Anarchie, das Gegenteil jedweder rationaler Ordnungsvorstellungen. Mit solcher Ruchlosigkeit und Verblendung, untermauert von religiösem Fundamentalismus, steht jedoch der IS nicht allein. Vielmehr ist er Teil eines weit verbreiteten internationalen Terrornetzwerkes, das Gräueltaten und Barbarei zum Mittel politischer Schlagkraft erkoren hat. Die Taliban in Afghanistan, Al-Qaida-Ableger in arabischen Staaten, Boko-Haram in Nigeria, die Milizen in Somalia und Mali: Es ist inzwischen eine Gewaltwelle, deren wuchernder Nachwuchs kaum noch überschaubar bleibt. Dabei kontrollieren Terrorkommandos nicht nur weite Regionen in ihren Aktionsfeldern, sondern tragen ihre Verbreitungsstrategie auch in andere Staaten, wie die blutigen Anschläge am 13. November 2015 in Paris belegen. Wie lässt sich angesichts dieser unberechenbaren Gruppierungen eine verlässliche Ordnung aufbauen? Die Negation als Prinzip, die totale Ablehnung westlicher Modernität limitiert hier entsprechende Anstrengungen.

Desolote Lage Lange lag auch der Iran auf der „Achse des Bösen“. Und Saudi-Arabien, auch wenn es jetzt eine Anti-Terrororganisation von über 30 islamischen Staaten gegen den IS zusammenbringen will, leistet seit Jahren aktive Unterstützung für sunnitische beziehungsweise gegen schiitische Glaubensrichtungen und hat damit einen gewichtigen Anteil an der desolaten Lage in der Region Nahost. Ebenfalls muss hier die Frage erlaubt sein, wie sich die aufstrebende Weltmacht China in Asien verhalten wird, wenn sie ihre nationalen Interessen und politischen Ambitionen ernsthaft bedroht glaubt und sich mit gegenläufigen Bestrebungen durch selbstbewusste Konkurrenten wie Japan und Indien konfron-

tiert sieht. In dieser Hinsicht stecken für eine konsensfähige Weltordnung viele Ungewissheiten und Risiken.

Zu Ungleichgewichten, die stabilen Ordnungsstrukturen entgegenstehen, kommt viertens die Globalisierung der Wirtschaft, verbunden mit dem technologischen Fortschritt. Ganz neu ist dieses Phänomen keineswegs – um technologische Überlegenheit ging es auch beim atomaren Wettlauf der Supermächte während des Kalten Krieges. Die Anhäufung der nuklearen Waffenarsenale ließ jedoch die militärische Stärke soweit schrumpfen, dass die Supermächte zögerten, ihren Vorteil zu testen oder auszuspielen und die atomare Rüstung einzusetzen. Diese Erkenntnis förderte schließlich die Suche nach Regularien, um die strategischen Waffen zu begrenzen. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich dieses Szenario verändert, wiewohl die Weiterverbreitung von Atomwaffen – siehe Iran und Nordkorea – eines der brisanten Themen bei den Bemühungen um verlässliche Ordnungsstrukturen bleibt.

Die Sehnsucht nach einer Ordnung, wie sie allenthalben spürbar ist: Sie kommt nicht von ungefähr. Denn die chaotisch empfundenen, weil unüberblickbaren Zustände in vielen Regionen der Welt fördern zwangsläufig die Wünsche nach Regularisierung und Eindeutigkeit. Zumal da die Konflikte und Dilemmata sich nicht mehr regional eingrenzen lassen. Die Flüchtlingsströme, die in diesem Jahr in der Bundesrepublik strandeten, machen auch die Konflikte und Dilemmata sich nicht mehr regional eingrenzen lassen. Die Flüchtlingsströme, die in diesem Jahr in der Bundesrepublik strandeten, machen auch die Konflikte und Dilemmata sich nicht mehr regional eingrenzen lassen. Die Flüchtlingsströme, die in diesem Jahr in der Bundesrepublik strandeten, machen auch die Konflikte und Dilemmata sich nicht mehr regional eingrenzen lassen.

Als Symptom für diese Sehnsucht nach einem tragbaren Ordnungskonzept lässt sich wohl die Tatsache anführen, dass in deutschen Medien neuerdings Immanuel Kant so sehr bemüht wird wie wohl nie zuvor. Seine Vision „Zum ewigen Frieden“, 1795 formuliert, erscheint plötzlich wie ein aktueller Leitfad, um aus der Unordnung der gegenwärtigen Machtverhältnisse herauszufinden. Kants Verlangen nach Vorrang der Vernunft und des Rechts ermöglicht den Zustand des Ausgleichs, einen tauglichen und gerechten „Föderalismus freier Staaten“, wie es ihm vorschwebte. „Wenn wir die Idee aufgeben, daß in Konfliktfällen die Vernunft das übergeordnete, überparteiliche Vermögen sein muss, um Recht und Unrecht zu unterscheiden – dann sind wir verloren“, so hat der Frankfurter Philosoph Rainer Forst versucht, Kant im Kontext der aktuellen Konstellationen zu interpretieren.

Dagegen nimmt sich jene Werte-Rhetorik, mit der allenthalben gegen den islamistischen Terror Front gemacht werden soll, blass und blutleer aus. Die oft formelhaft vorgetragene Beschworung der westlichen Wertegemeinschaft leidet gewiss nicht an mangelndem Prinzipiengehalt. Menschen-

würde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte, wie es im EU-Vertrag steht, sind eine bemerkenswerte Substanz für das normative Projekt des Westens. Gerade der deutsche Historiker Heinrich August Winkler wird nicht müde, für dieses Wertefundament als Errungenschaft, gerade für Deutschland, zu werben. In diesen bedrängten Zeiten wirkt er dabei zuweilen als recht subjektiver Apologet. Das Manko der dauerhaften Berufung auf die westliche Wertegemeinschaft liegt darin, dass deren Grundsätze – vorsichtig formuliert – innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ambivalent gehandhabt werden. Die dramatischen Kurven der Euro-Krise, nunmehr die Misschlichkeiten über die Flüchtlingspolitik, um nur zwei Beispiele für die Dehnbarkeit, ja Missachtung des verbal immer wieder bemühten Wertekanonns zu nennen. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Es besteht im verfassten Europa kein gemeinsamer Konsens über unumstößliche Grundsätze einer Politik des Rechts und der Gerechtigkeit. Damit fehlen wichtige Voraussetzungen für die Stabilisierung einer internationalen Ordnung.

Schwacher Trost Ist dann alle Sehnsucht sinnlos? Eine neue Weltordnung wird sich in der multiplen politischen, kulturellen, religiösen, ökonomischen und ökologischen Gemengelage nicht mehr auf einen Schlag einrichten lassen. Ein schwacher Trost, dass frühere historische Versuche auch immer wieder gescheitert sind. Der Wiener Kongress 1815 mit der nachnapoleonischen Aufteilung brachte Europa zwar eine längere Friedensperiode, verhinderte jedoch regionale Konflikte nicht, an denen Preußen-Deutschland nicht unbeteiligt war. Die Friedensverträge von Versailles überstanden gerade einmal zwei Jahrzehnte, um mit dieser Ordnung Remedur zu schaffen, dabei Nazi-Deutschland vorweg. Und die Verträge von Jalta und Potsdam hielten weniger als ein Jahrzehnt, bis der Kalte Krieg zwischen den Siegermächten der Anti-Hitler-Koalition begann. Für eine stabile internationale Ordnung wird es unzählige Anläufe und Etappen geben, mit Annäherungen, Zwischenstationen, Übereinkünften, Korrekturen. Dabei kann es niemals darum gehen, dem Ideal einer vollständigen Lösung nachzujagen, sondern das Unvollkommene schrittweise zu bändigen. Das Atomabkommen mit dem Iran liefert dafür ein Beispiel. Daneben wird immer ein bestimmtes, sogar beträchtliches Maß an Un-Ordnung bestehen bleiben. Also Abschied von der unbestreitbaren Sehnsucht? Wie heißt es doch: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Heinz Verfürth II

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.



Trauer nach den Terroranschlägen vom 13. November in Paris

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll nach dem Willen der EU-Kommission bald eigenständiger agieren können, wenn es Probleme an den EU-Außengrenzen gibt.

© picture-alliance/dpa

Schnelle Hilfe für Unicef

ENTWICKLUNG Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) will die von seinem Ministerium für das erste Halbjahr 2016 zugesagten Mittel für das Kinderhilfswerk Unicef, das Flüchtlingshilfswerk UNHCR und das UN-Welternährungsprogramm bereits Mitte Januar im Voraus überweisen. Es sei wichtig, dass die Organisationen jetzt handlungsfähig seien, betonte Müller in der vergangenen Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Blick auf die schwierige Lage hunderttausender Flüchtlinge in den Lagern im Libanon, der Türkei und Jordanien. Er verwies darauf, dass den Hilfsorganisationen vor Ort Milliarden fehlten, um die notwendige Unterstützung zu leisten. Die Weltgemeinschaft stehe angesichts der Flüchtlingskrise vor einer „unvergleichlichen Herausforderung“, betonte der Minister. Wichtig sei es daher, verstärkt in die Zukunft der Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, etwa in Berufsbildungsmaßnahmen, Good Governance-Beratung und Klimaschutz. Die EU-Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollten, forderte er erneut auf, in einen Fonds einzuzahlen, damit den Menschen vor Ort geholfen werden könne. Müller, der gerade von einem Besuch in Eritrea zurückgekehrt war, dem Hauptherkunftsländ afrikanischer Flüchtlinge in Deutschland, kündigte zudem an, dass wieder ein politischer Dialog zwischen Deutschland und Eritrea in Gang gesetzt werden solle. Deutschland hatte seine Entwicklungszusammenarbeit mit dem Land im Jahr 2007 wegen der kritischen Menschenrechtslage dort eingestellt. *juh*

Auf der Bremse

EUROPA Ob Briten-Frage oder Grenzschutzreform – die EU will erst 2016 entscheiden

Der letzte EU-Gipfel im Jahr 2015 hat einmal mehr offen gelegt, wie tief die Risse zwischen den 28 EU-Mitgliedstaaten sind. Konkrete Entscheidungen zu wichtigen Themen wie Migration und den britischen Forderungen über eine Reform der EU haben die Staats- und Regierungschefs auf das kommende Jahr vertagt. Immerhin war der Ton in Brüssel diesmal deutlich versöhnlicher als bei den vorherigen Treffen. In ihrer gemeinsamen Erklärung gestanden die Staats- und Regierungschefs ein, dass ihre Strategie zur Flüchtlingskrise viel zu langsam greife und die Erstaufnahmekapazitäten für Flüchtlinge („Hotspots“) in Italien und Griechenland noch immer nicht wie geplant funktionieren. Trotz intensiver Verhandlungen konnten sie außerdem nicht klären, wie sie die drei Milliarden Euro aufbringen wollen, die sie der Türkei beim Gipfel Ende November zur Bewältigung der Flüchtlingskrise versprochen hatten. Heftig diskutiert wurde in Brüssel der Vorschlag der EU-Kommission, die europäische Grenzschutzagentur Frontex mit grö-

ßeren Befugnissen zum Schutz der EU-Außengrenzen auszustatten. Falls die Lage es erfordert, soll sie vor Ort eingreifen dürfen, auch wenn das betroffene EU-Mitgliedsland nicht ausdrücklich darum bittet. Doch obwohl allseits Einigkeit darüber bestand, dass es an den Außengrenzen Handlungsbedarf gibt, kam es in Brüssel zu keiner Einigung. Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich lediglich darauf, den Gesetzgebungsprozess im ersten Halbjahr 2016 abzuschließen. Und selbst das erscheint ambitioniert: Im Vorfeld des Gipfels hatten Länder wie Ungarn und Polen gegen die Aufgabe nationaler Souveränität opponiert. Und in Brüssel stellte die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė klar: Zu einem Frontex-Einsatz ohne Zustimmung des betroffenen Landes werde es nicht kommen.

Das Europäische Parlament hingegen begrüßt den Vorschlag der Kommission. So sagte der Fraktionsführer der Liberalen, Guy Verhofstadt, am Mittwoch in der Debatte zum Thema: „Ohne den Plan ist Schengen am Ende.“ Er sprach sich sogar dafür aus, Länder, die ihn zurückwiesen aus dem Schengen-Raum auszuschließen. Für eine rasche Umsetzung der Frontex-Re-

form ist auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). In ihrer Regierungserklärung im Bundestag sagte sie in der vergangenen Woche, die Vorschläge gingen in die richtige Richtung, auch wenn „wir sehr sorgfältig abwägen müssen, welche Maßnahmen in Zukunft auf welcher Ebene verantwortet werden sollen“. Es gehe aber nicht nur um den Schutz der Außengrenzen, erklärte Merkel, sondern auch darum, „Frontex eine größere Rolle bei den notwendigen Rückführungen einzuräumen bei Flüchtlingen, die keinen Schutzanspruch in der EU haben“. Die Opposition warf ihr daraufhin erneut vor, eine Politik gegen Flüchtlinge zu betreiben. Menschen, die um ihr Leben fürchteten, „lassen sich nicht von Hotspots, Mauern, Zäunen und Frontex aufhalten“, zeigte sich Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch überzeugt. Er forderte Merkel auf: „Bringen Sie Ihre Autorität ins Spiel, damit Flüchtlingspolitik keine Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik, sondern Menschenrechtspolitik wird“. Annalena Baerbock (Grüne) sagte, man dürfe nicht nur über Rückführungen und Frontex reden, sondern müsse auch über die europäische Grundrechteagentur spre-

chen, über die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen und dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR. Die Frage sei, so Baerbock, „wie wir an den Außengrenzen die Würde der Menschen erhalten, auf Lesbos und an allen anderen Orten“. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt zeigte sich indes „dankbar“, dass die Bundeskanzlerin „bei den offenen Fragen – ob es um die Sicherung der EU-Außengrenzen, die Entscheidung über die Hotspots oder die Verhandlungen mit der Türkei geht – immer an vorderster Stelle mitarbeitet, um das Ziel ‚weniger Flüchtlinge‘ zu erreichen“. Aber „natürlich“ sei auch die Bekämpfung der Fluchtursachen international notwendig, betonte Hasselfeldt. Erstmals sprachen die Staats- und Regierungschefs auf einem EU-Gipfel über die Forderungen des britischen Premierministers David Cameron zur Reform der EU. Als Bedingung für einen Verbleib seines Landes in der EU verlangt er unter anderem „stärkere Kontrollen“ bei der Einreise von EU-Bürgern nach Großbritannien. EU-Migranten sollten zudem erst nach vier Jahren bestimmte Vergünstigungen wie Kindergeld oder Steu-

erleichterungen erhalten. Und Nicht-Euro-Länder sollten niemals für Kosten zur Stabilisierung des Euros aufkommen müssen. Cameron gab sich vor Beginn des Gipfels kämpferisch: „Ich werde die Nacht durch hart für Großbritannien kämpfen, und ich denke, wir bekommen einen guten Deal.“ Doch die anderen EU-Staaten traten auf die Bremse: Konkrete Entscheidungen wollen sie erst beim nächsten Gipfel am 18. und 19. Februar treffen. Am schwierigsten dürfte es werden, eine Lösung zu finden für die geforderte Einschränkung der Sozialleistungen für EU-Ausländer. Sie widerspricht dem EU-Prinzip der Nicht-Diskriminierung. Bundeskanzlerin Merkel stellte im Bundestag klar: „Wir wollen und werden Errungenschaften der europäischen Integration nicht in Frage stellen.“ Gleichwohl signalisierte sie Kompromissbereitschaft, um Großbritannien in der EU zu halten. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann machte sich für einen Verbleib der Briten in der Union stark. Großbritannien sei eine „große politische, kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung für die EU“. Sie werde aber nicht erfolgreich sein, „wenn sich alle nur die Rosinen herauspicken dürfen“, warnte Oppermann. *Silke Wettach/Johanna Metz*

Silke Wettach ist Korrespondentin der Wirtschaftswoche in Brüssel.

»Die Vorschläge der Kommission gehen in die richtige Richtung.«

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin

»Wir müssen an den Außengrenzen die Würde der Menschen erhalten.«

Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen)

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Mittelmeereinsatz trotz Bedenken

BUNDESWEHR Bis Mitte des Jahres soll die Operation vom Bündnisfall entkoppelt werden

Die Bundeswehr wird sich weiterhin an der Nato-geführten Operation „Active Endeavour“ (OAE) zur maritimen Terrorabwehr im Mittelmeer beteiligen. Für einen entsprechenden Antrag (18/6742, 18/6945) der Bundesregierung votierten am vergangenen Donnerstag 467 Abgeordnete in namentlicher Abstimmung. Dabei kritisierten alle Fraktionen und auch die Bundesregierung selbst, dass der Bündnisfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrages weiterhin Rechtsgrundlage des Einsatzes bleibt. Anders als bislang wird das Mandat nicht um zwölf Monate verlängert sondern lediglich bis zum 15. Juli 2016. Laut Regierungsantrag wird bis zum Nato-Gipfel in Warschau im Juli 2016 die Weiterentwicklung der Mission zu einer Maritimen Sicherheitsoperation angestrebt. Die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA könnten nicht ewig als Begründung für die Operation gelten, sagte Matthias Ilgen (SPD) in der Debatte. Er ver-

wies darauf, dass auch von der Bundesregierung derzeit die Bedrohung im Mittelmeer durch den internationalen Terrorismus als abstrakt bewertet werde. OAE beschränke sich daher auch auf Luftüberwachung. Dennoch dürfe man nicht den Fehler begehen und die Mission „mir nichts dir nichts beenden“, warnte Ilgen. OAE, so der SPD-Abgeordnete, stehe nicht nur für die Sicherheit im Mittelmeer, sondern biete inzwischen auch ein Forum für Kooperation mit dem Mittelmeeranrainerstaaten. Da man sich auf Nato-Ebene nun darauf verständigt habe, die Mission vom Bündnisfall zu entkoppeln, stimme die SPD der Mandatsverlängerung zu, erklärte Ilgen. **Überflüssiges Mandat** Alle Jahre wieder werde der Bundestag aufgefordert, über einen Einsatz abzustimmen, der seine Begründung verloren habe, kritisierte Stefan Liebich (Die Linke). Immer wieder sei in den vergangenen Jahren die Rede davon gewesen, dass dem Mandat in der vorliegenden Form zum letzten Mal zugestimmt werden solle. „Auch heute sagen Sie wieder: hoffentlich letztmalig“, kritisierte Liebich. Seiner Ansicht nach hilft es auch nicht, wenn es zu einer Entkopplung des Mandats vom Bündnisfall kommt. Das Mandat sei auch unter neuem Namen

überflüssig, urteilte er. Andreas Nick (CDU) befand hingegen, OAE sei als Reaktion auf den 11. September angemessen und im Verlauf auch erfolgreich gewesen. Seitdem habe ich aber die Lage im Mittelmeer verändert. „Daher setzt sich Deutschland schon seit 2012 für eine Weiterentwicklung des Einsatzprofils zu einer umfassenden maritimen Sicherheitsoperation und für die Loslösung von Artikel 5 ein“, sagte Nick. Der Unionsabgeordnete machte zudem deutlich, dass gerade Deutschland ein hohes Interesse an sicheren Seewegen habe. Sie seien die „Lebensader der Globalisierung“. 80 Prozent der Ex- und Importe würden schließlich über die hohe See durchgeführt. Frithjof Schmidt (Grüne) erinnerte daran, dass die Nato-Partner der Bundesregierung bei ihrem Bestreben der Loslösung des Einsatzes von Artikel 5 immer wieder eine Absage erteilt hätten. Dennoch wolle sie ein Mandat verlängern, das sie selbst schlecht finde. Dafür weiterhin bis zu 500 Soldaten abzukommandieren, sei „anachronistisch und politisch unsinnig“, urteilte der Grünen-Abgeordnete. Richtig wäre es seiner Ansicht nach, die deutsche Beteiligung auszusetzen, „bis die Nato die geforderten Korrekturen umsetzt“. *Götz Hausding*

Für den freien Gedanken

EU-PARLAMENT Sacharow-Preis für Blogger Raif Badawi

Sein Fall hat weltweit Proteste ausgelöst: Weil er in kritischen Kommentaren unter anderem die Trennung von Staat und Religion vorgeschlagen hatte, wurde der saudische Blogger Raif Badawi 2014 zu zehn Jahren Haft und tausend Stockhieben verurteilt. Im Januar 2015 wurde der 31-Jährige erstmals öffentlich ausgepeitscht, weitere Stockhiebe wurden seither immer wieder verschoben – offiziell aus gesundheitlichen Gründen. Nun hat das Europäische Parlament den Einsatz des Bloggers für Meinungsfreiheit und religiöse Toleranz in seinem Land gewürdigt. In der vergangenen Woche erhielt Badawi den Sacharow-Preis „für die geistige Freiheit“. Seine Ehefrau Ensaf Haidar, die mit den drei Kindern im kanadischen Exil lebt, nahm die Ehrung in Straßburg entgegen. Badawi selbst befindet sich derzeit im Gefängnis im Hungerstreik. In ihrer Dankesrede erklärte Haidar, freie und aufgeklärte Ideen werden gemäß der Ideologie, die in den arabischen Gesellschaften vorherrsche, als blasphemisch angesehen. „Jeder freie Gedanke ist dekadent und eine Abkehr vom richtigen Weg.“ EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) bezeichnete Badawi als eine Symbolfigur und Inspiration für all jene, die sich weltweit für die Grundrechte einsetzen. König Salman von Saudi-Arabien forderte er erneut auf, den Blogger zu begnadigen und sofort freizulassen. Außerdem solle das Regime die „systematische Unterdrückung von friedlichen Meinungsäußerungen“ beenden. Der Menschenrechtspreis des EU-Parlaments ist nach dem russischen Dissidenten und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow (1921-1989) benannt. Er wird seit 1988 jährlich an Personen vergeben, die sich in besonderer Weise für Menschenrechte eingesetzt haben. *Johanna Metz*



Badawis Frau Ensaf nahm den Preis in Straßburg entgegen.

Keine Mindestlaufzeiten

BILDUNG Wissenschafts-Zeitvertragsgesetz verabschiedet

Kettenverträge, geteilte Stellen, extrem kurze Befristungen: Über diese Praktiken klagen Wissenschaftler an deutschen Universitäten und Hochschulen schon lange. Wer wissen will, wie groß der Frust bei vielen ist, der kann es im Adventskalender der Mittelbauinitiative Leipzig nachlesen: Dort haben Beschäftigte aus dem Wissenschaftsbereich zu Protokoll gegeben, dass man ihnen etwa 25-Prozent-Stellen für sechs Monate angeboten hat, sie die Empfehlung bekommen hätten, die Promotion im Hartz-IV-Bezug fertigzustellen oder die Karriere mit Bekanntwerden einer Schwangerschaft gleich beendet war.

All das soll sich ändern: Darin war man sich im Bundestag einig. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD wurde am vergangenen Donnerstag die Novelle des Wissenschafts-Zeitvertragsgesetzes (18/6489) verabschiedet. Union und Sozialdemokraten feierten dies als großen Wurf, die Kritik der Opposition dagegen fiel harsch aus. Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sagte, sie sei froh über drei zentrale Regelungen: So soll sich die Befristungsdauer von wissenschaftlichen Mitarbeitern künftig am Zeitraum der Qualifizierung oder der Dauer des Drittmittelprojekts, in dem sie arbeiten, orientieren. Beschäftigte, die Daueraufgaben erfüllen, sind vom Geltungsbereich des Gesetzes ausgenommen. Und es gibt auch künftig keine Mindestlaufzeiten für Verträge. All das, so Wanka, werde den Anforderungen an Flexibilität und Mobilität in den Forschungseinrichtungen und Hochschulen gerecht und verbessere gleichzeitig die Situation der Wissenschaftler.

Auch Unions-Bildungsexpertin Alexandra Dinges-Dierig lobte die Novelle. Damit sei die Koalition nicht zu kurz gesprungen,

wie die Opposition behaupte, sondern „knapp unter dem Weltrekord gelandet“. Man befinde sich im Wissenschaftsbereich in einem Spannungsfeld zwischen verlässlichen Perspektiven für Wissenschaftler und nötiger Flexibilität: Ohne diese Flexibilität läge Deutschland bei Innovation und Spitzenforschung nicht so weit vorn. Simone Ratz (SPD) bezeichnete die Novelle als „gelungene Demokratie“. Die Koalition habe die Sorgen der Beschäftigten in einem intensiven Austausch ernst genommen. Nun werde sich die Situation der 200.000 Beschäftigten im Wissenschaftsbereich verbessern. Die Novelle sei aber „nur ein Baustein“ in einem Gesamtkonzept. Nötig sei zudem ein für 2017 geplanter Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs, für den der Bund Mittel zur Verfügung stellen werde. Außerdem müssten mehr qualifizierte Frauen in der Wissenschaft gehalten werden – ihren geringen Anteil an Professuren und in Hochschulleitungen könne sich Deutschland nicht mehr leisten. Enttäuscht zeigte sich die Opposition. Man habe die Chance auf einen dringend nötigen Neustart in der Wissenschaft vertan, sagte Nicole Gohlke (Linke). Noch immer seien Kettenbefristungen und extrem kurze Vertragslaufzeiten möglich, noch immer würden Eltern benachteiligt. Dadurch werde die Lebensplanung „massiv erschwert“. Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) warf der Koalition vor, sie habe die eigene Messlatte gerissen. Planbare und verlässliche Karrieren würden mit der „halbherzigen Novelle“ nicht geschaffen. Die zehn Änderungsanträge der Opposition fanden allerdings keine Mehrheit, die Abgeordneten folgten mit ihren Voten der Beschlussempfehlung (18/7038) des Bildungsausschusses. *Susanne Kailitz*

»So wird die Lebens- und Karriereplanung massiv erschwert.«

Nicole Gohlke (Linke)



Science Fiction aus Hollywood: Schon längst gehört die Robotik zu den großen Zukunftstechnologien.

© picture-alliance/dpa

gen für Innovation zu verbessern. Stefan Kaufmann (CDU) plädierte in der Debatte für ein neues Denken in der Forschungs- und Innovationspolitik und sagte: „Neugier ist der Anfang von allem.“ Er forderte eine Stärkung der Grundlagenforschung und die Förderung von Technologieoffenheit, fächerübergreifendes Lernen und Clusterverbände.

Einbruch beim Mittelstand Anlass zur Diskussion und Sorge gibt die Bewertung der EFI-Gutachter zur Situation der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Im Gutachten heißt es: „Die Innovationsintensität in KMU, das heißt der Anteil der Innovationsausgaben am Unternehmensumsatz, hat sich von 2,7 Prozent im Jahr 1995 auf 1,6 Prozent im Jahr 2012 nahezu halbiert. Im selben Zeitraum ist die Innovationsintensität in deutschen Großunternehmen von 3,0 Prozent auf 4,5 Prozent gewachsen.“ Ralph Lenkert (Die Linke) bemängelte diese Entwicklung. „An dieser Stelle haben sie versagt“, warf er der Regierung vor und forderte mehr Geld für das Forschungsprogramm Innovation Mittelstand und den Ausbau von Forschungskooperationen mit Fachhochschulen. Auch René Rösper (SPD), der Deutschlands Innovationsfähigkeit weitgehend lobte, betonte, dass man schauen müsste, wie dieser Punkt verbessert werden könnte.

Positiv beurteilt die Expertenkommission die neue Hightech-Strategie, die die Zusammenarbeit aller Ressorts und Politikfelder zum Ziel hat. Zugleich mahnt sie, den eingeschlagenen Weg der stärkeren Bündelung von themenorientierten Fördermaßnahmen konsequent umzusetzen. Kernelemente der „Prioritären Zukunftsaufgaben“ seien die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, nachhaltiges Wirtschaften und Energie, innovative Arbeitswelt, gesundes Leben, intelligente Mobilität und zivile Sicherheit.

Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) sagte zum Thema Nachhaltigkeit und der gerade in Paris abgehaltenen Weltklimakonferenz: „Wenn wir unseren Planeten retten und allen Menschen eine lebenswerte Zukunft sichern wollen, dann müssen wir auch unser Wissenschafts- und Innovationssystem dringend weiter entwickeln.“ Er forderte eine „Green Economy“. „Anders Wirtschaften setzt anders Forschen voraus“, sagte Gehring und forderte vielfältigere Formen der Wissensproduktion für eine ökologische, soziale und digitale Modernisierung der Wirtschaft. Das Ziel sei, Deutschland zu einem Pionierland für neue Innovationen zu machen.

Schärfere Regeln

KULTUR I Bundesrat will Kulturgutschutzgesetz nachbessern

Der Bundesrat hat das geplante Kulturgutschutzgesetz zwar prinzipiell begrüßt, fordert aber Verschärfungen und mehr Rechte für die Länder bei der Ausfuhr von national wertvollem Kulturgut. Die Länderkammer beriet am vergangenen Donnerstag erstmalig über den von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) vorgelegten Gesetzentwurf und verabschiedete eine umfassende Stellungnahme.

Mit der Gesetzesnovelle will Grütters die Regelungen über die Einfuhr und Ausfuhr von Kulturgütern vereinheitlichen und an geltende EU-Richtlinien anpassen. Als umstritten gelten die Regelungen zur Genehmigungspflicht der Ausfuhr von national wertvollen Kulturgütern.

Der Bundesrat stört sich an der Definition in Grütters Gesetzentwurf, welche Kulturgüter als national wertvoll definiert werden und gegebenenfalls mit einem Ausfuhrverbot belegt werden können. Der Entwurf sieht vor, dass nur Werke von „herausragendem öffentlichen Interesse“ und die „identitätsstiftend für die Kultur in Deutschland“ seien, auf die Liste der national wertvollen Kulturgütern eingetragen werden dürfen. Diese ist der Länderkammer aber offenbar zu eng gefasst. So empfiehlt der Ausschuss für Kulturfragen und

der Rechtsausschuss des Bundesrates den Passus zum „identitätsstiftenden“ Charakter ganz zu streichen und das „herausragende Interesse“ zu einem „besonderen Interesse“ abzuschwächen. Dies allerdings könnte dazu führen, dass deutlich mehr Kunstwerke auf der Liste der national wertvollen Kulturgüter eingetragen werden können. Doch genau dies will Grütters verhindern. In den vergangenen Monaten hatte sie dem Kunsthandel nach dessen heftiger Kritik in dieser Frage erst Zugeständnisse bei der Gesetzesformulierung gemacht. Ebenso moniert der Bundesrat, dass Grütters' Entwurf die Eintragung von Kulturgütern auf die Liste vom Votum einer Sachverständigenkommission abhängig machen will. Dies hält die Länderkammer allerdings nicht für verfassungskonform. Eine solche Regelung stehe „nicht im Einklang mit dem Demokratieprinzip des Artikels 20 Absatz 1 Grundgesetz“. Nach Ansicht des Bundesrates soll die Entscheidungskompetenz allein durch die obersten Landesbehörden gefällt werden können. Der Bundestag wird voraussichtlich ab Januar 2016 über den Gesetzentwurf beraten. Grütters möchte das Gesetz noch vor der kommenden Sommerpause verabschieden. *Alexander Weinlein*

Zukunftsträume

FORSCHUNG Koalition sieht Deutschland als innovatives Hochtechnologieland. Opposition erkennt Nachholbedarf

Die Welt dreht sich immer schneller. Die Digitalisierung verändert das Leben und das Wirtschaften, eine enorme Wissensexplosion schafft neue technologische Möglichkeiten. Der demografische Wandel, die Verknappung der Energieresourcen und der Klimawandel führen zu großen Umwälzungen. Wie die Innovationskraft in Deutschland weiter gestärkt und die begonnene Transformation triadischer Verhaltensmuster, Technologien und Wirtschaftsmodelle vorangetrieben werden kann, darüber debattierte Bundestag am vergangenen Donnerstag. Ein Schlüssel, wie Deutschland diesen komplexen Wandel meistern kann, liege darin, herausragende Ideen zu entwickeln und sie zeitnah zu marktfähigen Produkten und Dienstleistungen weiterzuentwickeln, ob in Form innovativer Medizin, ressourcenschonender Mobilität oder digitaler Lösungen wie Industrie 4.0. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Unterrichtung (18/6830) zum „Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation 2015 (EFI)“ (18/4310). Die Kommission hatte ihr Gutachten im März 2015 veröffentlicht und die Anstrengungen der Regierung im Bereich Forschung und Innovation überwiegend gelobt. Das EFI-Gutachten legen die Experten seit 2008 dem Parlament im Abstand von zwei Jahren vor. Sie begrüßen, dass im 2014 in der Wissenschafts- und Forschungspolitik wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden seien, wie etwa die Aufhebung des Kooperationsverbots im Hochschulbereich. Gleichwohl weisen sie darauf hin, dass das im Grundgesetz verankerte Einstimmigkeitsprinzip jedem Bundesland de

facto ein Vetorecht einräume. Ferner loben die Wissenschaftler, dass der Bund die Finanzierung des Bafög vollständig übernommen habe und fordern die Länder auf, den gewonnenen finanziellen Spielraum zu nutzen, um eine angemessene Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu sichern. Sie befürworten den Hochschulpakt, die DFG-Programmpauschale und die Fortführung des Pakts für Forschung und Innovation und sprechen sich dafür aus, bei der Finanzierung der Lehre zukünftig eine klare, nachprüfbare Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern zu vereinbaren. Die Bundesregierung betont in ihrer Stellungnahme, dass zur Erhöhung der Innovationskraft ein attraktives Umfeld für kreative Forscher, exzellente Wissenschaftler und investitionsbereite Unternehmer nötig sei. Dazu gehöre es, finanziell Prioritäten zu setzen und die Rahmenbedingun-

gen für Innovation zu verbessern. Stefan Kaufmann (CDU) plädierte in der Debatte für ein neues Denken in der Forschungs- und Innovationspolitik und sagte: „Neugier ist der Anfang von allem.“ Er forderte eine Stärkung der Grundlagenforschung und die Förderung von Technologieoffenheit, fächerübergreifendes Lernen und Clusterverbände.

Steigende Investitionen Die Regierung weist in ihrer Unterrichtung darauf hin, dass niemals zuvor in Deutschland so viel Geld in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert worden sei. Die Ausgaben des Bundes für FuE seien 2005 bis 2015 von neun Milliarden Euro auf zuletzt 14,9 Milliarden Euro im Jahr 2015, also um 65 Prozent gestiegen. Die Gesamtausgaben Deutschlands (Bund, Länder und Wirtschaft) für Forschung und Entwicklung seien zwischen 2005 und 2013 von 55,9 Milliarden Euro auf insgesamt 79,7 Milliarden Euro gestiegen. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) benannte in ihrer Rede diesen Zuwachs als Erfolg und betonte, dass Deutschland damit das Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben, fast erreicht habe. Deutschland liege noch vor den USA. Dass sich Ausgaben in FuE lohnen, unterstreicht die Regierung in ihrer Unterrichtung: Bei den Patentanmeldungen nehme Deutschland mit elf Prozent den dritten Platz hinter den USA und Japan ein. Und: Fünf der zehn innovationsstärksten Unternehmen Europas kämen aus Deutschland. *Annette Rollmann*

Querelen um Vertriebenenstiftung nehmen kein Ende

KULTUR II Opposition und Sozialdemokraten fordern zügige Besetzung des vakanten Direktorenpostens

Sozialdemokraten, Linke und Grüne haben Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) aufgefordert, einen neuen geeigneten Kandidaten für den Direktorenposten in der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zu benennen. Die andauernden Personalquerelen in der Stiftung überlagerten am vergangenen Freitag die Bundestagsdebatte über den „Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung des Kulturarbeit gemäß Paragraf 96 des Bundesvertriebenengesetzes in den Jahren 2013 und 2014“ (18/5598).

Ende Juli dieses Jahres hatte der Stiftungsrat der Stiftung den Düsseldorfer Historiker Winfried Halder zum Direktor gewählt. Nach der Wahl traten mehrere Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats einschließlich seines Vorsitzenden Stefan Troebst aus Protest gegen die Wahl Halders zurück. Ende Oktober verkündete Halder schließlich, er werde den Direktor-Posten nicht antreten. Angeblich aus „persönlichen Gründen“, wie es in einer Presseerklärung Grütters hieß. Offenbar war es mit Halder zu keiner Einigung über seine Vertragsmodalitäten gekommen. Die Staatsministerin beauftragte daraufhin den Leiter der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Uwe Neumärker, kommissarisch mit der Leitung der Vertriebenen-Stiftung.

Die kulturpolitischen Sprecherinnen Sigrid Hupach von der Linksfaktion und Ulla Schaus von Bündnis 90/Die Grünen verwiesen darauf, welche bedeutende Rolle die Stiftung gerade angesichts der aktuellen Flüchtlingskrise spielen könnte. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs seien zunächst zwölf Millionen Flüchtlinge und später drei Millionen Aussiedler aus Osteuropa in Deutschland integriert worden, sagte Hupach. Dies könne als Vorlage für anstehen-

de Probleme dienen. Schaus forderte, den Direktorenposten zügig neu zu besetzen, für eine Vertretung aller relevanten Gruppierungen einschließlich der Sinti und Roma im Stiftungsrat zu sorgen und eine inhaltliche Neukonzeption der Stiftung auf den Weg zu bringen. Auch aus den Reihen der Sozialdemokraten wurden mahnende Worte an Grütters adressiert: „Unsere Geduld ist endlich“, stellte die SPD-Kulturpolitikerin Hiltrud

Lotze unumwunden fest. Die Stiftung müsse endlich in der Mitte der Gesellschaft verankert werden.

Kulturelle Identität Lediglich die Unionsfraktion wollte zu den Problemen in der Stiftung keine Stellung beziehen, obwohl sie mit Christoph Bergner (CDU), Ute Bertram (CDU) und Bernd Fabritius (CSU) gleich drei Redner in die Debatte entsandte. Sie hoben stattdessen die Bedeutung der Förderung der deutschen Kultur in den Ländern Osteuropas hervor. Nach Angaben der Bundesregierung stellte der Bund im Jahr 2013 rund 20,2 und 2014 rund 23,3 Millionen Euro für Museen, wissenschaftliche Forschung, Bibliotheken Archive, kulturelle Veranstaltungen und die Restaurierung von Kulturdenkmälern zur Verfügung. Die Förderung der deutschen Kultur in den osteuropäischen Nachbarstaaten leiste einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung einer kulturellen Identität in Europa, betonte Bergner. *awa*



Ende 2008 wurde die Vertriebenen-Stiftung in Berlin gegründet.

© picture-alliance/dpa

Anzeige

Direkte Demokratie

Deutschland und Schweiz im empirischen Vergleich



Chancen und Risiken direkter Demokratie

Direkt-demokratische Partizipation auf kommunaler Ebene in Deutschland und der Schweiz

Von Dr. Christian Ante
2015, 355 S., brosch., 69,- €
ISBN 978-3-8487-2197-9

(Nomos Universitätschriften – Politik, Bd. 191)
www.nomos-shop.de/25110

Mehr direkte Demokratie wagen? Die kommunale Ebene der Schweiz steht für maximale direkt-demokratische Partizipation. Der Vergleich mit Deutschland erlaubt, direkte Demokratie und ihre Rahmenbedingungen genauer zu definieren sowie die mit ihr verbundenen Chancen und Risiken offenzulegen.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Zukunft der Repräsentation bleibt offen

DEMOKRATIEKRITIK Simon Torney stellt eine provokante These auf: Die repräsentative Politik hat ihren Zenit überschritten. Immer mehr Bürger sind von den „Eliten“ entfremdet und distanzieren sich von der „offiziellen Politik“. Aber wo Kritiker wie Colin Crouch pessimistisch die „Postdemokratie“ verkünden, in der quasi-demokratische Verfahren nur noch die bösen, entpolitisierten neoliberalen Verhältnisse kaschieren, sieht Torney Grund zur Hoffnung: Die Politik lebt, nur eben nicht im Parlament, sondern auf den Straßen, auf besetzten Plätzen und im Internet. Für die Abkehr der Bürger von der „Mainstream“-Repräsentationspolitik führt der Politikwissenschaftler von der Universität Sydney zahlreiche Belege (Wahlbeteiligung, Parteimitgliedschaft) und Gründe (Korruption, Desinteresse, Neoliberalismus) an. Letztlich seien diese aber nicht entscheidend. Vielmehr ist für ihn klar – und er sieht sich durch Bewegungen wie die der Indignados („Die Empörten“) in Spanien bestätigt –, dass viele Menschen die Idee der Repräsentation ablehnen, also dass ein gewählter Politiker in der Lage ist, ihre Interessen zu vertreten. „Vertikale Politik“, ein auf Massenparteien ruhendes Konzept, werde durch eine horizontale, das heißt, durch eine partizipative, konsensorientierte, vernetzte Politik ersetzt oder zumindest ergänzt. Motivation seien bei diesen häufig flüchtigen, spontanen Bewegungen weniger die Kernelemente klassischer Parteienmobilisierung, Ideologie, Identität oder Interessen, sondern mal mehr, mal weniger spezifisches „Unrecht“, zum Beispiel Frauenhandel oder die Reichtumsverteilung.

Das liest sich interessant, ist allerdings auch nicht neu. Ärgerlich ist allerdings, dass sich Torney mit dem Gegenstand seiner Kritik, der Idee der Repräsentation, kaum auseinandersetzt. Repräsentation ist für den Professor der Politischen Theorie schlicht „Sprechen für andere“. Komplexere Erkenntnisse der empirischen und normativ-theoretischen Repräsentationsforschung werden zwar teils in Fußnoten als „gelesen“ markiert, aber nicht reflektiert. Ähnlich vereinfachend setzt sich Torney mit Parteien auseinander. Hier werden modellhafte Organisationslogiken quasi zu empirischen Realitäten verdreht. Erst durch diese Vereinfachungen gelingt es Torney, einen scharfen Gegensatz zwischen dem alten Paradigma und den neuen Möglichkeiten der „postrepräsentativen Politik“ aufzubauen. Leider bleiben auch die neuen Akteure der Straßenpolitik konturlos, es fehlt den Fallstudien an Tiefe. Zudem bleibt im Schlusskapitel überraschenderweise relativ offen, ob das repräsentative System nun dem Untergang geweiht oder zumindest reformfähig ist. Die ohnehin vagen Ausführungen Torneys werden dadurch rückwirkend noch unschärfer.

Sören Christian Reimer

Simon Torney:
Vom Ende der repräsentativen Politik
 Hamburger Edition, Hamburg 2015; 230 S., 28,00 €



Seit September 2014 bilden Soldaten der Bundeswehr Kämpfer der kurdischen Peschmerga für ihren Kampf gegen die IS-Terrormiliz aus.

© picture-alliance/dpa

Krieg in unserer Zeit

GEWALT Der Politologe Herfried Münkler legt eine Theorie der neuen »hybriden Konflikte« vor

Der Ukraine-Russland-Konflikt, der Bürgerkrieg in Syrien, das Treiben der Terrormilizen des „Islamischen Staats“ (IS) oder mörderische Islamisten-Attacken wie kürzlich in Paris zeigen es: Die „Friedensdividende“ der unblutigen Umwälzungen von 1989/90 in Europa ist vorbei, das „Ende der Geschichte“ entgegen den Träumen des Politologen Francis Fukuyama nicht eingetreten. Der Krieg als „Vater aller Dinge“ (Heraklit) ist nicht verschwunden. Er hat nur chamäleonartig „neue Gestalt“ angenommen, schreibt der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler in seinem Buch „Kriegssplitter“. Heute seien angesichts zerstörerischer Waffen und intollerabler wirtschaftlicher Lasten große Staatenkriege wie in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts undenkbar. Kriege finden als „hybride Kriege“ statt, wo Staaten- und Bürgerkriege verschwimmen, Attacken aus undefinierbaren Räumen kommen, mit nichtstaatlichen Akteuren wie Terrornetzwerken, Warlords oder privaten Militärfirmen. Die Schläge der Staaten in diesen asymmetrischen Zermürbungskriegen gleichen „Polizeikriegen“. Es geht um Partisanenaktionen und ihre Abwehr, um Cyberkriege, um die Nutzung moderner Medien.

Die Weihnachtszeit ist auch Lesezeit. Elf Buchtipps für die Feiertage.

Wie kaum ein anderer deutscher Wissenschaftler hat sich Münkler in diese neuen Kriege eingearbeitet. In „Kriegssplitter“ wartet der Professor an der Berliner Humboldt-Universität mit einer Theoriebildung, einer „Grammatik“ über die „fluiden“ Kriege in entgrenzten Räumen mit ihren gegensätzlichen Akteuren auf. Bei ihnen sieht der Autor den Zusammenprall von „postheroischen Gesellschaften“ mit „heroischen Gemeinschaften“. Dieser Gegensatz ist für Münkler konstitutiv für seine Erklärung der modernen Kriegswirklichkeit. Westliche Gesellschaften seien nach den Hekatomben von Toten in den Weltkriegen pazifiziert. In ihrer Verwundbarkeit gäben sie Militärationen teils an private Firmen oder Geheimdienste ab und führten wie die USA „bequeme“ Drohnenkriege aus sicherer Ferne. Ihnen stünden asymmetrische heroische Formationen an den Rändern der westlichen Wohlstandzone gegenüber, wo es einen Mythos des Selbststopfers und religiös aufgeladenen Sendungsbewusstseins wie beim IS gebe. Zwischen beiden gibt es kein Verständnis.

Im Buch führt Münkler seine Studien der vergangenen Jahre zusammen: Zum Ersten Weltkrieg, dem Imperien, der Geopolitik und den neuen Kriegen. Es geht um das veränderte Kriegsvölkerrecht seit dem 30-jährigen Krieg, die Fortwirkungen des Ersten Weltkriegs mit seinen konfliktbeladenen „postimperialen Räumen“ (Balkan, Ukraine, Kaukasus, Libyen, Naher Osten) bis hin zu den hybriden Kriegen. Wegen der Fülle der Kompilationen wirkt der Band an manchen Stellen nicht ganz konzise. Münklers Bedrohungsszenarien für die Zukunft haften natürlicherweise an der Wahrsagerei inne, die übertrieben sein mag. Obwohl es schwerpunktmäßig um Kriege im 20. und 21. Jahrhundert geht, finden sich beim Autor immer wieder interessante Einsprengel aus der früheren Kriegsgeschichte. Ja, er greift sogar auf die Bibel und antike Sagen zurück, um asymmetrische Konstellationen bis in die Asymmetrie der Menschheitsgeschichte zurückzuführen, etwa beim Kampf des David gegen Goliath oder bei der List des Odysseus bei der Eroberung Trojas.

Der Autor plädiert für eine Rückkehr der Geopolitik im politischen und wissenschaftlichen Denken in Deutschland, ein nach 1945 hierzulande wegen des Missbrauchs durch die Nationalsozialisten lange verpönte Begriff. Ohne Geopolitik könne aber die neue alte europäische Zentralmacht Deutschland ihre eigene Lage nicht verstehen. Und erst recht nicht die aktuellen Krisenherde vom Ukraine-Konflikt bis zum Syrien-IS-Krieg, meint Münkler. Dabei gehe es auch um Territorien im klassischen Sinne, siehe die russische Krim-Annexion. Andererseits: Für Terrorgruppen wie Al-Qaida oder den IS sind Räume unwichtiger geworden, weil sie an keine Territorien gebunden seien. Deshalb scheiterten auch westliche Strategien von Raumkontrollen wie in Afghanistan oder im Irak. Heute gehe es mehr um die Kontrolle von Menschen-, Güter- oder Finanzströmen in der Welt. Es ist bemerkenswert, dass sich Münkler in einem guten Drittel seines Buchs über die modernen Konflikte des 21. Jahrhunderts mit einem Krieg vor 100 Jahren befasst. Aus dem Ersten Weltkrieg, hält der Autor geschichtswissenschaftlichen Politikern in Europa vor, gebe es unendlich viel zu lernen. Nicht nur habe er das viel beschriebene „postheroische Zeitalter“ eingeläutet, trotz Hitler und Stalin. Diese „Urkatastrophe“ des

Herfried Münkler:
Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert
 Rowohlt Verlag, Berlin 2015; 396 S., 24,95 €

Der Mann im Reisfeld

AUTOBIOGRAFIE Das Leben und journalistische Schaffen des Peter Scholl-Latour

Peter Scholl-Latour wäre nicht er selbst gewesen, hätte er nicht sein letztes Werk in größere historische Zusammenhänge eingebunden. Von der Terrasse seines Hauses in der kleinen südfranzösischen Gemeinde Tourettes-sur-Loup, auf der der 87-jährige Journalist im Januar 2012 seine Memoiren zu schreiben beginnt, schweift sein Blick über die Gebirgszüge des Esterel-Massiv, „das im Mittelalter eroberten Sarazenen als Bollwerk diente“, hinab zum Hafen von Antibes, dem antiken Antipolis, das griechische Händler besiedelten „lange bevor es der Provincia Narbonensis des Römischen Reiches einverleibt wurde“. Seine Leser und Fans haben Scholl-Latour stets dafür bewundert, wie er das aktuelle politische Geschehen in die Weltgeschichte einordnete und aus ihr heraus zu erklären suchte. Diesem Ansatz ist er in seinen Lebenserinnerungen, die bis zum Tod des von ihm so verehrten Charles des Gaulle reichen, treu geblieben. Den geplanten zweiten Band seiner Memoiren, die sich vom amerikanischen Vietnamkrieg bis zum Krieg in Afghanistan spannen sollten,

konnte er vor seinem Tod im August vergangenen Jahres nicht mehr vollenden. Dem 1924 als Sohn eines Lothringer Arztes und einer Elsässerin jüdischer Herkunft in Bochum geborenen Peter Scholl-Latour sind im Verlauf seiner journalistischen Karriere viele Etiketten angehängt worden. Von den einen als „letzter Weltenerklärer“ gefeiert, von anderen als „Kassandra“ gefürchtet oder als „Besserwisser“ geschmäht, orientierte sich Scholl-Latour selbst stets an der Worten des Philosophen Montaigne: „Ich belehre nicht, ich erzähle.“ Den Begriff „Wahrheit“ verortete er in der Theologie, ihm ging es darum, die persönlich erlebte Wirklichkeit zu beschreiben. Von „Weltneugier“ getrieben, wäre er nach eigener Aussage der geborene Entdecker oder Konquistador gewesen. Entdeckt und erobert hat er trotzdem: Die Welt und die Bücherschränke. Seine journalistischen Reisen führten ihn in alle Länder dieser Erde. Und seine gut drei Dutzend Bücher stürmten seit der Veröffentlichung von „Der Tod im Reisfeld“ (1980) regelmäßig die Bestsellerlisten. Den interessantesten Teil seiner Memoiren bilden jedoch seine Erinnerungen an Kindheit und Jugend. So sollten ihn die Jahre von 1936 bis 1940 im Jesuitenkolleg Sankt Michael im schweizerischen Freiburg nachhaltig prägen. Wenn auch selbst nicht von tiefer Religiosität geprägt, ermöglichte ihm

die katholische Sozialisation in Zeiten vor dem Zweiten Vatikanum offenbar einen Zugang zu den religiösen Vorstellungen der Mullahs in Teheran oder der Mudschahedin in Afghanistan, die anderen westlichen Journalisten nicht gegeben war. Sein früherer Hang zum Abenteuerum führte ihn Anfang 1945 in die Haft der Gestapo als er sich den Partisanen Titos anschließen will. Eine erste, wenn auch höchst unfreiwillige Begegnung mit jenen „starken Emotionen“, die er sein Leben lang suchte. Ein Jahr später befindet er sich als französischer Soldat bereits auf dem Weg nach Indochina. Die Reisfelder Vietnams werden zur Chiffre für sein späteres journalistisches Schaffen – sei es in der Altstadt von Algier, auf dem Flusslauf des Kongo oder auf den Pfaden des Hindu-kusch.

Alexander Weinlein

Peter Scholl-Latour:
Mein Leben
 C. Bertelsmann, München 2015; 444 S., 24,99 €

Von der Mafia zum »Kalifat«

TERRORISMUS Christoph Reuter glaubt, dass der IS auf Dauer scheitern wird

Dem Journalisten und Nahost-Kenner Christoph Reuter ist es gelungen, den kompetentesten Aufstieg der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) zu entziffern. In seinem gut geschriebenen Buch präsentiert er „Spiegel“-Journalist und Nahost-Kenner zudem eine überzeugende Analyse der politischen Verhältnisse, die im vom IS ausgerufenen „Kalifat“ herrschen. Aus Dokumenten eines ehemaligen irakischen Geheimdienst-Obristen rekonstruierte Reuter das Drehbuch für die „Staatsgründung“ des IS in Nordsyrien, die ein kleines irakisches Vorauskommando aus Dschihadisten 2012 bewerkstelligte. Nachdem die Terror-Bewegung in Syrien Fuß gefasst hatte, kehrten die militärischen Einheiten im Juni 2014 in den Irak zurück und drängten dort die schiitischen Regierungstruppen zurück. Nach der Eroberung der ölreichen Gebiete um Mossul verkürzte der „Islamische Staat im Irak und Syrien“ (ISIS) auf IS und rief das „Kalifat“ aus. Anschließend verstärkte er mit den im Irak eroberten Waffenarsenalen seine Truppen in Ost-Syrien. Reuter beschreibt die Führung des IS als Opportunisten-Klub, der seit 2010 seine Macht durch kurzfristige Allianzen und mehrfache Seitenwechsel festigte: Einmal kungelte er mit Syriens Staatschef Assad, ein andermal kooperierte er mit der Opposition. Schließlich war 2014 aus einem

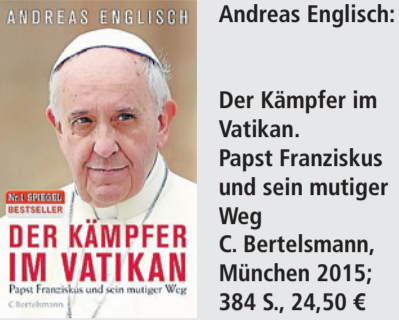
„Mafia-Konglomerat“ im Untergrund eine schlagkräftige Armee entstanden, die „mit einer Mischung aus furchterregenden Angriffsmethoden und logistisch perfekt organisierten Versorgungsketten blitzartig und mit immenser Wucht zuschlagen konnte“. Inzwischen erstreckt sich der Machtbereich des IS auf ein Gebiet von der Größe Großbritanniens. Die IS-Führungsriege besteht aus ehemaligen „glaubensfreien“ irakischen Parteikadern und Offizieren Saddam Husseins. Skrupellos instrumentalisieren sie den Islam und die vermeintliche Unfehlbarkeit der Gotteskrieger, um medienwirksam einen modernen „Heiligen Krieg“ zu inszenieren. Wenn Reuter Recht hat und die „einzig konstante Maxime“ des IS in der Machterweiterung um jeden Preis besteht, können die Terror-Paten nur militärisch

bekämpft werden. Eine weitere Prognose Reuters wurde inzwischen traurige Realität: Er hatte davor gewarnt, dass „größere Anschläge im Ausland vorstellbar“ seien. Diese Warnung wurde mit den Anschlägen in Paris grausame Realität. Gleichwohl kommt Reuter zu dem Schluss, dass sich der „Islamische Staat“ am Ende selbst zerstören wird. Spätestens dann, wenn es ihm nicht mehr gelingt, die inneren Widersprüche auszubalancieren. Mit apokalyptischen Visionen und brutalen Hinrichtungsvideos auf Facebook und YouTube ließen sich weder Staaten noch einzelne Städte führen und verwaltet. Und in-doktrinierte Selbstmordattentäter hätten in der Regel kein Interesse an einer Staatsgründung. Für die in aller Welt angeworbenen Kämpfer bestehe die Verlockung darin, im Namen Gottes zu herrschen und jeden Widerstand als Frevel zu brechen. Reuters prognostiziert, dass die Enttäuschung unter den IS-Truppen und der Bevölkerung in den besetzten Gebieten unweigerlich wachsen wird. Denn die unterschiedlichen Hoffnungen und Utopien, die seine Anhänger mit dem Mythos vom „Kalifat“ verbinden, müssten irgendwann eingelöst werden. Christoph Reuters Fazit lautet: Der Ruf zum Dschihad ist „grundsätzlich ein grandioses Mittel zum Machterwerb, aber ein schlechtes Mittel zum Machterhalt.“

Christoph Reuter:
Die schwarze Macht. Der Islamische Staat und die Strategien des Terrors
 DVA, München 2015; 351 S., 19,99 €

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ REZENSIIERT



Andreas Englisch:
Der Kämpfer im Vatikan. Papst Franziskus und sein mutiger Weg
 C. Bertelsmann, München 2015; 384 S., 24,50 €

Weihnachten 2014: In Rom liest Papst Franziskus den Kurienkardinälen die Leviten. Hochmütig und geltungssüchtig seien sie, habgierig und feige, litten an „spirituellem Alzheimer“. Das Oberhaupt der Katholischen Kirche kanzelt das Gremium ab wie eine Bande renitenter Lausengehen. Für den Journalisten und Vatikan-Experten Andreas Englisch offenbarte sich in der Standpauke der überfällige Kampf um die zukünftige Ausrichtung der Kirche. Es geht unter anderem um den Umgang mit Geschiedenen, die wieder heiraten, um den Umgang mit Homosexualität und um die Positionierung der Kirche in der Auseinandersetzung zwischen Arm und Reich. Englisch lässt keinen Zweifel daran aufkommen, auf wessen Seite er in diesem Konflikt steht. Franziskus ist bereits der dritte Papst, den er journalistisch begleitet. Doch dem Argentinier Jorge Mario Bergoglio schenkt Englisch nicht nur sein Herz als Christ, sondern auch als Journalist. Wer sich am mitunter geschwätzigen Schreibstil Englischs und seiner kritiklosen Bewunderung für Papst Franziskus, die mitunter an Heiligenverehrung grenzt, nicht stört, dem sei sein Buch empfohlen. Spannende Einblicke in das Innenleben des Vatikans bietet es allemal. aw



Anja Reschke (Hg.):
Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge
 Rowohlt, Reinbek 2015; 334 S., 12,99 €

Im Sommer dieses Jahres verschaffte die NDR-Journalistin Anja Reschke, ihrem Ärger Luft. In einem sehr persönlichen „Tagesthem“-Kommentar verurteilte sie mit deutlichen Worten ausländerfeindliche Hetze und forderte einen „Aufstand der Anständigen“. Unter dem durchaus provokativen Titel „Und das ist erst der Anfang“ hat die Journalistin jetzt einen lesenswerten Band herausgegeben, der die Flüchtlingsproblematik in ihrer ganzen Bandbreite darstellt. 25 Journalisten, Wissenschaftler, und Publizisten – unter ihnen finden sich prominente Namen wie Herfried Münkler, Bahman Nirumand und Heribert Prantl – schildern die Ursachen von Flucht, erzählen über die Motivation der Flüchtlinge und ihren leidvollen Weg über das Mittelmeer oder den Balkan, analysieren die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen der Flüchtlingskrise und bieten Ansätze für deren Bewältigung. Deutschland sei im Sommer dieses Jahres „aus seiner Gemütlichkeit“ gerissen worden, schreibt Reschke. Schon lange nicht mehr sei so viel diskutiert und so stark polarisiert worden. Es gehe um die Frage, wie die Zukunft Deutschlands und Europas aussehen soll. Ihr Buch bietet eine gute Grundlage für diese Diskussion. aw

Die zweite Welle der „Putinologie“ hat 2015 die deutschen Buchhandlungen erreicht. Beschränkten sich die zu Beginn des neuen Jahrtausends erschienen Biografien noch weitgehend auf die Präsentation eines damals eher unbekanntem, aus dem KGB hervorgegangenen Politikers, dem Boris Jelzin die Macht im Kreml übertragen hatte, so gewähren jetzt drei Bücher tiefe Einblicke in die 15-jährige Herrschaft des russischen Präsidenten und jenes System, das der Historiker Walter Laqueur als „Putinismus“ kritisierte. Russlands Bevölkerung steht nach wie vor hinter der Politik Wladimir Putins: Ungeachtet der Wirtschaftskrise, die nicht zuletzt dem sinkenden Ölpreis geschuldet ist, unterstützen mehr als 80 Prozent der Russen den Präsidenten. Diese hohen Zustimmungswerte seien zum einen auf den in Putins Herrschaftsjahren erreichten Wohlstand zurückzuführen, wie die Journalisten Katja Gloger und Hubert Seipel betonen. Zum anderen sind sie aber auch das Ergebnis eines geschickten PR-Kults um den „guten Zaren“, der sich Tag und Nacht um das Volk sorgt und kümmert. Verantwortlich für diese Inszenierung ist Wjatscheslaw Wolodin, der mächtige Erste Stellvertreter des Präsidenten. „Solange es Putin gibt, gibt es auch Russland. Ohne Putin – kein Russland“, verkündete der Chefideologe des Kremls im Oktober vergangenen Jahres. Wolodin muss es wissen: Seine Erkenntnisse beziehe er aus Meinungsumfragen, die ihm wie Kristallkugeln die Zukunft offenbaren, meint Michail Sygar, Chefredakteur des krenlkritischen Fernsehkanals „Doshd“ („Regen“). Anhand von 19 detaillierten politischen Porträts über Putins Gefolge und seine Kontrahenten beschreibt der bekannte Journalist die Politik des Präsidenten. Seine kurzen und trefflicheren Analysen ermöglichen es, die Situation in Russland, die Motive der Strippenzieher, ihre Methoden und ihre Ziele besser zu verstehen. Hierzu zählen beispielsweise der „wissenschaftliche Antiamerikanismus“ oder die Proklamation eines „zweiten kalten Krieges“, die der Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew, als neue offizielle Ideologie Russlands präsentierte. Laut Sygar ist der ehemalige Chef des Inlandsgeheimdienstes (FSB) der „wichtigste russische Falke“, der Kopf der antiwestlichen Partei.



Wladimir Putin auf dem Weg zu seiner erneuten Amtseinführung als Präsident im Mai 2012

© picture-alliance/dpa

Kreis der persönlichen Freunde der Familie Putin. Dass daraus die unkritische ARD-Dokumentation „Ich, Putin“ hervorging, war nur folgerichtig. Sie sollte die Popularität des russischen Präsidenten im Westen festigen, insbesondere in Deutschland.

Schokoladen-Seite Auch in seinem neuen Putin-Buch präsentiert Seipel die Schokoladen-Seite des Präsidenten. Wie könnte es auch anders sein, schließlich hatte Putin dem Journalisten wie einem Beichtvater stundenlang seine Visionen über Russlands Zukunft referiert und ihm einmal in der Nacht sogar seine private Kapelle gezeigt. Vor allem wegen dieser Einblicke in Putins Privatleben ist Hubert Seipels Buch empfehlenswert, aber eben auch mit Vorsicht zu genießen. Für die Vertrauensbeweise bleibt der ARD-Journalist dankbar: Er widerspricht der westlichen Kritik an Putins Politik, indem er akribisch Zitate aus westlichen Medien auswählt und zu widerlegen sucht. Die überzeugendsten Kapitel seines Buches beschließen sich mit dem Kampf gegen die „Oligarchen-Demokraten“, die Russlands Volkseigentum geraubt hätten. Kritische Anmerkungen zu Putins Innenpolitik sucht man hingegen vergeblich: Erinnert sei nur an die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure oder die Heraussetzung der Sperrklausel bei der Dumawahl von fünf auf sieben Prozent, um der demokratischen Opposition den Einzug ins Parlament zu erschweren. Oder die Streichung des Präsidentschaftskandidaten der „Jabloko“-Partei, Grigorij Jawlinskij, von der Wahlliste, um Putins Direktwahl 2012 zu sichern. Und ebenso findet sich bei Seipel kein Satz über die verheerende Korruption des Machtapparats, die der Präsident zwar regelmäßig erwähnt, die er aber nicht zu bekämpfen vermag.

Alte Feindbilder Katja Gloger hingegen beleuchtet die dunkle Seite der Putinschen Macht und beweist sich als die wahre „Putin-Versteherin“. So arbeitet sie die antiwestliche „Russentum“-Ideologie und die damit einhergehende Wiederbelebung alter Feindbilder deutlich heraus. Glogers quellenreiche Darstellung ist das derzeit beste Buch über Putins Russland auf dem deutschen Markt. Auch weil sie sich bei aller Kritik einen unabhängigen Blick auf die Ereignisse in Russland und in der Ukraine bewahrt. So bewertet sie den Maidan und den Machtwechsel in Ukraine ohne Euphorie. Zu Recht weist Gloger darauf hin, dass der Maidan 2014 genauso mit einem Pakt der korrupten Eliten endete wie bereits die Orangene Revolution zehn Jahre zuvor. Mit Putins Abwendung von Europa ging die Abkehr vom Modernisierungskurs und der Etablierung eines Rechtsstaats in Russland einher. Es ist kein Zufall, dass 2012 sogar Alexej Kudrin, der zehn Jahre Finanzminister und Putins Freund war, dem neuen Regime geopfert wurde. Sein „Fehler“: Er hatte sich gegen die Militarisierung der russischen Wirtschaft ausgesprochen. Jetzt sei Russland frei und entfesselt, stellt Gloger fest. Es bleibe „eine einsame Macht, doch mehr denn je Gefangener der Vergangenheit“. Aschot Manutscharjan

Er ist Russland

WLADIMIR PUTIN Analysen, Legenden und Privates über den Herrscher im Kreml und sein Umfeld

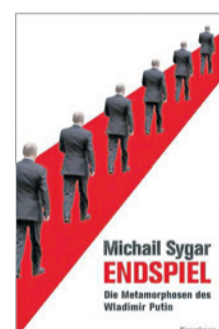
macht er seine Entourage sowie die Akteure im Westen und in den Medien. Obwohl der russische Journalist den Mut aufbringt, Putins Machtssystem kritisch zu hinterfragen ebenso wie dessen „paranoide“ Einstellung zum Westen, wird er vorsichtig, wenn es um die Krim-Eroberung geht. Die Kommando-Operation Ende Februar 2014, als russische Truppen das Parlament und dann die ganze Halbinsel besetzten, bezeichnet er verhemolend als „Beitritt“ oder „Vereinigung“. Der Grund liegt auf der Hand: Sollte er die Aktion als „Annexion“ charakterisieren, hätte dies für ihn spürbare Konsequenzen. Wladimir Putin scheint deutschen Journa-

listen eine strategische Bedeutung beizumessen: So erhielt Katja Gloger, Moskauer-Korrespondentin des „Stern“, im Jahr 2002

direkten Zugang zum Präsidenten, ein Jahrzehnt später war der ARD-Journalist Hubert Seipel an der Reihe. Gloger erlebte den Privatmenschen Putin. Er konnte für sie Tee und bestrich Butterbrote mit Kaviar. Sie durfte zusehen, wie der Präsident reiten lernte, sich im Schwimmbad tummelte oder angeln ging. Seipel traf den Präsidenten noch öfter und interviewte ihn an den verschiedensten Orten: In der Präsidentenmaschine, in Sibirien oder im Fitnessstudio. Als besondere Ehre durfte er in Putins Limousine mitfahren, in der er zur Amtseinführung durch die menschenleeren Straßen Moskaus chauffiert wurde. Anschließend feierte Seipel mit dem engsten



Katja Gloger:
Putins Welt. Das neue Russland, die Ukraine und der Westen
 Berlin Verlag, Berlin 2015; 352 S., 18 €



Michail Sygar:
Endspiel. Die Metamorphose des Wladimir Putin
 Kiepenheuer & Witsch, Köln 2015; 285 S., 24,50 €



Hubert Seipel:
Putin. Innenansichten der Macht
 Hoffmann und Campe, München 2015; 368 S., 22 €

Verlorene Weltstadt

IRAK Najem Walis rührende Liebeserklärung an Bagdad

Sechs Jahre alt war Najem Wali, als er 1962 an der Hand seines Vaters das erste Mal durch Bagdad lief. Die Hauptstadt des Irak kannte er bis dahin nur von Postkarten, jetzt zog er mit dem Vater durch die Plattenläden in der Al-Raschid-Straße, ließ sich mit ihm im Fotostudio von Arschak, einem Christen, für ein Erinnerungsfoto ablichten und erwarb für seine Mutter beim schottischen Buchhändler die neueste Ausgabe des deutschen „Burda-Moden“-Hefts – sehnsüchtig erwartet auch von den anderen Frauen im 400 Kilometer entfernten Amara. Für den Buben wurde dieser Besuch zu einem Erweckungserlebnis, zu einem „neuen Ausgangspunkt Richtung Leben“, wie er 53 Jahre später in seinem Buch „Bagdad. Erinnerungen an eine Weltstadt“ notiert. Es ist ein so lehrreiches wie erschütterndes Buch. Wali nimmt den Leser darin mit auf eine Reise durch ein Bagdad, „das es heute nicht mehr gibt“, wie er wehmütig schreibt. Wie war diese Stadt einmal, die heute vor allem für Zerstörung, Fanatismus und Gewalt steht? Wali lässt eine Metropole aufleben, in der Wissenschaft und Kultur über Jahrhunderte blühten und verschiedenste Religionen und Ethnien friedlich zusammen lebten. Er erzählt von seinem Studium in den 1970er Jahren an der Universität von Bagdad, von einer Zeit, in der auch linke Studenten noch in „relativer Freiheit“ leben konnten. Die Fotos im Buch zeigen Wali und seine Kum-

pels in Schlaghosen und mit langen Haaren, die Frauen wie in Paris oder London in kurzen Röcken, Lederstiefeln und modernen Frisuren. Doch all das war vorbei, als die regierende Baath-Partei begann, immer brutaler gegen Oppositionelle vorzugehen. Wali wurde wie Tausende inhaftiert und gefoltert und floh 1980 schließlich nach Westdeutschland, um der Einberufung in den Irak-Iran-Krieg und dem damit wohl sicheren Tod zu entgehen. Zurück ließ er eine Stadt, die für Jahrzehnte zum Schauplatz von Krieg und Terror wurde. Die Traurigkeit über diesen Verlust ist in jeder Zeile des Buches zu spüren. Er sei aus dem „Paradies der Kindheit“ vertrieben worden, schreibt Wali voller Bitterkeit. Aus der Ferne hat er dieser einst so herrlichen Stadt jetzt eine hinreißende Liebeserklärung gemacht. Johanna Metz



Najem Wali:
Bagdad. Erinnerungen an eine Weltstadt
 Carl Hanser Verlag, München 2015; 416 S., 26 €

Der Diktator im Dauerrausch

DROGEN Was der Arzt Morell mit Hitler machte. »Doktorchen, ich freue mich ja so, wenn Sie morgens kommen.«

Theodor Morell (1886–1948) war offenbar ein geschäftstüchtiger Mediziner. Seine Vitaminspritzen müssen damals am Berliner Ku'damm ein Knaller gewesen sein unter den prominenten Patienten. Auch galt er als begnadeter Spritzengeber, schmerzlos, harmlos. Dass Morell 1936 zum „Leibarzt des Führers“ aufstieg, gehörte nicht zu seinem Lebensplan. Fakt ist aber: Der Arzt kam der jederzeit effektiv ausgeleuchteten Führerfigur näher als irgendwer sonst während des Krieges und erhielt intime Einblicke in die Alltagsbeschwerden Hitlers. Während Berlin von den Alliierten zerbombt wurde, verwandelte sich auch der einst so asketische Diktator Adolf Hitler in eine menschliche Ruine, zuletzt ein zitteriger, kranker Greis. Wie ist dieser körperliche (und psychische) Zerfall zu erklären? Der Schriftsteller Norman Ohler legt in seinem ersten Sachbuch „Der totale Rausch“ nahe, dass der eigentlich so gesundheitsbewusste Diktator mit Hilfe Morells eine steile Drogenkarriere hingelegt hat.

mit hoher Pervitin-Dosierung wurden als Muntermacher bei der Hausarbeit empfohlen. Heute gilt die Substanz als Horrordroge schlechthin und ist unter der Bezeichnung Methamphetamin oder Crystal Meth im Umlauf. Als im Sommer 2014 bekannt wurde, dass der SPD-Innenexperte Michael Hartmann zeitweilig Crystal Meth zur Leistungssteigerung genommen hatte, war die Betroffenheit groß. Ganz anders zu Kriegzeiten: Da war die Betroffenheit groß, wenn Pervitin nicht in ausreichenden Mengen rechtzeitig verfügbar war. Pervitin war damals zeitweilig so gängig wie heute Aspirin. In Berlin-Johannisthal produzierten die Temmler-Werke ein den Pervitin-Nachschub für die deutsche Armee. Die anfänglichen Blutzkriegserfolge der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg wären, meint Ohler, ohne die Wunderdroge gar nicht

möglich gewesen. Der Autor zitiert einen damaligen Sanitätsoffizier mit der Einschätzung: „Ich bin überzeugt, dass bei großen Anstrengungen, wo auch das Letzte aus der Mannschaft herausgeholt werden muss, eine mit Pervitin versorgte Truppe einer anderen überlegen ist.“

Patient A Morell hat, rein pharmakologisch, auch aus Hitler das Letzte herausgeholt. Ohler sezziert dazu unter anderem die kryptischen Eintragungen des Arztes auf einer Karteikarte von 1943, wo Hitler unter dem Codenamen „Patient A“ aufgeführt ist. Im Laufe der Jahre versorgte Morell den Diktator mit einem ganzen Arsenal an Stimulantien, darunter etliche psychoaktive Substanzen. Ohler schreibt: „Immer augenscheinlicher bestimmten die Spritzen den Tagesablauf, und mit der Zeit reichten über 80 verschiedene, häufig genug unkonventionelle Hormonpräparate, Steroide, Mittelchen und Arzneien die Führermischung an.“ Während Hitler offenbar nicht merkte, was mit ihm geschah, sorgte Morell dafür, dass der Kriegsherr bei Stimmung blieb. Morell notierte im Herbst 1944, wie dankbar Hitler die tägliche Dosis aufnahm: „Doktorchen, ich freue mich ja so, wenn Sie morgens kommen.“ Ohler liefert mit seiner spektakulären Betrachtung der historischen Ereignisse durch die Drogenbrille interessante Erklärungs-



Norman Ohler:
Der totale Rausch. Drogen im Dritten Reich
 Kiepenheuer & Witsch, Köln 2015; 368 S., 19,99 €

ansätze für merkwürdige militärische Entscheidungen und das wahnhaftige Auftreten Hitlers. Die Thesen werden mit einer Fülle von Anmerkungen, Quellen- und Literaturhinweisen penibel gestützt. Das ist nützlich und überzeugend, es bleibt aber ungeklärt, welche zentrale Schlussfolgerung aus den Fakten resultiert. Sicherheitshalber stellt Ohler fest, dass Hitlers „monströse Schuld“ durch den Dauerrausch nicht relativiert werden kann. Etwas fischig schimmert bisweilen die Mutmaßung durch, weniger Drogen hätten mehr Erfolge gebracht. Wäre das etwa gut gewesen? Dass in der Wehrmacht und unter Nazigrößen (Göring war Morphinist) Drogen gängig waren, ist nicht neu. Das Buch besticht aber durch die einschlägige Sichtweise und den spannenden Erzählstil, der leider öfter in Metaphern-Klamauk ausartet. Kenner der Materie werden überraschende Details entdecken, wer mit dem Thema weniger vertraut ist, findet einen leichten Einstieg mit ganz unterschiedlichen Aspekten in diese dunkelste Epoche der deutschen Geschichte. Claus Peter Kosfeld



AUFGEKEHRT

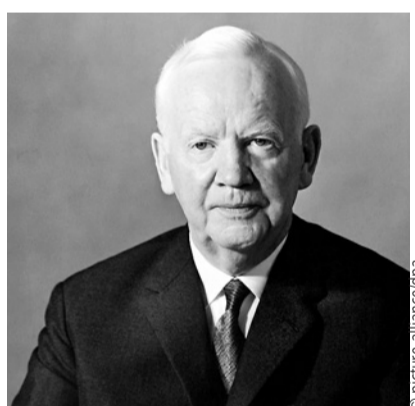
Südafrikas Xavier Naidoo

Im Rückblick muss man dem ehemaligen Finanzminister Oskar Lafontaine (Ex-SPD, Ex-WASG, heute: Die Linke) schon ein gewisses Durchhaltevermögen attestieren. Er hielt es nicht nur knapp 40 Jahre in der SPD aus, sondern auch gut und gerne 135 Tage als Finanzminister. Dann schmiss er allerdings gefrustet hin. Im Vergleich zu David van Rooyen brachte es der Saar-Napoleon allerdings auf eine vergleichsweise lange Amtszeit. Der neue und ehemalige Finanzminister Südafrikas blieb genau fünf Tage im Amt. Am 9. Dezember diesen Jahres wurde er von Südafrikas Präsident Jacob Zuma ernannt. Am Sonntag darauf war er seinen Job wieder los. Geht man davon aus, dass sich van Rooyen ein freies Wochenende gönnen wollte, zählen die letzten beiden Tage nicht mal wirklich als Arbeitszeit. „Wir sehen uns am Montag“ blieb im südafrikanischen Finanzministerium ein leeres Versprechen. Als Grund für das abrupte Ende einer Karriere, die eigentlich noch gar nicht begonnen hatte, nannte der Präsident die massive Kritik an der Ernennung. Damit ist van Rooyen quasi der Xavier Naidoo (Amtszeit als ESC-Kandidat: drei Tage) der südafrikanischen Politik – also ein vermeintliches Opfer eines „Shitstorms“. Was sich bei Naidoo im Netz auf ARD und NDR entlud, war bei van Rooyen an den Finanzmärkten zu spüren. Die südafrikanische Währung und einige Bankaktien des Landes stürzten ab. Man fürchtete gar um das Kreditrating des Staates, quasi das Äquivalent zum angedrohten Fan-Boycott des Eurovision Song Contests. Van Rooyen hat inzwischen einen neuen Ministerposten bekommen, auch daran gibt es wieder laute Kritik. Klar ist: Sein Weg wird kein leichter sein. *Sören Christian Reimer*

VOR 50 JAHREN...

GroKo auf Zeit

23.12.1965: Lübke will schwarz-rote Regierung Eigentlich war nach der Bundestagswahl 1965 alles klar. Die Union verpasste mit 47,6 Prozent nur knapp die absolute Mehrheit. Der Koalitionspartner FDP büßte zwar Stimmen ein und kam nur noch auf 9,5 Prozent, einer schwarz-gelben Fortsetzung unter Kanzler Ludwig Erhard (CDU) stand aber mathematisch nichts im Wege.



Heinrich Lübke, zweiter Bundespräsident Deutschlands

Dennoch sollte die Wahl der ersten Großen Koalition den Weg bereiten. Vor allem von Bundespräsident Heinrich Lübke (CDU) war das gewollt. Am 23. Dezember 1965 sprach er sich in einem Interview für eine Regierung aus Union und SPD „wenigstens für eine Legislaturperiode“ aus, da es „eine Reihe von wichtigen Fragen, die keinen Aufschub vertragen“ gebe, „die nur gemeinsam von allen politischen Kräften angepackt werden können“. Als Beispiele nannte er die Finanzreform, die Notstandsgesetzgebung und außenpolitische Themen. Bei seinem Neujahrsempfang 1966 bekräftigte Lübke seine Meinung: Die Regierung stehe vor Aufgaben, die von einer kleinen Koalition nur zum Teil gelöst werden könnten, sagte er. Dass die Sozialdemokraten Lübke näher standen als die FDP, hatte sich schon bei dessen Wiederwahl 1964 gezeigt. Während die SPD Lübke unterstützte, stellte die FDP mit Ewald Bucher einen eigenen Kandidaten auf. Erhards schwarz-gelbe Regierung hielt indes nicht lange: 1966 verließ die FDP im Streit über Steuererhöhungen das Bündnis und es kam zur ersten Großen Koalition. Lübke, der schon länger in engem Kontakt zu SPD-Vize Herbert Wehner stand, half tatkräftig mit. *Benjamin Stahl*



WEIHNACHTSRÄTSEL 2015



Der Lucia-Chor aus Schwedens Hauptstadt Stockholm versetzte den Bundestag vergangene Woche in vorweihnachtliche Stimmung. © Deutscher Bundestag/Achim Melde

Die Redaktion wünscht fröhliche Weihnachten!

Eine Reise nach Berlin für zwei Personen inklusive eines Besuchs des Bundestags – das ist der Hauptpreis des diesjährigen Weihnachtsrätsels von „Das Parlament“. Und so können Sie gewinnen: Die vorliegende Ausgabe von „Das Parlament“ gründlich lesen, die folgenden 14 Fragen richtig beantworten und die Lösung an die Redaktion schicken. Wenn es mit dem Hauptpreis nicht klappt, werden unter den richtigen Einsendungen übrigens noch weitere Sachpreise verlost. Also: Viel Spaß beim Lesen, Rätseln und Gewinnen!

1. Welchen Krieg beendete der „Westfälische Friede“?
2. Wie heißt der aktuelle Präsident Afghanistans?
3. Welche Behörde ist in Deutschland für die Risikobewertung von Medizinprodukten zuständig?
4. Wann und wo wurde der Autor und Journalist Peter Scholl-Latour geboren?

5. Wie heißt die Behörde, die den Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union koordiniert?
6. Welchen Beruf hatte der Vater von Ute Finckh-Krämer?
7. Auf welchem Wege können öffentliche Aufträge nur noch vergeben werden?
8. Wie viele Kubikmeter schwach- und mittelfradioaktiver Abfall sollen im Endlager Konrad eingelagert werden?
9. Wen hat das Europäische Parlament in diesem Jahr mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit ausgezeichnet?
10. Wie viel Geld hat der Bund im Jahr 2015 in Forschung und Entwicklung investiert?
11. Welches Gericht entscheidet über das Verbot der rechtsextremistischen NPD?
12. Welchen Geldbetrag soll künftig eine Partei jährlich

pro Stimme für die ersten vier Millionen gültigen Stimmen vom Staat erhalten?

13. Wie heißt der Erste Stellvertretende Leiter des russischen Präsidialamtes?
 14. Welchem Bundestagsausschuss gehörte Ruprecht Vondran während seiner Zeit als Abgeordneter an?
- Ihre Antworten bitte per Post oder E-Mail an:

Redaktion „Das Parlament“
Platz der Republik 1
11011 Berlin

redaktion.das-parlament@bundestag.de
Stichwort: Weihnachtsrätsel

Einsendeschluss ist der 11. Januar 2015. Barauszahlungen sind nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

LESERPOST

Zur Ausgabe 50-51 vom 7. Dezember 2015, Schwerpunkt Syrien-Einsatz der Bundeswehr auf den Seiten 1-3: Jahrelang hat man weggeschaut und auf eine Selbstlösung des Syrien-Konflikts gehofft. Jetzt aber wurde – ohne zwingende Notwendigkeit – geradezu blitzartig eine Entscheidung durch das Parlament gepeitscht, die dem Parlament und der deutschen Öffentlichkeit nicht gerecht wird. Auch wenn der deutsche militärische Beitrag zur Zeit vielleicht nur ein symbolischer Akt sein sollte, bedeutet es eine politisch und gesellschaftlich noch zu lösende Herausforderung. Deutschland wird automatisch – ohne eine Exit Option – Teil der Allianz, die mit Bomben die sunnitische Terrormiliz IS bekämpfen will und dabei ver-

gessen hat, dass das auch bei anderen asymmetrischen Kampfhandlungen noch nie funktioniert hat. Wie können Koalitionspolitiker da von Maßnahmen reden, dass die militärischen Mittel in einem Befriedigungsprozess eingebettet sind? Zuvorderst steht der unerklärte Krieg. Und sofern Deutschland den Friedensplan der international besetzten Wiener Syrien-Konferenz vom 14.11.2015 als Befriedigungsprozess ansieht, hat sie jeglichen Bezug zum Machbaren verloren. Demnach soll binnen sechs Monaten eine syrische Übergangsregierung stehen und in 18 Monaten soll dann eine neue Verfassung und Wahlen den Weg für ein neues Syrien ermöglichen. Nicht berücksichtigt wurde dabei allerdings der noch fehlende Waffen-

stillstand zwischen den unterschiedlichen Akteuren in Syrien, die unterschiedlichen geostrategischen Interessen der Teilnehmer der Friedenskonferenz und die sunnitische Frage. Und was passiert eigentlich mit der Terrorgruppe des IS und der islamistischen Al-Nusra-Front? Irgendwie erinnert dieser Optimismus der Konferenzteilnehmer an das Pippilotta-Prinzip: „Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt.“
Hans-Dieter Seul, Berlin

Ihren Aufmacher finde ich befremdlich. „Ready for Take-Off“ – es klingt fröhlich wie der Beginn eines Flugs in den Urlaub oder wie der Start in ein Abenteuer. Dabei handelt es sich aber um den Start eines

Kampfeinsatzes der Bundeswehr, bei dem zumindest das Risiko besteht, dass Personen, sei es in den Flugzeugen, sei es am Boden, zu Schaden kommen oder sogar ihr Leben verlieren. „Ready for Take-Off“ wird möglicherweise auch bei Bundeswehrmaschinen gesagt und eine abenteuerliche Mission mag diese sogar sein, aber es passt hier aus meiner Sicht wegen anderer möglicher Assoziationen überhaupt nicht.
Friederike Hellner, Berlin

PANNENMELDER

In dem Artikel „Ready for Take-Off“ auf Seite 1 der Ausgabe 50-51 vom 7. Dezember 2015 wird der „sehgehende Schutz“ als Teil des Bundeswehr-Mandates ausgewiesen. Richtig muss es „sehender Schutz“ heißen. Gemeint ist der Schutz eines französischen Flugzeugträgers durch eine Fregatte der Bundeswehr.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 4. Januar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 11. – 15.1.2016

Lebensmittelkennzeichnung (Do)
Pestizide (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

->Wilfried Seibel † Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Am 10. Dezember starb Wilfried Seibel im Alter von 70 Jahren. Der Verleger aus Bad Pyrmont war von 1974 bis 1980 Vorsitzender der Jungen Union im Bezirk Hannover. 1992 trat er an die Spitze des CDU-Kreisverbands Hameln-Pyrmont. Von 1977 bis 1981 gehörte er dem dortigen Kreistag an. Seibel engagierte sich im Bundestag im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss. Er war bis zuletzt Ratsherr seiner Heimatstadt.

->Meinrad Belle † Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Am 4. Dezember starb Meinrad Belle im Alter von 72 Jahren. Der Rechtspfleger und Geschäftsleiter des Amtsgerichts und der Justizvollzugsanstalt Villingen-Schwenningen aus Brigachtal/Schwarzwald-Baar-Kreis schloss sich 1974 der CDU an. Von 1975 bis 1990 war er Bürgermeister seines Heimatorts und von 1979 bis 1990 Kreistagsmitglied. 1995 wurde er Präsidiumsmitglied und 2000 Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Im Bundestag engagierte sich Belle, der stets Direktkandidat des Wahlkreises Schwarzwald-Baar war, im Innenausschuss sowie im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

->Sigrid Semper Bundestagsabgeordnete 1990-1994, FDP

Am 22. Dezember feiert Sigrid Semper ihren 75. Geburtstag. Die aus Leipzig stammende promovierte Pädagogin trat 1965 der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in der DDR bei und war seit 1978 Mitglied des Leipziger Kreisvorstands. Semper arbeitete im Bundestag im Verteidigungsausschuss sowie zuletzt im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit.

->Helmut Sauer Bundestagsabgeordneter 1972-1994, CDU

Am 24. Dezember wird Helmut Sauer 70 Jahre alt. Der Grundstücks- und Wohnungswirtschafts Kaufmann aus Salzgitter trat 1965 der CDU bei und war von 1971 bis 1993 dortiger Kreisvorsitzender. Er gehörte dem Landesvorstand Niedersachsen und seit 1990 dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1972 bis 1974 war er Ratsherr seiner Heimatstadt. Sauer ist seit 1989 Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU und seit 1982 Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien in Niedersachsen. Von 1984 bis 1992 und von 2000 bis 2014 war er Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen. Im Bundestag gehörte Sauer die längste Zeit dem Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen an. Von 1979 bis 1994 war er Mitglied der Nordatlantischen Versammlung.

->Ruprecht Vondran Bundestagsabgeordneter 1987-1994, CDU

Ruprecht Vondran vollendet am 31. Dezember sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Jurist, Verbandsyndikus und Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl von 1988 bis 2000, dazu Präsidiumsmitglied des Bundesverbands der Deutschen Industrie, trat 1957 in die CDU ein. 1958 wurde er Mitglied im RCDS-Bundesvorstand und amtierte von 1988 bis 1995 als stellvertretender Landesvorsitzender der Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalens. Vondran engagierte sich im Bundestag in beiden Wahlperioden im Innenausschuss. Von 1992 bis 2011 war er Vorstandsvorsitzender des Deutsch-Japanischen Wirtschaftskreises.

->Johannes Gerster Bundestagsabgeordneter 1972-1976, 1977-1994, CDU

Am 2. Januar wird Johannes Gerster 75 Jahre alt. Der Mainzer Jurist, zuletzt Regierungsdirektor im rheinland-pfälzischen Innenministerium, schloss sich 1960 der CDU an und war von 1993 bis 1997 CDU-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz. Von 1994 bis 1996 gehörte er dem CDU-Präsidium und von 1996 bis 1998 dem Bundesvorstand an. 1996/97 war Gerster Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der CDU-Fraktion. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1987 bis 1992 und deren stellvertretender Vorsitzender von 1992 bis 1994 engagierte sich im Bundestag überwiegend im Innenausschuss, daneben im Haushaltsausschuss. Gerster leitete von 1997 bis 2006 die Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem.

->Walther Leisler Kiep Bundestagsabgeordneter 1965-1976, 1980-1982, CDU

Am 5. Januar vollendet Walther Leisler Kiep sein 90. Lebensjahr. Der aus Hamburg stammende Versicherungskaufmann trat 1961 der CDU bei. Er war von 1967 bis 1976 Landesschatzmeister der hessischen CDU, wurde 1971 zum Bundesschatzmeister seiner Partei gewählt und gehörte in dieser Eigenschaft bis 1992 dem CDU-Bundespräsidium an. Von 1976 bis 1980 amtierte Kiep als niedersächsischer Finanzminister und war von 1978 bis 1980 Landtagsabgeordneter. Kiep arbeitete im Bundestag im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie im Auswärtigen Ausschuss mit. *bmh*

SEITENBLICKE



Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Abschottung ist im 21. Jahrhundert keine Option mehr



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Wir stehen am Ende eines für Europa turbulenten und sehr schwierigen Jahres, in dem gerade Deutschland in vielen Bereichen enorm gefordert war und ist. Ich erinnere an die Situation in der Ukraine, an Griechenland, an die Euro-Zone, an den Klimaschutz, an den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und an die vielen Menschen, die bei uns Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchen.

Wir haben erleben müssen, dass der Zusammenhalt Europas in diesem Jahr vielfach auf die Probe gestellt wurde. Ich bin überzeugt, dass gerade Deutschland, das volkswirtschaftlich stärkste Land Europas, in dieser Zeit eine besondere Verantwortung wahrzunehmen hat und dass es oft ganz besonders auf unser Land ankommt, wenn es darum geht, die Errungenschaften der europäischen Integration zu wahren und zu schützen. Die beiden wichtigsten sind für mich die offenen Binnen Grenzen und die gemeinsame Währung. Diese Errungenschaften zu bewahren, liegt zutiefst in unseren eigenen nationalen Interessen. Kein Land in Europa profitiert von diesen Errungenschaften so wie wir und braucht sie allein aufgrund der geografischen Lage so wie wir.

Europa hat in den vergangenen

Jahrzehnten vieles erreicht, von dem vorangegangene Generationen kaum zu träumen gewagt hätten. Statt in einem Europa des Krieges und der Unfreiheit leben wir heute in einem Europa des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands und der guten Nachbarschaft, und das ist alles andere als selbstverständlich. Es ist das Ergebnis einer europäischen Politik, die immer wieder zähes Ringen, intensive Arbeit, Kompromissbereitschaft, Kompromissfähigkeit und auch gegenseitige Solidarität erfordert. Das ist aus meiner Sicht wichtiger denn je, da wir in Zeiten leben, in denen wir unsere Werte und Interessen in einem äußerst harten globalen Wettbewerb behaupten müssen.

Keinem Land in Europa wird es alleine gelingen, sich dauerhaft erfolgreich im globalen Wettbewerb zu behaupten. Keinem Land wird es alleine gelingen, den internationalen Terrorismus zu besiegen oder etwa den Klimawandel aufzuhalten. Keinem Land wird es alleine gelingen, die Folgen von weltweiter Flucht und Vertreibung zu bewältigen und ihre Ursachen zu beseitigen. Keinem Land wird es alleine gelingen, ein Leben in Wohlstand und Frieden zu sichern.

Deshalb dürfen wir gerade in schwierigen Zeiten nicht der Versuchung erliegen, in nationalstaatliches Handeln zurückzufallen. Abschottung ist im 21. Jahrhundert keine vernünftige Option.

Nur wer versteht, dass unmittelbare nationale Eigeninteressen immer in Verbindung mit unserem gemeinsamen europäischen Interesse zu sehen sind, kann die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich bewältigen. Deshalb ist es auch selbstverständlich, dass wir nach den schrecklichen Anschlägen von Paris fest an der Seite unserer französischen Nachbarn stehen. Die Terrorangriffe des 13. November haben nicht nur Frank-

reich getroffen; sie galten uns allen, und sie treffen uns Deutsche umso mehr, als die enge Freundschaft Deutschlands mit Frankreich uns einander so nah fühlen lässt.

Die deutsch-französische Freundschaft ist Teil unserer historischen Verantwortung. Sie ist unverrückbarer Kern der deutschen Außenpolitik, und sie ist elementar für den europäischen Einigungsprozess.

Deshalb stehen wir als Mitglied der internationalen Allianz Frankreich im Kampf gegen die Terrormiliz IS aktiv zur Seite. Die unfassbaren Gräueltaten, die sich jeden Tag in den vom IS beherrschten Gebieten im Nordirak und in Syrien ereignen, gehen mit Terrorattacken einher, die sich gegen die gesamte Weltgemeinschaft richten.

Die vielen Anschläge – nicht nur in Paris, sondern auch in Tunesien, in der Türkei, im Libanon, im Irak, in Syrien, in den USA oder gegen Russland – zeigen uns sehr deutlich, dass der IS eine globale Bedrohung für Frieden und Sicherheit ist.

Mit Frankreich hat zum ersten Mal ein Mitgliedstaat der Europäischen Union die Beistandsklausel des EU-Vertrags in Anspruch genommen. Das ist ein klarer Appell an die gesamte Europäische Union, sich dieser gemeinsamen Bedrohung geschlossen entgegenzustellen. Wir können dies mit vereinten Kräften leisten – mit unseren Partnern in Europa, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Region.

Deutschland stellt sich dieser Verantwortung. Dazu gehört unsere im letzten Jahr beschlossene Unterstützung der kurdischen Peshmerga. Dazu gehört der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. Dezember dieses Jahres, der es uns ermöglicht, mit der Bundeswehr einen wichtigen und auch wirkungsvollen Beitrag in den Bereichen Aufklärung, Schutz und Logistik für unsere Verbündeten im Kampf gegen den IS in Syrien zu leisten.

Untrennbar verbunden ist dieser Beitrag mit all unseren Bemü-

hungen um eine politische Lösung der katastrophalen Lage in Syrien. Das ist das Ziel der Gespräche in Wien, an denen der Bundesaußenminister teilnimmt, auch wenn diese Gespräche manchmal nicht in Wien stattfinden. Es geht darum, den Krieg in Syrien zu beenden, und zwar ohne Assad; denn wir dürfen nie vergessen, dass die große Mehrheit der Syrer vor Assad und seinen Fassbomben flieht. Assad kann niemals Teil einer langfristigen Lösung sein.

Meine Damen und Herren, auch Deutschland steht im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus, und zwar nicht erst seit den Anschlägen in Paris. Ich habe großes Vertrauen in die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden, unserer Polizistinnen und Polizisten. Sie sind in diesen Zeiten besonders gefordert. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ihnen hierfür meinen Dank und meine Anerkennung im Namen des ganzen Hauses auszusprechen, und den Innenminister bitten, dies weiterzugeben. Wir brauchen unsere Sicherheitskräfte. Ich bin sehr dankbar, dass ihr Etat im Rahmen der Haushaltsberatungen erhöht wurde. Das ist ganz wichtig.

Wir wissen alle: Absolute Sicherheit gibt es nicht. Absolute Sicherheit ginge nur auf Kosten der Freiheit. Freiheit und Sicherheit müssen immer wieder in eine Balance gebracht werden, eine Balance in dem Bewusstsein, dass es unsere Werte sind, unsere Art, zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die unser Leben in Deutschland so lebenswert machen. Unsere Art, zu leben, unsere Freiheit und unser Rechtsstaat sind sehr viel stärker als jeder Terror.

Beim morgen beginnenden Europäischen Rat werden wir besprechen, was wir auf europäischer Ebene tun können, um den internationalen Terrorismus gemeinsam zu bekämpfen. Dabei wird es insbesondere darum gehen, die Beschlüsse, die wir hierzu im Februar dieses Jahres gefasst haben, konsequent umzusetzen. Dazu gehört, dass wir den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten weiter verbessern, etwa im Rahmen des Schengener Informa-

tionssystems.

Alle unsere Diskussionen werden auch der Unterstützung der Innenminister der Europäischen Union dienen, die auch angesichts des Drucks in einigen wichtigen Fragen ein Stück weitergekommen sind. Dazu gehört, dass wir die Finanzierung terroristischer Organisationen erschweren. Dazu gehört, dass wir bei der Speicherung von Fluggastdaten vorankommen – da ist einiges geschehen –; denn wenn wir die Reisebewegungen

potenzieller Gefährder nachvollziehen können, verbessert dies natürlich unsere Möglichkeiten, zukünftige Anschläge zu verhindern. Deshalb bin ich sehr froh, dass der Rat und das Europäische Parlament sich politisch geeinigt haben und die entsprechende Richtlinie noch in diesem Jahr beschlossen werden soll.

Nur wenige Wochen nach den schrecklichen Anschlägen von Paris fand in derselben Stadt die Weltklimakonferenz statt. Schon die Tatsache, dass dieses Welttreffen der Klimaschützer gerade in dieser Stadt stattfand, war ein überragendes Zeichen gegen die Angst, die der Terrorismus erzeugen will. Dass dieses Welttreffen dann auch noch so einvernehmlich und so erfolgreich endete, verstärkt dieses Zeichen zusätzlich.

Das Ergebnis ist ein historischer Wendepunkt. Ich möchte der Bundesumweltministerin und allen Verhandlern, auch dem Entwicklungsminister und dem Landwirtschaftsminister, ganz herzlich danken. Wir haben uns sehr intensiv in die Verhandlungen eingebracht. Frankreich war ein herausragender Gastgeber mit einer klugen Konfigurierung der Konferenz, der eine lange Zeit der Vor-

Fortsetzung auf nächster Seite

Die deutsch-französische Freundschaft ist Teil unserer historischen Verantwortung.

Freiheit und Sicherheit müssen immer wieder in eine Balance gebracht werden.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

bereitung vorausging. Deshalb konnte es zu diesem historischen Wendepunkt kommen.

Zum ersten Mal in der Geschichte hat sich die gesamte Weltgemeinschaft dazu verpflichtet, gemeinsam und entschlossen im Kampf gegen die globale Klimaveränderung zu handeln. Alle Staaten wollen die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad halten, und sie wollen sich anstrengen, sie auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das ist auch ein ganz wichtiges Signal in Richtung der kleinen Inselstaaten. Und alle Staaten verpflichten sich dazu, ihren Beitrag zu leisten.

Das ist nicht nur ein kraftvolles Zeichen der Hoffnung für den globalen Klimaschutz und eine echte Weichenstellung der Welt in Richtung einer globalen Energiewende. Der Beschluss kann auch dazu beitragen, die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen in Zukunft zu sichern. Dieser neue Rahmen muss jetzt natürlich engagiert mit Leben erfüllt werden. Sie werden morgen in einer Aktuellen Stunde noch einmal vertieft über genau dieses Thema diskutieren.

Meine Damen und Herren, der Wert der deutsch-französischen Zusammenarbeit zeigt sich auch mit Blick auf die Ukraine, die uns in diesem Jahr stark beschäftigt hat. Das Minsker Maßnahmenpaket vom Februar, an dem Deutschland und Frankreich maßgeblich beteiligt waren, hat zu einer Beruhigung der Lage beigetragen, auch wenn die Kampfhandlungen immer noch nicht völlig zum Erliegen gekommen sind.

Es bleibt dabei: Eine mögliche Aufhebung der Sanktionen gegen Russland ist mit der vollständigen Umsetzung des Minsker Pakets verknüpft. Das haben wir noch nicht erreicht. Deshalb werden der Bundesaußenminister und ich uns dafür einsetzen, dass nicht nur die Minsker Vereinbarungen, sondern auch die bestehenden Sanktionen verlängert werden. Aber wir werden vor allen Dingen daran arbeiten, dass die Minsker Vereinbarungen vorankommen.

Wir stehen jetzt vor der komplizierten Frage, wie die Lokalwahlen in den Gebieten von Donezk und Luhansk abgehalten werden können. Das ist eine große, schwierige Aufgabe. Das kann sich jeder vorstellen. Wir haben in Minsk vereinbart – darauf will ich noch einmal hinweisen –, dass sie nach den Regeln von ODIHR, also der für Wahlen zuständigen Organisation der OSZE, stattfinden. Auf dieser Grundlage müssen die Arbeiten jetzt in der Kontaktgruppe intensiviert werden. Eine Aufhebung der Sanktionen, die mit Blick auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim beschlossen wurden, steht ohnehin zurzeit natürlich nicht zur Debatte.

Bei dem morgen beginnenden

Europäischen Rat werden wir selbstverständlich auch über Großbritannien sprechen. Die Bundesregierung beteiligt sich konstruktiv an den Verhandlungen. Großbritannien wird seine Forderungen vorbringen, und wir wissen, dass die Aufgabe, hier eine Lösung zu finden, sehr anspruchsvoll ist.

Wir wollen einerseits zu einer Vereinbarung kommen, mit der die britische Regierung beim geplanten Referendum erfolgreich für einen Verbleib in der Europäischen Union werben kann. Andererseits wollen und werden wir die grundlegenden Errungenschaften der europäischen Integration dabei nicht infrage stellen. Dazu gehören insbesondere das Prinzip der Freizügigkeit und das Prinzip der Nichtdiskriminierung zwischen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Diese Prinzipien stehen nicht zur Disposition.

Was uns Hoffnung gibt, ist, dass bislang immer gute und einvernehmliche Lösungen gefunden wurden, wenn ein Mitgliedstaat Klärungsbedarf bezüglich seiner Rolle in der Europäischen Union sah. Das war 1992 bei Dänemark der Fall, und das war 2008 bei Irland der Fall. Ich bin deshalb auch zuversichtlich, dass es auch dieses Mal mit Großbritannien gelingen kann.

Die Bundesregierung wird, wo immer es geht, ihren Beitrag dazu leisten. Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, koordiniert die Verhandlungen. Er hat seine bisherigen Einschätzungen in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs zusammengefasst, der morgen auch die Grundlage für eine politische Aussprache im Europäischen Rat bilden wird.

Die morgige Debatte ist allerdings nur eine Zwischenstation. Denn am Ende wird es sehr auf die Details und die Ausgestaltung einer möglichen Vereinbarung ankommen. Deutschland jedenfalls wünscht sich, dass Großbritannien dauerhaft ein aktiver Partner in einer starken Europäischen Union bleibt.

Denn es ist eben nicht nur das Vereinigte Königreich selbst, das von seiner Mitgliedschaft profitiert; es ist auch die Europäische Union als Ganzes, die ohne das Vereinigte Königreich deutlich an Gewicht verlieren würde.

Großbritannien, das ist nicht nur der drittgrößte Mitgliedstaat, und das sind nicht nur 15 Prozent der Wirtschaftskraft der Europäischen Union. Großbritannien, das ist auch die Wiege des modernen Parlamentarismus und ein Wegbereiter unserer gemeinsamen europäischen Werte. Ihre Grundsteine wurden bereits im 17. Jahrhundert in England gelegt. Alle demokratischen Grundordnungen im heutigen Europa gehen ganz maß-

geblich darauf zurück.

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik ist Großbritannien ein enger und verlässlicher Partner, gerade für uns in Deutschland, aber auch für ganz Europa. Als ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat – und nicht nur dort – trägt Großbritannien ganz erheblich zum Gewicht der Europäischen Union in der Welt bei. Das ist gerade in diesen Zeiten von enormer Bedeutung, in Zeiten, in denen Europa international gefordert ist wie nie zuvor.

Und Großbritannien ist für mich ein Land, das in vielen europäischen Politikbereichen ähnliche Ziele verfolgt wie Deutschland. Es ist in vielen Fragen ein natürlicher Verbündeter. Das gilt vor allem dann, wenn es darum geht, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu fördern und den europäischen Binnenmarkt zu stärken. Dies ist dringend nötig; denn Europa muss auf einem wirtschaftlich soliden Fundament stehen, um auch alle anderen Herausforderungen überhaupt bewältigen zu können.

Deshalb ist es wichtig, dass sich der Europäische Rat auch mit dieser Frage beschäftigt. Wir dürfen nie vergessen, dass der europäische Binnenmarkt eine einzigartige Erfolgsgeschichte ist, von der mehr als 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger jeden Tag profitieren. Aber er muss in einigen Bereichen wesentlich gestärkt werden. Wir brauchen einen echten digitalen Binnenmarkt, der die Attraktivität des Standorts Europa für global agierende digitale Akteure verbessert. Herzlichen Dank an Thomas de Maizière und alle anderen Regierungsmitglieder, die daran mitgewirkt haben, dass die Datenschutz-Grundverordnung jetzt sozusagen verabschiedungsreif ist, auch wenn es einige Unzufriedenheiten gibt. Es ist ein Schritt in Richtung Binnenmarkt.

Aber um der Wahrheit die Ehre zu geben: Es hätte ja kein Trilogergeschehen gegeben, wenn nicht auch Herr Albrecht sich bewegt hätte; das ist richtig. Aber ich hoffe, dass es für die erforderliche Wertschöpfung in Europa ausreicht, wenn es dann um die Verarbeitung großer Datenmengen geht. Da werden wir sicherlich im Gespräch bleiben. – Gehen wir lieber zur Energie; das ist einfacher.

Wir brauchen eine Energieunion mit einem funktionierenden Binnenmarkt für Strom und Gas, der europaweit eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleistet. Zudem brauchen wir eine Kapitalmarktunion, die vor allem für kleine und mittlere Unternehmen den Zugang zur Finanzierung verbessert und die Investitionen in Infrastruktur erleichtert.

Entscheidend für den künftigen

Wohlstand in Europa ist auch der Freihandel. Deshalb muss es unser Ziel sein, die Verhandlungen für das Transatlantische Freihandelsabkommen im Laufe des kommenden Jahres abzuschließen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion krisenfester zu machen, wird ebenfalls weiter unsere Aufgabe sein. Vordringlich ist hier vor allem die glaubhafte Umsetzung der bereits beschlossenen Regeln und Maßnahmen. Zudem sollten die Risiken im Finanzsektor weiter abgebaut werden, einschließlich der Risiken aus dem Staatssektor. Eine Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherung hätte das Gegenteil zur Folge. Deshalb halten wir sie für falsch, und deshalb lehnen wir sie ab.

Meine Damen und Herren, die Zahl und die Art der Herausforderungen auf europäischer Ebene sind vielfältig. Zu den dringlichsten Herausforderungen gehört weiterhin auch die, die Europa durch die vielen Flüchtlinge zu bewältigen hat, und diese Herausforderung wird auch beim kommenden Rat wieder einen breiten Raum einnehmen. Wir wissen: Vor uns liegt noch ein steiniger Weg, den wir mit Entschlossenheit und mit langem Atem gehen müssen. Wir haben jetzt auf nationaler Ebene eine Reihe von Entscheidungen getroffen. Andere werden folgen. Denken wir zum Beispiel an den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Datenaustauschs, den wir in der vergangenen Woche im Kabinett verabschiedet haben. Die darin enthaltenen Maßnahmen werden helfen, die Identifizierung und Registrierung von Asylbewerbern deutlich zu verbessern. Maßnahmen auf nationaler Ebene werden dazu beitragen, die Flüchtlingsbewegung zu ordnen und zu steuern, mit Blick auf die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber auch zu reduzieren. Sie müssen aber verbunden sein mit gesamteuropäischen und internationalen Antworten, um die Zahl der Flüchtlinge tatsächlich nachhaltig zu reduzieren.

Das beginnt damit, dass wir darauf bestehen, dass bereits gefasste Beschlüsse konsequent umgesetzt werden. Das gilt insbesondere für die Errichtung der Hotspots in Italien und Griechenland, damit wir an den Außengrenzen der EU zu geordneten Verhältnissen zurückkehren.

Das gilt für die beschlossene Umverteilung von 160 000 schutzbedürftigen Flüchtlingen aus Italien und Griechenland, die viel zu langsam vorankommt, weil die Voraussetzung natürlich die Hotspots sind. Nur dann, wenn nicht nur registriert wird, sondern auch rückgeführt und verteilt wird in Europa, ist ein funktionierender Hotspot auch als solcher an-

zusehen.

Das gilt natürlich auch für den Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union. Die Europäische Kommission hat hierzu wichtige Vorschläge vorgelegt, die nicht nur in die richtige Richtung gehen, sondern in ihrer Reichweite noch vor einem Jahr kaum vorstellbar gewesen wären. Dabei geht es darum, der europäischen Grenzschutzagentur Frontex mehr Befugnisse zu erteilen, damit sie gegebenenfalls im äußersten Notfall auch eigenständig agieren kann. Es geht darum, auf europäischer Ebene Grenzschrützer und Material bereitzuhalten, die im Bedarfsfall flexibel in den betroffenen Mitgliedstaaten eingesetzt werden können. Es geht darum, Frontex eine größere Rolle bei den notwendigen Rückführungen einzuräumen bei Flüchtlingen, die keinen Schutzanspruch in der Europäischen Union haben.

Natürlich berührt der Grenzschutz ganz wesentliche Fragen nationalstaatlicher Souveränität. Natürlich werden auch wir sehr genau und sorgfältig abwägen müssen, welche Maßnahmen in Zukunft auf welcher Ebene verantwortet werden sollen. Aber ich finde es ermutigend und richtig, dass sich die Diskussion in diesem Bereich weiterentwickelt hat. Ich werde mich daher beim Europäischen Rat dafür einsetzen, dass die Vorschläge der Europäischen Kommission möglichst rasch beraten und verabschiedet werden können.

Schon heute leistet Deutschland mit 100 zusätzlichen Experten für Frontex einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Außengrenzen. Auch alle anderen müssen ihre Zusagen einhalten und rasch handeln, um die getroffenen Beschlüsse schnell und erfolgreich umzusetzen. Wo immer nötig, sind wir auch zu bilateraler Unterstützung bereit. Selbstverständlich werden wir uns auch weiterhin für eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union einsetzen, für die wir nach unserer Auffassung einen dauerhaften und verbindlichen Mechanismus brauchen; denn auch das ist für uns eine Frage elementarer europäischer Solidarität.

Ich weiß, dass dies ein wahrlich dickes Brett ist, das es zu bohren gilt – mit viel Geduld, langem Atem und auch mit Überzeugungskraft. Sicherlich wird der Europäische Rat morgen noch nicht den Durchbruch erzielen. Aber die Geschichte Europas lehrt, dass sich Geduld und Zähigkeit am Ende eines langen Weges noch immer ausgezahlt haben.

Meine Damen und Herren, es ist im Interesse aller, die Zahl der Menschen, die in Europa Zuflucht suchen, zu reduzieren. Das ist im

deutschen Interesse, das ist im europäischen Interesse, und das ist auch im Interesse der Flüchtlinge selbst, damit sie sich erst gar nicht auf den lebensgefährlichen Weg quer durch Europa machen müssen. Um das zu schaffen, ist es von zentraler Bedeutung, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Deshalb haben wir am 25. Oktober mit den Staaten entlang der Westbalkanroute eine Verbesserung des Informationsaustauschs und der humanitären Versorgung vereinbart. Deshalb haben wir am 11. und 12. November in Valletta eine enge Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und unseren afrikanischen Partnern vereinbart. Deshalb haben wir am 29. November beim EU-Türkei-Gipfel die Grundlage für eine langfristige migrationspolitische Partnerschaft mit der Türkei geschaffen.

Die Türkei ist und bleibt für die Europäische Union ein Schlüsselpartner. Sie ist zurzeit das wichtigste Transitland nach Europa, und sie beherbergt mehr als 2 Millionen Flüchtlinge im eigenen Land. Wir haben zugesagt, 3 Milliarden Euro bereitzustellen. Ich bin dem Finanzminister sehr dankbar, dass er die Verhandlungen darüber, wie dies geschehen kann, in Gang gesetzt hat. Ich hoffe, dass wir dabei Erfolg haben werden. Wir wollen diese 3 Milliarden Euro einsetzen, um die Lebenssituation der Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern und damit Fluchtursachen zu bekämpfen; denn je besser die Lebenssituation der Flüchtlinge innerhalb der Türkei ist, desto geringer wird die Not, den gefährlichen Weg nach Europa zu wagen. Im Gegenzug erwarten wir von der Türkei einen besseren Schutz ihrer Grenze zur EU, eine konsequentere Seenotrettung in der Ägäis und eine effektivere Bekämpfung der Schleuserkriminalität.

Auch darüber werde ich morgen vor Beginn des Europäischen Rates mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu und weiteren Staats- und Regierungschefs sprechen. Durch die Zusammenarbeit mit der Türkei wird es möglich sein, legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu schaffen, beispielsweise durch legale Kontingente, mit denen wir der illegalen Migration entgegenzutreten. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass die illegale Migration bis dahin zurückgegangen ist. Die Europäische Kommission hat dazu gestern wiederum einen Vorschlag vorgelegt. Ich bin der Kommission sehr dankbar, dass sie in all diesen Fragen sehr zügig ihre Vorschläge vorlegt und damit die Arbeit voranbringt.

Wenn uns all das gelingt, werden wir sehr viel erreicht haben, und zwar wirklich im wahrsten Sinne des Wortes zum Wohle aller

und ganz besonders zum Wohle der betroffenen Menschen. Ich will hier noch hinzufügen – das spielt morgen keine Rolle –, dass wir natürlich nicht nur unsere Leistungen für UNHCR und Welternährungsprogramm erbracht haben, dass wir nicht nur andere ermutigt haben – ich erinnere an die Konferenz des Bundesaußenministers in New York –, sondern dass am 4. Februar 2016 der britische Premierminister, meine norwegische Kollegin, der Emir von Kuwait und ich eine Konferenz durchführen werden, auf der wir versuchen werden, möglichst viel

des Geldes zusammenzubekommen, das für UNHCR und Welternährungsprogramm für 2016 notwendig ist, damit nicht wieder von Monat zu Monat die Frage im Raum steht: Haben wir genug Geld, oder haben wir nicht genug Geld? Das ist ein Zustand, der wirklich nicht zumutbar ist. Zur Stunde sind wieder nur etwas mehr als jeweils 50 Prozent der Finanzzusagen für die Organisationen da. Wir wissen: Es gibt für all diese Probleme nicht die eine Lösung, die alle Probleme auf einen Schlag beheben könnte. Wir müssen an vielen Stellen gleichzeitig

ansetzen. Ich will hier auch noch an die Verhandlungen erinnern, die zur Stunde zu Libyen stattfinden. Der Bundesaußenminister war vor wenigen Tagen in Rom und ein deutscher Diplomat, Herr Kobler, ist dabei, intensiv mit anderen daran zu arbeiten, eine Einheitsregierung in Libyen zustande zu bringen – eine Einheitsregierung, die auch trägt und die uns dann in die Lage versetzt, mit der libyschen Regierung über die Frage, wie illegale Migration über die betroffenen Küstengebiete in Libyen eingedämmt werden kann, in Verhandlungen zu treten.

Wir müssen bei all dem, was wir tun, an den Zusammenhalt der Europäischen Union und an unsere gemeinsame Verantwortung für Europa und für unsere Werte denken. Ich werde bei all meinen Gesprächen beim morgigen Europäischen Rat zu unterschiedlichen Themen, wie sie dort beraten werden können, immer den Grundgedanken haben, unser gemeinsames Europa zu stärken. Deutschland wird dafür seinen Beitrag leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt, dass Deutschland im Fadenkreuz des Terrorismus steht. Ich hatte am vergangenen Sonntag ein sehr bedrückendes Erlebnis.

Ich habe einen Weihnachtsmarkt in Berlin besucht. Da gab es plötzlich eine laute Explosion, danach eine riesige Stichflamme. Ich habe ganz viele Menschen gesehen, die mit vor Schrecken geweiteten Augen zum Ausgang gestürzt sind. Später war zu erfahren, dass es sich „nur“ um eine Gasflasche an einem Glühweinstand handelte. Aber wir können uns vermutlich alle vorstellen, welche Bilder die Besucherinnen und Besucher des Weihnachtsmarkts vor Augen hatten. Ich glaube, das ist auch ein Ausdruck dafür, dass sich unsere Gesellschaft schon jetzt verändert hat – durch die Terroranschläge, auch durch die Debatten über die Flüchtlinge.

Wir stehen am Ende eines Jahres, das außergewöhnlich war. Europa befindet sich wie Deutschland am Ende des Jahres an einem Scheideweg. Die Frage ist, ob soziale Gerechtigkeit, demokratischer Ausgleich und friedliche Konfliktlösung die nationale und internationale Politik beherrschen

oder ob Drohungen, Boykotte und Waffenklirren diese bestimmen. Die Antwort ist offen, und die Signale sind widersprüchlich. Die Reaktionen der Menschen in Paris, in Berlin und London nach den Attentaten waren klar. Sie sagten: Ihr macht uns unsere Demokratie nicht kaputt, wir lassen uns unser Leben nicht zerstören, wir lassen uns die offene Gesellschaft nicht kaputt machen, wir geben kein Stück Freiheit freiwillig her. – Das, meine Damen und Herren, muss auch unser Signal sein.

Wir haben auf dem Klimagipfel erlebt, dass in buchstäblich letzter Sekunde klar geworden ist: Es geht ums Überleben. Die Freudentränen von Frau Hendricks waren ein positiver Ausdruck. In der Flüchtlingspolitik allerdings finden die Staaten der Europäischen Union nicht zu einem solidarischen Miteinander. Hier geht es tagtäglich um Leben und Tod. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass Menschen, darunter viele Kinder, monatelang in Flüchtlingsstrecks unterwegs sind oder gar im Mittelmeer ertrinken. Dagegen muss entschlossen und entschlossener gehandelt werden. Da ist Führung in Menschlichkeit angesagt.

Wir alle sind gemeinsam in der Verantwortung – die Bundeskanzlerin hat darauf verwiesen –, die Werte der Aufklärung, nämlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, in die Europäische Union nicht nur einzubringen, sondern diese auch zu verteidigen. Da erwarte ich, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie mindestens die Position des CDU-Parteitag auch in die Debatten mit Ihren europäischen Partnern einbringen, mit Herrn Orban, mit der neuen polnischen Führung, mit anderen, die sich einer Solidarität mit Flüchtenden konsequent verweigern. Das muss

die Mindesthaltung sein, die wir haben.

Es ist aber, glaube ich, kein Zufall, dass in Ihrer gesamten Rede das Wort „sozial“ nicht vorgekommen ist. Wenn ich die Formulierung „Fluchtursachen bekämpfen“ höre, dann kann ich nur sagen: Das ist inzwischen leider zu einer Phrase geworden. Wie geht denn die Bekämpfung der Fluchtursachen zusammen mit der Tatsache, dass wir weiterhin Waffen nach Saudi-Arabien und nach Katar exportieren?

In dieser Woche ist der SIPRI-Bericht veröffentlicht worden. Darin enthalten ist die positive Meldung, dass die Waffenexporte weltweit zurückgehen. Aber es gibt Ausnahmen. In Europa sind das zwei Länder: die Schweiz und Deutschland. Dann kommen noch Südkorea und Russland hinzu. Das ist doch nicht hinnehmbar. Warum machen wir das weiter? Warum exportieren wir Waffen in alle Welt?

Wir haben am Wochenende die Parteitage gehabt und da doch sehr problematische Weihnachtsbotschaften gehört. Ich will auf einige ganz kurz eingehen. Herr Gabriel hat auf dem Parteitag gesagt: Die Bundeskanzlerin und der Finanzminister haben einen Beitrag zum Aufschwung des Front National durch ihre Austeritätspolitik geleistet. Wenn das denn stimmt, dann sage ich Ihnen: Mit denen koalieren Sie doch. Wenn das wirklich wahr ist, dann müssen Sie doch handeln und wirklich etwas verändern.

Herr Gabriel sagt: Wenn Bodentruppen eingesetzt werden sollen, dann müssen wir einen Mitgliederentscheid durchführen. – Erst einmal macht mich das nachdenklich. Offensichtlich hält er das wirklich für möglich. Ich frage

mich: Wenn es dazu einen Mitgliederentscheid geben soll, wieso denn dann eigentlich nicht einen über den Einsatz in Mali oder einen über die Flugunterstützung in Syrien? Sind das nicht dieselben Handlungen? Zumindest diese Frage müssen doch auch Sie sich stellen.

Dann will ich auch ein Wort zum Bundesaußenminister sagen: Auf dem Parteitag sagten Sie: Diejenigen, die mit Nein stimmen, also die Linken, sind Heuchler. – Zunächst einmal will ich festhalten: Dann sind auch circa 30 SPD-Abgeordnete Heuchler. Dann sind die Grünen in der Mehrzahl Heuchler. Und dann ist auch jemand wie Matteo Renzi aus Italien ein Heuchler; denn er hat mit derselben Begründung, mit der auch wir Nein gesagt haben, für Italien Nein gesagt. Das kann nicht wahr sein.

Auch diejenigen, die Nein gesagt haben, haben verantwortungsvoll über ihre Entscheidung nachgedacht, Herr Steinmeier.

Frau Bundeskanzlerin, ich wünsche mir für Ihr Agieren beim Europäischen Rat drei Dinge:

Erstens. Werben Sie für eine Allianz gegen den Krieg. Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Es muss Schluss sein mit der Spirale der Gewalt, meine Damen und Herren! Wir haben in Libyen und im Irak gesehen: Diktatoren sind weggebombt worden, aber den Staaten und Völkern ist keine Perspektive eröffnet worden. Ja, Assad hat sich auf das Schlimmste am syrischen Volk vergangen. Das ist unbestritten. Aber Bomben und Tornados werden diesem Volk keinen Frieden bringen.

Zweitens. Werben Sie beim Europäischen Rat für die Einsicht, dass Quoten, Missgunst und Unfreundlichkeit Menschen nicht abschrecken, denen es um das Leben geht.

Sie lassen sich von Hotspots, Mauern, Zäunen und Frontex nicht aufhalten. Wenn ich mich recht entsinne, waren wir doch

diejenigen, die Anfang des Jahres noch gegen die Quoten waren. Und jetzt wundern wir uns, dass Griechen und Italiener dazu plötzlich eine andere Haltung haben. Bringen Sie Ihre Autorität ins Spiel, damit Flüchtlingspolitik keine Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik, sondern Menschenrechtspolitik wird.

In diesem Zusammenhang betone ich: Ja, ich unterstütze Ihre

Haltung, dass die finanziellen Beiträge für die Flüchtlingshilfe wichtig sind, von wem auch immer sie kommen, meinetwegen auch von dem Emir von Kuwait – völlig wurscht, Hauptsache, die Mittel stehen zur Verfügung. Das ist in Ordnung. Aber es ist natürlich ein verheerendes Signal, wenn die Milliardenzahlungen der EU-Staaten an die Türkei faktisch einen Aktionsplan

zur Flüchtlingsabwehr unterstützen. Die 3 Milliarden Euro dürfen nicht an Erdogan gehen, sondern wenn sie gezahlt werden, dann müssen sie Flüchtlingsorganisationen zugutekommen, meine Damen und Herren.

Das müssen Sie korrigieren. Dieses Geld muss doch bei den zwei Millionen Flüchtlingen aus Syrien ankommen und darf

nicht etwa Herrn Erdogan zum Verteilen gegeben werden.

Meine dritte Bitte lautet kurz und knapp: Üben Sie gemeinsam mit den anderen EU-Staaten Druck auf die türkische Regierung aus, wenn Sie mit dem Ministerpräsidenten reden. Es kann nicht sein, dass die Beitrittsverhandlungen fortgeführt werden, solange die Türkei ein Transitland des Terrors ist, solange die

Türkei Krieg gegen Kurden und Kurden führt, solange die Türkei grundlegende Menschenrechte missachtet. Das kann nicht sein. Entwickeln wir Europa als Solidargemeinschaft oder als Bollwerk? Das ist die Frage. Frau Bundeskanzlerin, sorgen Sie für eine zukunftsfähige Antwort darauf!

(Beifall bei der LINKEN)

Thomas Oppermann, SPD:

Nationalistische Lösungen sind immer Scheinlösungen



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

2015 war ganz gewiss kein einfaches Jahr für uns in Deutschland. Für die Europäische Union war es sogar wohl das schwierigste Jahr der letzten Jahrzehnte. Die Terroranschläge von Paris, der Kampf um den Verbleib von Griechenland in der Euro-Zone und nicht zuletzt die Flüchtlingskrise mit Millionen Flüchtlingen sind gleich drei große Herausforderungen, auf die Europa eine Antwort geben muss. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass unsere osteuropäischen Partner noch immer unter dem Eindruck der russischen Aggressivität in der Ukraine stehen und sie als Gefahr für sich selbst wahrnehmen. Diese Krisen haben die Europäische Union teilweise an den Rand ihrer Möglichkeiten gebracht.

Gut ist, dass Europa nach den Terroranschlägen in Frankreich zusammengeblieben ist und dass wir gemeinsam handeln, ohne dass wir uns darauf einlassen, Freiheit und Sicherheit gegeneinander auszuspielen. Ich bin froh, dass wir es im Sommer geschafft haben, Griechenland in der Euro-Zone zu halten. Ich wage gar nicht, mir auszumalen, was passiert wäre, wenn Griechenland mitten in der Flüchtlingskrise bankrottgegangen wäre. Gut, dass uns das erspart geblieben ist.

Sorgen bereitet mir aber das Ausmaß, in dem in der Flücht-

lingsfrage die Solidarität zwischen den EU-Ländern verloren geht.

Was mich am allermeisten beunruhigt, ist der kaum gebremste Vormarsch von nationalistischen und populistischen Kräften in ganz Europa. Auch wenn der Front National die Stichwahlen zum Glück verloren hat, darf uns nicht kaltlassen, dass in Frankreich am letzten Sonntag 6,8 Millionen Wählerinnen und Wähler eine rechtsnationale, populistische Partei gewählt haben.

In Ungarn sieht Viktor Orban in der autoritären Führerschaft von Wladimir Putin ein Vorbild für sein Land. In Polen lässt die neue rechtsnationale Regierung als erste Amtshandlung die Europafahne einziehen. Die Partei der polnischen Regierungschefin PiS bildet mit der AfD im Europäischen Parlament eine gemeinsame Fraktion und betreibt dort Fundamentalopposition gegen Europa. Selbst im prosperierenden Schweden liegen die völkischen und nationalsozialistischen Schwedendemokraten jetzt inzwischen bei 16 Prozent. Wenn wir das nicht stoppen, dann wird es ganz schnell duster in Europa.

Wenn einzelne Länder glauben, dass der Nationalismus für sie eine Lösung ist, dann wäre das der größte Irrtum dieser Zeit. In Wirklichkeit wäre es die Wiederholung eines großen Irrtums; denn nationalistische Lösungen sind immer Scheinlösungen.

In den vergangenen 70 Jahren war es gerade die Überwindung von Nationalismus, die Europa Frieden und Wohlstand gebracht hat. Für diese historische Leistung hat die Europäische Union den Friedensnobelpreis bekommen. Fast alle Probleme, die wir heute haben – egal ob es Flüchtlinge, Sicherheitsfragen, Finanzmärkte, Steuersysteme, Klimawandel, Energieerfordernisse oder Wertschöpfungsketten sind – und auf die wir eine Antwort suchen, sind transnational. Sie machen weder

an nationalen Grenzen halt, noch können sie innerhalb nationaler Grenzen und in nationaler Souveränität gelöst werden. Das geht nur mit europäischen Antworten.

Wenn sich jetzt trotzdem wieder Nationalismus und nationalstaatliches Denken in Europa durchsetzen, dann wird es danach jedem einzelnen europäischen Land schlechter gehen als vorher. Es wäre das Ende von Europa als Friedensmacht und das Ende einer offenen europäischen Gesellschaft. Und das dürfen wir nicht hinnehmen.

Die europäischen Demokratien müssen alles dafür tun, um diese Entwicklung zu stoppen. Was uns nicht hilft, sind Appelle an die Vernunft. Was uns auch nicht hilft, ist, die EU permanent schlechtzureden. Aber die Europäische Union muss jetzt ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Wenn es 195 Staaten schaffen, sich in Paris auf ein völkerrechtlich verbindliches, weltweites Klimaschutzabkommen zu verständigen, dann muss es auch 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union gelingen, sich in den wesentlichen Fragen zusammenzuraufen. Dazu gehören für mich vor allem Sicherheit, Gerechtigkeit und Wachstum.

Sicherheit bedeutet für viele Menschen, dass der Staat in der Lage sein muss, seine Außengrenzen zu schützen. Die türkisch-griechische Grenze ist praktisch offen. Was dort bis jetzt passiert, das bestimmen ausschließlich kriminelle Schleuserorganisationen, die an den Flüchtlingen Milliarden verdienen. Die chaotische Situation an den europäischen Außengrenzen ist ein zusätzlicher Nährboden für Rechtspopulisten und Nationalisten in diesem Land. Das darf nicht so bleiben, weil es früher oder später zu einer Renationalisierung der Grenzen im Schengen-Raum kommen würde. Genau das wollen wir unbedingt vermeiden.

Deshalb ist die von der Bundeskanzlerin beschriebene Zusammenarbeit mit der Türkei unerlässlich. Europa muss aber auch eigene Maßnahmen ergreifen für eine funktionierende Grenzsicherung. Ich hoffe, dass sich der Europäische Rat morgen auf einen Ausbau von Frontex zu einer modernen Grenzschutzbehörde einigen kann. Wenn Mitgliedstaaten wie Griechenland nicht in der Lage sind, ihre eigenen Grenzen zu sichern, dann muss die EU in einer solchen Situation auch eingreifen können.

Ein effektiver Grenz- und Küstenschutz bedeutet indessen keine Abschottung von Europa. Im Gegenteil: Wir werden unsere humanitären Verpflichtungen erfüllen, indem wir großzügig Kontingente aufnehmen und dadurch Schlepperorganisationen ausschalten.

1,5 Millionen Flüchtlinge sind für 500 Millionen Europäerinnen und Europäer eigentlich kein Problem – wenn sich alle beteiligen. Deshalb – bei allem Verständnis für die Probleme der osteuropäischen Länder –: Ein Minimum an Solidarität darf nicht verweigert werden.

Der Europäische Rat hat im Oktober beschlossen, 160 000 Flüchtlinge in Europa zu verteilen. Das ist immerhin ein erster Schritt. Aber selbst dieser Beschluss wird noch nicht ausgeführt, obwohl er auf einer klaren Rechtsgrundlage beruht. Ich finde es richtig, dass die EU-Kommission jetzt zum Beispiel mehr Druck auf Polen ausübt. Ich glaube, das ist auch das Signal, das die Bundeskanzlerin mitnimmt, wenn sie nach Brüssel fährt. Ich sage aber auch: Wir sollten das nicht mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger tun.

Denn als vor vier Jahren die Krise nicht in Deutschland, sondern in Lampedusa und in Griechenland war, hat die deutsche Bundesregierung Flüchtlingsquoten abgelehnt. Das zeigt uns: Es ist immer gefährlich, Solidarität situationsbedingt abzulehnen, weil man kurze Zeit später in genau die gleiche Situation kommen kann.

Ich möchte die Haltung der Regierungen der baltischen Staaten einmal besonders herausheben: Auch in diesen Staaten gibt es in

der Bevölkerung eine massive Ablehnung gegenüber Flüchtlingen. Aber die Regierungen haben trotzdem für den Umverteilungsplan von 160 000 Flüchtlingen gestimmt. Ab Januar 2016 stehen die nötigen Kapazitäten dort bereit. Sie werben außerdem in ihrer Bevölkerung mit Plakaten für eben diese Solidarität. Das ist politisches Engagement. Das ist zwar nicht ganz ohne Risiko; aber die Balten machen es, weil sie wissen, dass Solidarität in zwei Richtungen funktioniert. Wer sie erwartet, der muss auch bereit sein, sie selbst zu zeigen.

Diese Haltung dürfen wir jetzt, glaube ich, auch von allen anderen europäischen Partnern erwarten.

Ich finde, dass schon ein Unterschied gemacht werden muss zwischen den Ländern, die sagen: „Wir wollen keine Flüchtlinge aufnehmen, weil das Muslime sind“ – ich finde, das geht überhaupt nicht; das ist auch mit der EU-Grundrechtecharta völlig unvereinbar –, und den Ländern, in denen Massenarbeitslosigkeit herrscht und die sich besorgt fragen: Wie schaffen wir die Integration der Flüchtlinge auf unserem Arbeitsmarkt?

Wir befinden uns da in einer besseren Situation. Wir haben einen robusten Arbeitsmarkt. Wir haben nicht nur die Arbeitslosigkeit halbiert. In Deutschland sind in den letzten zwölf Monaten sage und schreibe über 600 000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Da ist es natürlich auch einfacher, offen gegenüber Flüchtlingen zu sein. Ich finde, dass den Ländern, die in Europa auf dem Arbeitsmarkt immer noch Schwierigkeiten haben, von der Europäischen Union geholfen werden muss.

Zu einer solidarischen Antwort in der Flüchtlingskrise gehört für mich allerdings auch, dass die EU im Haushalt andere Prioritäten setzt, um die Fluchtursachen zu bekämpfen.

In diesem Bereich muss es meiner Meinung nach zu einer umfassenden, zu einer massiven Umschichtung der Mittel kommen. Es kann nicht sein, dass die Europäische Union 60 Milliarden Euro für Agrarsubventionen ausgibt und in den Flüchtlingslagern in Jorda-

nien und im Libanon die Menschen nicht genug zu essen haben.

Ich erwarte, dass die EU bei der Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens ihre Mittel Schritt für Schritt so umschichtet, dass schon bald ein zweistelliger Milliardenbetrag pro Jahr für die Stabilisierung der Krisenländer, für Fluchtprävention und für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Verfügung steht. Das wird zwangsläufig dazu führen, dass die EU weniger Mittel für andere Subventionen zur Verfügung hat. Es geht allerdings gar nicht, sich sowohl bei der Unterbringungssolidarität als auch bei der Finanzierungssolidarität zu verweigern. Das dürfen wir nicht zulassen.

Wir brauchen Sicherheit. Das Zweite, was wir brauchen, ist mehr Gerechtigkeit in Europa. Bei vielen Menschen ist von der Finanzkrise nur noch hängen geblieben, dass wir die Banken, also

die Verursacher, gerettet haben und für die normalen Leute, also die Opfer der Krise, nichts getan haben. Das ist zwar im Kern falsch, denn wir haben nicht nur die Banken gerettet, sondern wir haben auch mit einem gewaltigen Konjunkturprogramm die Arbeitsplätze von vielen Menschen gerettet, aber dennoch haben wir trotz aller Fortschritte bei der Reform der Finanzmärkte, bei der Bankenunion zum Beispiel, die eigentlichen Verursacher der Finanzkrise bis heute nicht ausreichend herangezogen.

Deshalb ist die Einführung der Finanztransaktionssteuer von zentraler Bedeutung für die Frage, ob es in Europa gerecht zugeht.

Dazu gehört auch die Frage, ob wir endlich die Steuerschlupflöcher in Europa beseitigen, sodass den Staaten nicht mehr Milliarden von Steuereinnahmen verloren gehen. Kleine und mittlere Unter-

nehmen zahlen in den Mitgliedsländern brav ihre Steuern. Sie haben keine Chance, durch grenzüberschreitende Steuergestaltungen Steuern zu sparen. Multinationale Unternehmen hingegen nutzen den Binnenmarkt in Kombination mit den nationalen Steuersystemen, um Steuern zu umgehen. Das ist ein zweifelhaftes Privileg auf Kosten der kleinen und ehrlichen Unternehmen. Wenn sich jedes EU-Land Steuerlücken ausdenkt, um Unternehmen anzulocken, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn am Ende in keinem Land mehr Steuern gezahlt werden. Ich finde, dieser schädliche Steuerwettbewerb mit den Mitteln nationalstaatlicher Konkurrenz muss ein Ende haben.

Mehr Sicherheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Wachstum muss Europa schaffen. Ob in Frankreich, Spanien oder in Italien – in vielen Ländern sind die Reformen

lange verschleppt worden. Das wird jetzt angepackt. Deshalb sollte Europa mit Investitionen massiv unterstützen. Wir müssen die EU-Vorhaben voranbringen, die neue Wachstumschancen eröffnen. Dazu gehören die Energieunion, die Kapitalmarktunion und nicht zuletzt der digitale Binnenmarkt.

Meine Damen und Herren, wenn die Ultrationalisten die Europäische Union zum Feindbild erklären, dann können wir ihnen nicht dadurch entgegenreten, dass wir selbst den Rückbau der EU vorantreiben, genauso wenig wie die EU erfolgreich sein wird, wenn sich alle nur die Rosinen herauspicken dürfen. Rechte und Pflichten gehören zusammen. Das muss auch David Cameron gesagt werden, wenn er sich jetzt aufmacht, über Bedingungen für den Verbleib von Großbritannien in der Union zu verhandeln. Aber

trotzdem wollen wir, dass Großbritannien Mitglied der Europäischen Union bleibt.

Großbritannien ist eine große politische, kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung für die EU. Europa und insbesondere Deutschland haben Großbritannien viel zu verdanken: ob bei der Entwicklung des Rechtsstaates, beim Kampf gegen Hitler-Deutschland oder bei dem vehementen Einsatz der Briten für die Osterweiterung der EU. Ohne Großbritannien würde Deutschland in der EU eine starke Stimme der wirtschaftlichen Vernunft fehlen und die EU hätte international und außenpolitisch deutlich weniger Gewicht. Deshalb, meine Damen und Herren, sollten wir alle dafür eintreten und alle daran arbeiten, dass Großbritannien Mitglied der Union bleibt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Es braucht eine echte Bekämpfung der Fluchtursachen



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Ja, letzte Woche konnte man bei der Weltklimakonferenz in Paris erleben, dass die internationale Staatengemeinschaft noch in der Lage ist, zukunftsweisende Beschlüsse zu fassen. Der Beschluss, die Welterwärmung auf unter 2 Grad – möglichst auf 1,5 Grad – zu begrenzen, ist historisch und eröffnet eine große Chance für uns alle.

Aber dieser Beschluss hat auch deutliche Schwächen: Zu den Maßnahmen liest man da relativ wenig. Die Maßnahmen müssen jetzt national umgesetzt werden.

Sie haben selbst davon gesprochen, Frau Merkel, dass der Vertrag jetzt „engagiert mit Leben erfüllt werden“ muss; das waren Ihre Worte. Ja, das stimmt. Aber warum tun Sie dann genau das nicht, warum tut dann die Koalition genau das nicht? Engagiert diesen Vertrag mit Leben zu erfüllen, würde bedeuten, dass man den

Kohleausstieg angeht, würde bedeuten, dafür zu sorgen, dass VW die Grenzwerte in der Realität einhält, anstatt ein Verkehrsministerium zu haben, das letztendlich beim Betrug zuschaut. Es würde bedeuten, eine Verkehrswende und endlich auch eine Agrarwende umzusetzen, anstatt einen Landwirtschaftsminister zu haben, von dem nicht einmal die Landwirte wissen, wie er heißt.

Die Solidarität, die man beim Weltklimagipfel in Paris erleben konnte, müssen wir leider beim Umgang mit den Flüchtlingen auf europäischer Ebene vermissen. Es wird gern so dargestellt, als handele es sich um ein nahezu unlösbares Problem, wenn 800 000, 1 Million oder 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Europa kommen. Aber man vergisst dabei gerne, dass die Europäische Union über 500 Millionen Einwohner hat. Die Europäische Union ist groß und stark. Wenn es ein solidarisches Modell gäbe, wäre dieses Problem deutlich einfacher zu lösen.

Da geben wir Ihnen recht.

In Deutschland hat man aber in der Debatte sehr gern vergessen, dass es die Bundesregierung war, die in den letzten zehn Jahren Solidarität beim Umgang mit Flüchtlingen hat vermissen lassen.

Jeden Versuch der Europäischen Kommission und anderer europäischer Staaten, das ungerechte Dublin-System abzuschaffen, bei dem die Last allein den Grenzländern aufgedrückt wurde, haben

Sie zunichtegemacht. Jetzt, wo wir selbst die Solidarität benötigen, verweigern uns die anderen die Solidarität. Jetzt kann man sagen: Das ist vergossene Milch; all das liegt in der Vergangenheit. – Ja, das stimmt, all das liegt in der Vergangenheit. Aber deshalb wäre es dringend notwendig, Frau Merkel, dass Sie hier klar sagen: Ja, wir waren in den vergangenen zehn Jahre unsolidarisch; wir haben da als Bundesrepublik Deutschland einen großen Fehler gemacht; wir werden diesen Fehler in Zukunft nicht mehr machen und bitten jetzt um eure Solidarität, weil wir sie jetzt brauchen. – Geben Sie sich einen Ruck, machen Sie diese große Geste! Damit erhöhen Sie die Chance, dass es endlich wieder zu Solidarität in Europa kommt.

Frau Merkel, Sie haben davon gesprochen, dass man die Fluchtursachen bekämpfen muss. Ja, Sie haben absolut recht: Man muss die Fluchtursachen bekämpfen. Es ist dringend notwendig, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Sie haben drei Beispiele für die Bekämpfung der Fluchtursachen genannt:

Erstens: Absprachen und besserer Informationsaustausch mit den Staaten entlang der Balkanroute. Das hat mit Fluchtursachenbekämpfung nichts zu tun; denn die Menschen auf der Balkanroute sind längst auf der Flucht.

Zweiter Punkt: eine bessere Zusammenarbeit mit der Türkei. Das

hat mit Fluchtursachenbekämpfung überhaupt nichts zu tun; die Menschen sind bereits in die Türkei geflüchtet.

Als dritten Punkt haben Sie den Gipfel von Valletta genannt. Der Gipfel in Valletta auf Malta ist ein besonders ärgerliches und peinliches Beispiel dafür, wie man Politik nicht macht, wie man vielleicht Flüchtlinge von uns fernhalten kann, aber Fluchtursachen verschärft. Was war nämlich der Kern der Beschlüsse von Valletta? Der Kern der Beschlüsse auf dem Gipfel war, dass man mehr Geld an diktatorische Regime wie das in Eritrea, mehr Geld an Diktatoren gibt. Diese Diktatoren behandeln die Leute am Ende so mies, dass sie selbstverständlich aus ihren Ländern flüchten.

Eine echte Fluchtursachenbekämpfung wäre, wenn man mit Ländern und Zivilgesellschaften zusammenarbeitete, in denen es eine Chance gibt, dass es besser wird, wenn man dafür sorgen würde, dass die Lebensbedingungen der Menschen besser werden, wenn man dafür sorgen würde, dass wir einen fairen Handel erreichen. Echte Fluchtursachenbekämpfung wäre, nicht nur von der Bekämpfung des Klimawandels zu reden, sondern ihn wirklich zu bekämpfen. Das alles wäre echte Fluchtursachenbekämpfung. Es ist an der Zeit, das umzusetzen.

Angesichts der Ereignisse vom letzten Wochenende in Frankreich kann man sagen: Wir haben noch einmal Glück gehabt. Der Front National hat es in keiner einzigen der 13 Regionen geschafft, stärkste Partei zu werden, auch weil die anderen Parteien sich weitgehend verbündet haben. Aber trotzdem ist der Erfolg extrem bedenklich.

Es muss einen mit großer Sorge erfüllen, wenn man sich anschaut,

was in Gesamteuropa passiert, und das ist losgegangen, lange bevor die Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Das sollten wir nie vergessen. Die FPÖ in Österreich war lange davor stark, der Front National war stark, Vlaams Belang war stark, die Wilders-Liste in den Niederlanden war stark, und auch in Dänemark treiben übelste Rechtspopulisten ihr Unwesen. Ich glaube, eine der Ursachen dafür ist, dass viele Menschen die Europäische Union und den europäischen Binnenmarkt nicht mehr als Versprechen für Wohlstand wahrnehmen. Eine der Ursachen dafür, dass sie sie nicht mehr als Versprechen für Wohlstand wahrnehmen, ist neben der hohen Jugendarbeitslosigkeit der unsolidarische Umgang mit Griechenland, der Versuch von Herrn Schäuble, Griechenland aus dem Euro zu schmeißen. Deshalb nehmen die Bürger in vielen Ländern Europas die Europäische Union inzwischen traurigerweise als Bedrohung wahr. Deshalb: Sorgen Sie dafür, dass es neben dem Binnenmarkt endlich wieder ein solidarisches Europa, ein soziales Europa gibt. Wenn die Menschen Europa wieder als Hoffnung wahrnehmen und nicht mehr als Bedrohung, dann besteht die Chance, dass verstärkt wieder proeuropäische Parteien gewählt werden. Seien wir nicht verzagt und kleinherzig, sondern entwickeln wir endlich eine Vision für Europa, die alle Menschen, auch die arbeitslosen Jugendlichen, mitnimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch sieben weitere Abgeordnete.

Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr / 146. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 17. Dezember 2015

Niel Annen, SPD:

Wir stehen zu unserer Verantwortung in Afghanistan



Niel Annen (*1973)
Wahlkreis Hamburg-Eimsbüttel

Die Tatsache, dass wir heute den Bundeswehrein-satz Resolute Support verlängern werden, ist sicherlich keine gute Nachricht.

Das ist kein Grund zur Freude, weil sich Afghanistan in den letzten Jahren nicht so entwickelt hat, wie wir uns alle das erhofft haben. Wir alle haben hart für den Erfolg gearbeitet. Dass er nicht wie erwünscht ausgefallen ist, ist vor allem für die Menschen in Afghanistan eine bedrückende Situation. Dennoch ist die Lage nicht nur schwarz-weiß. Deswegen ist es zumindest für die Mehrheit in diesem Hause keine Option, die Fortschritte, die es auch in Afghanis-

tan gegeben hat, einfach zu ignorieren.

Es ist für uns keine Option, das Land einfach seinem Schicksal zu überlassen. Die Verlängerung und die Aufstockung von Resolute Support, die wir heute beschließen werden, sollen aus meiner Sicht zwei deutliche Botschaften transportieren.

Die erste Botschaft lautet: Wir stehen zu unserer Verantwortung in Afghanistan. Vor allem lassen wir die Menschen in Afghanistan in dieser schwierigen Situation nicht allein.

Die zweite Botschaft ist mir genauso wichtig. Wir wissen, dass die gegenwärtige Instabilität nicht nur etwas mit den Aktivitäten der Taliban zu tun hat. Sie hat auch etwas mit der Instabilität der afghanischen Regierung zu tun. Deshalb richtet sich die zweite Botschaft auch an den Präsidenten und den CEO in Afghanistan: Legt endlich eure internen Streitigkeiten bei! Denn auch das hat zur Instabilität beigetragen.

Der Fall von Kunduz war auch für uns ein Schock; denn die Bundeswehr und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit waren in dieser Region ganz besonders aktiv. Es war vor allem für die

Menschen in Afghanistan ein Schock, weil es das erste Mal war, dass eine Großstadt zwischenzeitlich an die Taliban gefallen ist. Ich will versuchen, diese Entwicklung in den Kontext zu stellen. Jedem war doch klar, dass es mit dem Ende des Kampfeinsatzes der internationalen Gemeinschaft, mit dem Ende von ISAF, eine Offensive der Taliban geben würde. Das war quasi eine Einladung zu einem bestimmten Datum und war in gewisser Weise absehbar.

Obwohl es Rückschläge gegeben hat, muss man an dieser Stelle sagen: Die afghanischen Sicherheitskräfte, vor allem die afghanische Polizei, die afghanischen Armeemitglieder, sind in den letzten Jahren und auch in diesem schwierigen Jahr in der Lage gewesen, diese Angriffe abzuwehren und für die Sicherheit in Afghanistan zu sorgen. Ja, es gibt die negativen Bilder – wir haben darüber häufig diskutiert –; aber es gibt eben auch Grund zur Hoffnung, weil sich die afghanischen Sicherheitskräfte bewährt haben, vor allem aber, weil es in Afghanistan selbst Fortschritte gibt.

Es geht mir nicht darum, dass wir nach so vielen Jahren, in denen es in diesem Haus – seien wir

ganz ehrlich – manchmal ritualisierte Debatten gab, zu dem Ergebnis kommen, dass wir uns alle einig darüber sind, was in der Vergangenheit richtig und was in der Vergangenheit falsch war. Die Diskussion darüber ist legitim. Aber meine Bitte ist, dass wir auch wegen der Menschen in Afghanistan, die die Diskussion hier über die sozialen Medien verfolgen, dazu kommen, uns ein bisschen ehrlicher auch über die wichtigen Fortschritte zu unterhalten. Das jedenfalls ist mein Appell an die Teile der Opposition, die diesem Einsatz nicht zustimmen werden.

Ich möchte in der verbleibenden Zeit noch einen weiteren Aspekt in die Debatte einbringen. Wir haben wegen der Flüchtlingssituation in Deutschland auch eine Afghanistan-Debatte gehabt, die sich wiederum nicht an den Menschen in Afghanistan orientiert hat. Ich habe die Sicherheitslage angesprochen. Es stimmt, es gibt einige Regionen in Afghanistan, in denen die Lage glücklicherweise besser ist. Aber die Vorstellung, die es gegeben hat, man könnte jetzt in großem Rahmen Rückführungen von Flüchtlingen nach Afghanistan vornehmen, halte ich auch nach den Lageberichten unserer eigenen Botschaft für unrealistisch.

Deswegen unterstützen wir die Botschaft, dass wir Afghanistan nicht alleine lassen – dafür bin ich der Bundesregierung dankbar –, auch durch eine intensive Informationskampagne in Afghanistan selber, indem wir über die Risiken

dieser gefährlichen Flucht aufklären und darüber, dass viele der Versprechungen, die von kriminellen Schleuserbanden in Afghanistan verbreitet werden, eben nicht der Wahrheit entsprechen. Das verbinden wir mit dem Versprechen, dieses Land nicht alleine zu lassen. Dafür brauchen wir funktionierende Sicherheitskräfte, nicht nur die Armee, sondern auch die Polizei. Wir brauchen auch das psychologische Element, dass wir nach so vielen Jahren des Einsatzes in Afghanistan gerade dann, wenn es schwierig wird, diese Regierung nicht alleine lassen.

Leicht fällt mir die Entscheidung nicht – ich glaube, das gilt für jeden von uns –, weil sie ein Stück Eingeständnis ist, dass wir nicht so weit gekommen sind, wie wir kommen wollten. Aber wenn Sie sich alleine anschauen, wie viele junge Mädchen und Jungen heute in Afghanistan zur Schule gehen, oder die erste Generation von Absolventen von Schulen und Hochschulen betrachten, die das Land heute schon verändert haben und die nicht akzeptieren werden, dass dieses Land in das Mittelalter der Taliban-Herrschaft zurückkehrt, dann erkennen Sie, dass es einen guten Grund gibt, diesem verantwortungsvoll formulierten Mandat zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Christine Buchholz, DIE LINKE:

Der NATO-geführte Krieg ist gescheitert



Christine Buchholz (*1971)
Landesliste Hessen

Seit 14 Jahren ist die Bundeswehr nun im Afghanistan-Krieg. Laut der Ärzteorganisation IPPNW sind in Afghanistan

seit 2001 über 200 000 Menschen getötet worden, in der Mehrzahl Zivilisten. 55 Bundeswehrsoldaten starben in diesem Einsatz. Allein der deutsche Militäreinsatz verschlang viele Milliarden Euro. Der afghanische Soldat Bakhtullah sagte kürzlich – ich zitiere aus einem Interview im Deutschlandfunk –:

Als die Welt vor 14 Jahren nach Afghanistan kam, hieß es, dass sie uns den Frieden bringen. Aber es herrscht Krieg.

Meine Damen und Herren, der NATO-geführte Krieg in Afghanistan ist gescheitert. Vor einem Jahr versprach die Bundesregierung, dass die Bundeswehr 2016 aus Afghanistan abzieht. Davon ist keine

Rede mehr. Nun sagt Frau von der Leyen, es sei ein Fehler gewesen, sich überhaupt auf einen Abzugzeitpunkt festzulegen. Nein, der Fehler war, dass überhaupt jemals Bundeswehrruppen nach Afghanistan entsandt worden sind.

Vor einem Jahr hieß es, bei dem neuen Afghanistan-Mandat gehe es nur noch um Ausbildung. Das Mandat sah keine Begleitung von afghanischen Truppen im Einsatz vor. Das sieht nun anders aus. Mit diesem Mandat werden deutsche Soldaten die afghanische Armee im Einsatz begleiten. Plastisch können wir uns vorstellen, wie das aussieht, beispielsweise anhand der Rückeroberung von Kunduz im Oktober. Sie nennen das Bera-

tung; wir nennen das Beteiligung am Krieg.

Schauen wir nach Afghanistan. Im Oktober übernahmen die Taliban kurzzeitig Kunduz. Das war ein Schock, aber kein Einzelfall. Im Laufe der letzten Woche stürmten Aufständische mitten in Kabul die spanische Botschaft. Sie griffen den Flughafen von Kandahar an und brachten einen weiteren Distrikt in Helmand unter ihre Kontrolle. Ich sage Ihnen: Frieden und Demokratie kann man nicht von außen erzwingen.

Diese Verhältnisse finden ihre Erklärung auch darin, dass die Bundesregierung eine korrupte afghanische Regierung im Amt hält. In einigen Regionen haben Warlords das Sagen, die selbst nicht besser sind als die Taliban. Dementsprechend sind die Methoden, mit denen gekämpft wird. Human Rights Watch berichtete im Juni davon, dass führende afghanische Offiziere den Befehl erteilt haben, Gefangene hinzurichten statt festzuhalten. Der Oberkommandie-

rende der Afghanischen Nationalarmee, General Schahim, hat vor dem im Norden kämpfenden 209. Armeekorps gesagt, es gebe keine Verbote mehr, was nächtliche Razzien angeht, es gebe keine Verbote mehr, was den Gebrauch der Artillerie angeht. Es kann nicht angehen, dass unter dem neuen Mandat deutsche Truppen zu Mittätern solcher Praktiken gemacht werden.

Die Rückeroberung von Kunduz hat gezeigt, dass auch die amerikanischen Verbündeten Kriegsverbrechen begehen. US-Streitkräfte haben ein Krankenhaus von Ärzten ohne Grenzen angegriffen. 30 Patienten und Ärzte starben. Lieber Niels Annen, das war eben kein tragischer Unfall. Wir fordern hier eine unabhängige internationale Untersuchungskommission. Die Bundesregierung sollte sich auch dafür einsetzen und nicht nur glauben, was das Pentagon selbst aufklärt.

Warum schicken Sie die Bundeswehr nach Afghanistan? Weil Sie

Deutschland als militärische Führungsmacht etablieren wollen. Wenn Sie sich das Scheitern in Afghanistan eingestehen würden, würden Sie das, was Sie unter Glaubwürdigkeit verstehen, infrage stellen. Außerdem geht es Ihnen um den Einfluss Deutsch-

lands. Reden Sie nicht drum herum; denn so ist es. Die Linke sagt: Dafür dürfen das Leben und die Gesundheit weder von Afghaninnen und Afghanen noch von deutschen Soldatinnen und Soldaten riskiert werden.

Derzeit fliehen viele Menschen

aus Afghanistan. Sie haben die Hoffnung auf Frieden und eine sichere Zukunft verloren. Ich habe in den letzten Wochen viel mit afghanischen Flüchtlingen hier in Deutschland gesprochen. Alle sind in Sorge, dass sie von der Regierung trotz der unsicheren Situa-

tion in Afghanistan zurückgeschoben werden. Und was sagt Innenminister de Maizière? Deutsche Soldaten würden das Land sicherer machen. Deshalb könne man erwarten, dass die Afghanen in ihrem Land bleiben.

Die Linke sagt Nein zu einer Be-

teiligung am Endloskrieg in Afghanistan. Ziehen Sie endlich die Konsequenzen aus dem Scheitern der Bundeswehr in Afghanistan, und holen Sie die Soldatinnen und Soldaten zurück!#

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Ursula von der Leyen, CDU, Bundesministerin der Verteidigung:

Wir dürfen nichts schönreden



Ursula von der Leyen (*1958)
Bundesministerin

Ich war vergangene Woche im Camp Marmal bei Masari-Scharif und habe dort auch mit afghanischen Studentinnen und Studenten gesprochen. Liebe Frau Buchholz, ich hätte gewünscht, Sie hätten als Linke die Einladung nicht ausgeschlagen, mit nach Afghanistan zu fliegen. Wenn Sie mit diesen jungen Studentinnen und Studenten gesprochen hätten und Sie gehört hätten, mit welchem Enthusiasmus, mit welcher Energie sie ihr Land aufbauen wollen, dann hätten Sie nicht so eine hoffnungslose Rede gehalten, sondern würden mir zustimmen, dass es sich lohnt, in dieses Land und die dort lebenden jungen Menschen zu investieren.

Es ist richtig: Wir dürfen nichts schönreden. Das tun wir auch nicht. Das Jahr 2015 ist ein hartes Jahr für Afghanistan gewesen. Die Streitkräfte haben zum ersten Mal alleine die Verantwortung für die Sicherheit im Land gehabt. Wir, die NATO und unsere Partner, haben uns Anfang 2015 bewusst aus dem Kampfeinsatz zurückgezogen und nur noch im Hintergrund beraten und unterstützt. Man muss deutlich sagen, dass die ursprüngliche Ankündigung der internationalen Partner, dass wir uns im nächsten Jahr aus der Fläche zurückziehen und uns ausschließlich auf Kabul konzentrieren würden, nicht ohne Wirkung geblieben ist. Das hat nämlich – das muss man sagen – die afghanischen Regierungstruppen teilweise entmutigt und die Taliban ermutigt. Deshalb halte ich es für richtig, dass wir

jetzt die reine Orientierung auf Zeitlinien korrigieren und stattdessen zu dem Kriterium zurückkehren, dass wir allein anhand des Fortschrittes im Land unsere Präsenz bemessen.

Was sind die Lektionen, die wir gelernt haben aus diesem ersten Jahr Ausbildungs- und Beratungsmission?

Erstens. Wir brauchen eine ungeschminkte Lagebeurteilung. Der ursprüngliche Plan war zu ehrgeizig; das war zu schnell. Im vergangenen Jahr hat es viele, zu viele Anschläge der Taliban mit einer hohen Zahl von Opfern gegeben, gerade erst wieder in der vergangenen Woche in Kandahar. Aber es zeigt sich: Obwohl die Taliban überall im Land punktuell zuschlagen können – das haben wir ja in den vergangenen Monaten erlebt –, bedeutet dies nicht – das hat Herr Annen schon zu Recht gesagt –, dass es keine stabileren Regionen in Afghanistan gibt, in denen die Menschen nach afghanischen Verhältnissen einen weitgehend normalen Alltag leben können. Das heißt, den Taliban ist es nicht gelungen, ihre Ziele durchzusetzen. Sie haben es nicht geschafft, das Terrain, das sie erobert haben, auf Dauer zu halten.

Vielmehr ist es den afghanischen Streitkräften gelungen, ihre Stellungen zurückzuerobern. Das hat sich letzte Woche in Kandahar gezeigt, wo sie es alleine geschafft haben. Da haben die afghanischen Streitkräfte ihr Ziel erreicht. Dafür ist ihnen Respekt zu zollen.

Zweitens. Aus der ungeschminkten Analyse der Defizite müssen Konsequenzen gezogen werden; das ist richtig. Das heißt konkret für den Norden: Das dort ansässige 209. Korps war überdehnt, weil es an zu vielen verschiedenen Punkten gleichzeitig eingesetzt wurde. Insofern ist es richtig, dass die afghanische Regierung plant, dort eine Division aufzubauen. Die afghanischen Sicherheitskräfte brauchen mehr Flexibilität, sie brauchen mehr Professionalität. Genau darauf werden wir unsere Ausbildung und Beratung im kommenden Jahr auch zuspitzen: Wir brauchen eine bessere Aufklärung. Wenn man Erkenntnisse hat, müssen wir die Fähigkeit haben, diese zu einem Bild zusammenzusetzen und danach zu handeln. Wir müssen das Führungsverhalten verbessern. Die Ereignisse von Kunduz sind vor allem aufgrund eines mangelhaften Führungsverhaltens geschehen. Außerdem

muss es ein besseres Zusammenwirken von Polizei und afghanischen Streitkräften geben. Dafür werden wir unser Kontingent erhöhen, wie es in diesem Mandat vorgesehen ist.

Drittens. Unsere Botschaft „Wir bleiben länger“ ist kein Blankoscheck für Afghanistan, sondern ist mit einer klaren Erwartung an die Regierung verbunden. Die Regierung in Kabul muss die besprochenen und versprochenen Reformen in der Politik, zum Beispiel die Wahlreform, aber auch in der Wirtschaft endlich konsequent umsetzen. Ich habe diese Erwartung in meinen Gesprächen in der letzten Woche mit Präsident Ghani und dem CEO Abdullah Abdullah sehr deutlich formuliert. Es kann in der Tat nicht sein, dass wir unsere Soldatinnen und Soldaten über Jahre nach Afghanistan schicken, um zu stabilisieren und Schritt für Schritt die Eigenständigkeit Afghanistans wiederherzustellen, und gleichzeitig die ausgebildeten und wohlhabenden Afghanen das Land verlassen, weil sie keine Perspektive sehen. Nein, die Stabilisierung in Afghanistan muss aus der Mitte des Landes von den Afghanen selber geleistet werden. Das ist unsere Erwartung an das Land.

Viertens. Wir dürfen in der wirtschaftlichen Aufbauarbeit und in der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan nicht nachlassen, gerade weil wir uns militärisch weiter zurückziehen und nur noch im Hintergrund agieren. Jeder dritte Flüchtling aus Afghanistan,

der nach Europa kommt, war vorher Binnenflüchtling in Afghanistan. Das zeigt, dass die Menschen weiter nach Europa ziehen werden, wenn ihnen die Perspektive im Land fehlt. Für uns heißt das: Wir müssen die Hilfsorganisationen in Afghanistan finanziell besser ausstatten und dort ansetzen. Deshalb ist es gut, dass es im Februar des kommenden Jahres eine Geberkonferenz geben wird. Es ist allemal klüger, die Hilfsorganisationen und die Entwicklungszusammenarbeit finanziell so auszustatten, dass die Menschen in Afghanistan tatsächlich eine Perspektive sehen, als dass sie ihr letztes Hab und Gut den Schleppern und Schleusern anvertrauen und wir steigende Flüchtlingszahlen hier in Europa haben. Die Arbeit in Afghanistan muss finanziell so ausgestattet sein, dass die Menschen dort tatsächlich eine Perspektive haben.

Fünftens. Die Nachbarn Afghanistans müssen sich mit Nachdruck und konstruktiv einbringen, vor allem Pakistan. Hier gibt es erste Schritte, die hoffnungsvoll stimmen. In der vergangenen Woche hat sich der afghanische Präsident mit dem pakistanischen Premier getroffen – Präsident Ghani ist nach Pakistan, nach Islamabad, gefahren –, und sie haben beide versichert, dass sie den Kampf gegen den Terror gemeinsam intensivieren wollen. Auch Pakistan weiß um seine Schlüsselrolle bei der Versöhnung. Sowohl Premier Sharif als auch der Armeechef haben mir gegenüber betont, dass sie wissen, dass jetzt der geeignete Moment gekommen ist, mehr zusammenzuarbeiten und mit den Taliban, die gesprächsbereit sind – das sind nicht alle; aber es gibt gesprächsbereite Taliban –, die Versöhnungsarbeit zu beginnen.

Wir sollten Afghanistan und Pakistan an diesem Punkt mit aller Kraft unterstützen; denn, meine Damen und Herren, wenn es etwas gibt, was uns Afghanistan in den vergangenen 14 Jahren gelehrt hat, dann ist es die Tatsache, dass Sicherheit, der wirtschaftliche Aufbauprozess und vor allem die Versöhnungsarbeit untrennbar miteinander verbunden sind. Deshalb ist es richtig, dass wir dieses Mandat verlängern. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)



Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wurde Anfang Dezember in Kabul von Afghanistans Regierungsvorsitzendem Abdullah Abdullah empfangen.

© dpa

Agnieszka Brugger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Wir können keinen absoluten Frieden in Afghanistan schaffen



Agnieszka Brugger (*1985)
Landesliste Baden-Württemberg

Uns alle hier verbindet trotz großer Kontroversen der Gedanke, dass wir für die Menschen in Afghanistan eine besondere Verantwortung tragen und sie nicht alleine lassen dürfen. Daher plädiert hier auch niemand dafür, den zivilen und politischen Wiederaufbau oder die Entwicklungszusammenarbeit einzuschränken oder gar zu beenden, und das ist gut und richtig so.

Trotz der zahlreichen schlechten Nachrichten aus dem vergangenen Jahr gibt es auch positive Entwicklungen in Afghanistan. Beispielsweise wäre ohne die jahrelange internationale Unterstützung für viele junge Menschen in Afghanistan, insbesondere für Mädchen, der Zugang zu Bildung nicht möglich. Immer wieder erreichen mich Geschichten, dass auch in Regionen, wo die Taliban wieder stärker werden, die Schulen wegen des Engagements mutiger Menschen vor Ort geöffnet bleiben. Diesen Fortschritt können auch rückwärtsgewandte Taliban nicht mehr zerstören.

So gibt es mittlerweile eine ziemlich große Gruppe von jungen, gut ausgebildeten Menschen, die trotz aller Rückschläge daran glauben und vor allem dafür arbeiten, dass ihr Land eine bessere Zukunft haben soll. Sie sind nicht nur die Hoffnung Afghanistans, sondern auch unsere wichtigsten Partner.

Meine Damen und Herren, die Sicherheitslage hat sich im letzten Jahr nicht zum Besseren entwickelt. Die Taliban und andere aufständische Gruppen verüben weiter ohne jede Rücksicht auf die Zivilbevölkerung grausame Attentate und Attacken. Sie schlagen gezielt zu in Kunduz, in Kabul, in Kandahar. Es ist in den letzten 14 Jahren nicht gelungen, die Taliban militärisch zu besiegen, auch nicht mit immer mehr NATO-Soldaten und immer offensiveren Strategien. Im

Gegenteil: Dieses Ziel konnte durch den Kampfeinsatz in Afghanistan nicht erreicht werden. Er war sogar in einigen Punkten kontraproduktiv. Da denke ich vor allem an die zahlreichen Luftangriffe, Drohnenschläge und Night-Raids der US-Streitkräfte, denen auch Zivilistinnen und Zivilisten zum Opfer gefallen sind. Daher war es richtig, dass die NATO beschlossen hat, den ISAF-Einsatz in Afghanistan zu beenden.

Während die Bundesregierung beteuert, dass die Nachfolgemission Resolute Support doch nur eine Ausbildungsmission ist, gibt es für die USA diesen Unterschied nicht. Ursprünglich sollte diese Mission im kommenden Jahr nur noch in Kabul stattfinden und danach beendet werden. Diese Pläne sind nun mit dem neuen Mandat hinfällig. Die Bundeswehr soll auch im nächsten Jahr im Norden bleiben; es sollen wieder mehr deutsche Soldatinnen und Soldaten sein. Der vollständige Abzug ist nicht mehr in Sicht und wird auf eine ferne Zukunft vertagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie empört Sie vor einem Jahr waren, als wir Grüne gesagt haben, dass Sie länger in Afghanistan bleiben wollen. Nun verteidigen Sie im Brustton der Überzeugung, dass es richtig ist, diesen Militäreinsatz auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Auf die Frage aber, wie lange denn insgesamt die Mission dauern soll und anhand welcher Ziele und Kriterien Sie sie zum Ende und zum Erfolg bringen wollen, hat niemand von Ihnen eine Antwort. Diese Unklarheit birgt Gefahren für die Zukunft.

Die öffentliche Debatte, dass es wieder zurück zum aktiven Kampf gehen müsse, hat schon längst begonnen. Zwar beteuert die Bundesregierung, dass sie das nicht machen will und wird. Aber Sie verändern schon jetzt das Mandat in diese Richtung, indem die Bundeswehr die afghanische Armee bei Operationen stärker begleiten soll. Wahrscheinlich sind Sie jetzt wieder empört, wenn wir Grünen sagen, dass hier ein gefährlicher Rutschbahneffekt droht. Aber woher soll ich den Glauben nehmen, dass es auch hier nicht wieder anders kommt, als Sie es uns heute versichern?

Sie versuchen auch, uns und der Öffentlichkeit weiszumachen, dass die etwas intensivere und längere Ausbildung der Sicherheits-

kräfte sich unmittelbar positiv auf die Sicherheitslage auswirken würde. Das ist aber eine Illusion; denn die Wirkung – hier unterstelle ich den bestmöglichen Fall – ist doch höchstens langfristig und begrenzt.

Meine Damen und Herren, groß war die Hoffnung nach den erfolgreichen Wahlen im letzten Jahr. Umso schwerer wiegt nun die Enttäuschung bei den Menschen in Afghanistan über ihre Regierung. Statt den Afghaninnen und Afghanen wirtschaftliche Perspektiven zu geben, statt für mehr Sicherheit zu sorgen, statt den Verhandlungsprozess mit den bewaffneten Gruppen voranzutreiben, statt endlich einen besseren Staat aufzubauen, treiben die Akteure das alte Spiel der Machtkämpfe, der Klientelpolitik und der Korruption weiter. Diese Art der

schlechten Regierungsführung ist seit Jahrzehnten eines der zentralen Probleme und auch ein Grund, warum die Situation heute so düster ist.

Es ist doch höchste Zeit, dass sich diese Regierung endlich zum Wohle der Menschen in Afghanistan zusammenrauft, anstatt immer nur ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Auch hier, meine Damen und Herren, muss man sich die Frage stellen: Wie kann unter solchen Bedingungen Ihr militärisches Engagement zum Erfolg führen?

Das alles sind einige der Gründe, weshalb wir Grüne dem vorgelegten Mandat mehrheitlich nicht zustimmen werden. Sie wissen aber, es ist für meine Fraktion immer eine schwierige und emotionale Frage in den letzten Jahren gewesen. Dieses Mal hat sich eine größere Gruppe in unserer Fraktion entschieden, in der Sache Ja zu sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, auf der einen Seite wollen Sie diesen Einsatz auf unbestimmte Zeit verlängern mit der Begründung, dass die Sicherheitslage in Afghanistan so

schlecht ist. Auf der anderen Seite allerdings schwadroniert – man kann das nicht anders nennen – Ihr Kanzleramtsminister Altmaier von angeblich sicheren Zonen in Afghanistan, in die Sie dann Flüchtlinge aus Deutschland so schnell wie möglich abschieben wollen. Wo diese Zonen sind und wer sie sichern soll, bleibt dabei sein persönliches Geheimnis. Das passt nicht nur vorne und hinten nicht zusammen, sondern das ist höchst zynisch.

Vielleicht ist die Wahrheit am Ende so bitter wie traurig: Wir können keinen absoluten Frieden in Afghanistan schaffen. Wir können die Konflikte dort mit einem Militäreinsatz nicht lösen.

Vielleicht ist doch der wertvollste Beitrag neben der Wiederaufbauhilfe, dass wir in Deutschland den Menschen, die in Afghanistan wegen Gewalt und Perspektivlosigkeit keine Zukunft mehr haben, hier ein neues Zuhause schenken können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jürgen Hardt, CDU/CSU:

Es ist klug und richtig, vom Zeitplan abzuweichen



Jürgen Hardt (*1963)
Wahlkreis Solingen – Remscheid – Wuppertal II

Wir werden heute zum 15. Mal seit dem 22. September 2001 im Deutschen Bundestag über den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan abstimmen.

Die Bundesregierung bittet um die Verlängerung des RSM-Mandats. Die CDU/CSU-Fraktion wird dem zustimmen. Das Mandat hat im Wesentlichen den gleichen Auftrag wie das Mandat für 2015. Eigentlich war vorgesehen, dass wir uns Ende 2015 aus der Fläche in Afghanistan zurückziehen, aus Masar-i-Scharif weggehen und uns auf die sogenannte Nabe konzentrieren, auf die Hauptstadt Kabul. Es ist klug und richtig, dass wir

nun von diesem Zeitplan abweichen. Ich möchte auch an die Adresse von Frau Brugger sagen: Wir haben im letzten Jahr in allen Reden gesagt, dass wir das so planen, dass wir das aber nur dann machen, wenn es die Lage erlaubt. Wir haben diesen Vorbehalt immer gemacht. Wir haben damals gehofft, dass es möglich sein könnte. Aber Sie wissen alle, was dazu geführt hat, dass wir der Meinung sind, dass das Mandat in der Fläche in Masar-i-Scharif bleiben sollte und dass es um einige Soldaten aufgestockt wird, insbesondere weil wir uns im Bereich der Fernmeldetätigkeit entsprechend besser aufstellen.

Nach 14 Jahren Afghanistan liegt die Frage auf dem Tisch: Was hat uns der Einsatz gebracht? Eilig sind wir uns alle, dass die hochgesteckten Ziele und Erwartungen, die mit dem Afghanistan-Einsatz 2001 verbunden waren, nicht erfüllt sind; denn niemand hätte gedacht, dass wir dort 14 Jahre im Einsatz bleiben müssen. Andererseits war der Einsatz in vielen Punkten auch ein Erfolg. Die Kollegin Brugger von den Grünen hat einige dieser Erfolge schon erwähnt, deswegen möchte ich das nicht wiederholen.

Ich möchte einen Punkt herausgreifen. Viele Hunderttausend Afghanen haben in der Hochzeit des Terrorismus in Afghanistan das Land verlassen, sind in Nachbarländer geflohen. Viele Hunderttausend Afghanen sind in den letzten Jahren angesichts der Verbesserung der Sicherheitslage in ihr Land zurückgekehrt. Es ist ein großer Erfolg auch des Engagements zunächst im Rahmen des ISAF-Einsatzes und jetzt des RSM-Einsatzes, dass es gelungen ist, zu verhindern, dass die Menschen dauerhaft im Ausland leben müssen, und dass sie in ihre Heimat zurückkommen können. Ich glaube, das ist auch das große Ziel dessen, was wir jetzt machen.

Mit Blick auf die Herausforderungen hat das Jahr 2015 gezeigt, dass die Taliban, möglicherweise auch mit dem kommunikativen Rückenwind, dass andere terroristische Gruppen wie der IS in der Welt erfolgreicher sind, als es die Taliban heutzutage sind, symbolische Angriffe auf Kunduz, aber auch in Kabul unternahmen. Es hat sich gezeigt, dass die afghanischen Streitkräfte und die afghanische Polizei noch nicht in der Lage waren, angemessen auf diese Dinge zu reagieren, dass es dort

Schwächen in der Führung und Schwächen in der Umsetzung der Operationen gibt, dass es Leichtfertigkeiten und Fehleinschätzungen gibt. Hier muss die afghanische Regierung dringend für Ab-

hilfe sorgen. Insbesondere glaube ich, dass die Bürger Afghanistans nach ihrem großen, starken Votum für den neuen Präsidenten, für die neue Regierung erwartet haben, dass die politischen Kräfte, die dort an die Macht gewählt worden sind, schneller zueinandergefunden hätten, schneller zu einer guten und arbeitsfähigen Regierung gefunden hätten. Dies alles haben wir im Übrigen beim Besuch des afghanischen Präsidenten vorletzte Woche hier in Deutschland und beim Besuch des Außenministers angesprochen; die Obleute des Auswärtigen Aus-

schusses haben die Gelegenheit gehabt, mit ihm zu sprechen.

Die Situation in Afghanistan ist nach wie vor nicht so, dass wir auf den Einsatz verzichten können. Allerdings muss man auch feststellen, dass in Afghanistan an vielen Orten Lebensmöglichkeiten und Lebensperspektiven vorhanden sind, die es erlauben, dass Afghanen, die keine individuellen Gründe für Asyl in Deutschland und Europa haben, in ihre Heimat zurückkehren können. Ich begrüße, dass die Innenminister der Länder von wenigen Tagen entschieden haben, dass die Entschei-

dung, generell niemanden nach Afghanistan zurückzuführen, zugunsten einer individuellen Prüfung aufgehoben wird. Ich erwarte von der afghanischen Regierung, dass sie ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung, afghanische Staatsbürger aufzunehmen, auch nachkommt. Die deutsche Bundesregierung hat bei der afghanischen Regierung entsprechend interveniert. Jetzt kommt es darauf an, dass ganz konkret einzelne Bundesländer diesen Weg gehen. Das halte ich für eine logische Konsequenz unserer Anstrengungen in Afghanistan und ein gewünschtes

Ergebnis unseres Einsatzes dort.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich es nicht versäumen, im Namen der CDU/CSU-Fraktion den 3.200 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die den Weihnachtsabend nicht zu Hause verbringen können, sondern im Einsatzgebiet verbringen müssen, für ihren Einsatz herzlich zu danken, ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest zu wünschen und eine glückliche Heimkehr zu ihren Familien in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch die Abgeordneten Lars Klingbeil (SPD), Florian Hahn (CDU/CSU) und Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen).

Bundeswehr-Einsatz im Mittelmeer / 146. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 17. Dezember 2015

Matthias Ilgen, SPD:

Einsatz einseitig zu beenden, ist weder sinnvoll noch zielführend



Matthias Ilgen (*1983)
Landesliste Schleswig-Holstein

Wir haben heute über die Verlängerung des Mandates für die Operation Active Endeavour zu entscheiden, eines Einsatzes, der unter Rot-Grün vor nunmehr 13 Jahren unter dem Eindruck der Anschläge des 11. September seinen Ursprung genommen hat. Entgegen der gewohnten Praxis geht es heute jedoch nicht um ein Mandat für ein volles Jahr. Konkret beschließen wir heute eine Mandatsverlängerung für lediglich sechs Monate. Die berechtigte Frage lautet: Weshalb nur für ein halbes Jahr?

Als es im letzten Dezember darum ging, dem Einsatz für ein weiteres Jahr das Mandat zu erteilen, hat es mein Kollege Herr Brunner bereits angesprochen: Die Anschläge vom 11. September waren seinerzeit Anlass, diesen Einsatz zu beginnen, doch können sie nicht auf ewig als Begründung für diese Operation gelten, zumal die Situation, die zu der ursprünglichen Ausrichtung des Einsatzes führte, mit der heutigen Situation

nicht mehr viel gemein hat.

Die Bedrohung durch den im Mittelmeer vorhandenen maritimen Terrorismus wird als abstrakt bewertet, nicht zuletzt gerade deshalb, weil die Mission einen präventiven Charakter hat. Mittlerweile beschränkt sich die Operation Active Endeavour größtenteils auf das Element Luftraumüberwachung. Deshalb sollte aber niemand den Fehler begehen, zu denken, man könne diese Mission einfach mir nichts, dir nichts beenden. Es wäre ein gefährlicher Trugschluss, sich nur deshalb in Sicherheit zu wiegen, weil von einer abstrakten Bedrohungslage die Rede ist. Dafür, wie schnell aus einer solchen Lage dennoch sehr schnell eine konkrete Situation entstehen kann, gibt es in der jüngsten Vergangenheit allzu viele traurige Beispiele.

Nach wie vor liefert die Operation Active Endeavour in vielerlei Hinsicht einen vielseitigen Beitrag zur maritimen Sicherheit im Mittelmeerraum. Zum einen besteht durch die dortige Überwachung ein präventives Element, welches durch Abschreckung mögliche Aktionen unterbindet, zum anderen haben wir in dieser Operation ein Forum für Kooperation mit den anderen Mittelmeerrainernstaaten, und das trägt zur gegenseitigen Vertrauensbildung erheblich bei.

Was wir Sozialdemokraten schon seit längerem gesagt haben, konnte dieses Jahr nicht zuletzt dank der Bemühungen des Außenministers Frank-Walter Steinmeier erreicht werden. Anfang Juli

dieses Jahres hat man sich auf NATO-Ebene darauf verständigt, die Operation Active Endeavour von Artikel 5 des NATO-Vertrages loszulösen, auf dem NATO-Gipfel in Warschau im kommenden Juli weiterzuentwickeln und auf neue Füße zu stellen. Auch damit betritt die NATO ein Stück Neuland. Erstmals wird damit eine Mission von Artikel 5 wieder abgekoppelt und der Bündnisfall somit in Teilen aufgehoben.

Verzichten können wir auf dieses sicherheits- und ordnungsschaffende Element jedoch nicht – insbesondere nicht in Zeiten, in denen die Bedrohungsszenarien im Mittelmeer durch die organisierte Kriminalität vielschichtiger

geworden sind und werden.

Fest steht: Der Wert dieses Einsatzes ist ungebrochen, auch wenn sich die Rahmenbedingungen, unter denen er einst ins Leben gerufen wurde, geändert haben. Diesem Umstand wird auf dem NATO-Gipfel im kommenden Juli in Warschau Rechnung getragen werden. Wie und in welcher Form dann zu gegebenem Zeitpunkt hier im Parlament wieder entschieden werden muss, werden wir dann besprechen.

Die maritime Strategie der NATO von 2011 zeichnet einen guten Weg vor. Bis dahin gilt, dass wir in Verantwortung gegenüber unseren Partnern diesen Einsatz um ebendieses halbe Jahr verlängern müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Man beginnt nicht gemeinsam einen Einsatz und steigt dann einseitig aus. Das würde unsere Isolation in der Außenpolitik bedeuten.

Den Einsatz jetzt einseitig zu beenden und dann in einem halben Jahr einfach wieder neu auf-

zunehmen, ist weder sinnvoll noch zielführend. Es ist zudem für die maritime Sicherheit wichtig, diesen Einsatz fortzusetzen. Es geht um eines der auch für den Seehandel wichtigsten Gewässer, nämlich das Mittelmeer. Deshalb plädieren wir, die SPD-Bundestagsfraktion, für die in dieser Form letztmalige Verlängerung des Einsatzes.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Soldatinnen und Soldaten zu danken, insbesondere denen, die in diesen Tagen im Auslandseinsatz sind. Letztlich geschieht dies immer auf Geheiß dieses Parlamentes. Die Opfer, die die Angehörigen und Familien der Soldatinnen und Soldaten gerade in diesen Tagen durch unsere Entscheidung erbringen, verdienen unseren tiefsten Respekt und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



Auf den Weg in den Einsatz: Von Ende September 2014 bis Ende Mai 2015 nahm „U33“ unter anderem an der Nato-Operation „Active Endeavour“ teil.

Stefan Liebich, DIE LINKE:

Beenden Sie endlich diesen sinnlosen Einsatz



Stefan Liebich (*1972)
Wahlkreis Berlin-Pankow

Propos Weihnachten – in der Vorweihnachtszeit kann man es ja sagen –: Alle Jahre wieder diskutieren wir über diesen Einsatz. Alle Jahre wieder stimmen wir über eine Verlängerung dieses Einsatzes ab. Sie haben es eben gesagt: Der Einsatz hat seine Begründung eigentlich verloren.

Die SPD hat ihre Position zu diesem Einsatz so oft gewechselt und sich so oft um sich selbst gedreht, dass Ihnen schon ganz schwindlig sein müsste. Schauen wir einmal zurück: Es war Außen-

minister Steinmeier, der 2008 gesagt hat: Dieser Einsatz ist ohne jede Alternative. Er ist ein Signal der Solidarität mit den Alliierten. Die „politische Rückendeckung“ für unsere Soldaten sollten wir damals hier durch einen Beschluss des Bundestages gewährleisten.

Dann kam die schwarz-gelbe Regierung. Die Fraktion der SPD hat gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und unserer Fraktion diesen Einsatz abgelehnt. Auch Frank-Walter Steinmeier hat damals in namentlicher Abstimmung am 13. Dezember 2012 – ich habe extra im Protokoll nachgeschaut – mit Nein gestimmt. Der Kollege Bartels, unser heutiger Wehrbeauftragter, der wie immer ganz ordentlich unseren Debatten zu diesem Thema lauscht, hat argumentiert, warum es richtig war, diesen Einsatz zu beenden, Herr Ilgen. Ich will Ihnen das in Erinnerung rufen. Der Kollege Bartels sagte:

Ansonsten ist Terrorismus überall auf der Welt durch die Polizei zu bekämpfen, insbesondere durch die internationale Zusammenarbeit der Polizei. Er ist dort

zu bekämpfen, wo er droht, aber nicht in erster, zweiter oder dritter Linie durch ein NATO-Geschwader im Mittelmeer.

Da hat er recht. Dann kam die Große Koalition zurück, und die SPD musste eine Begründung finden, warum sie zu diesem Einsatz jetzt wieder Ja sagt. Am 16. Januar 2014 sagte Frank-Walter Steinmeier, nun wieder Außenminister:

Wir haben die Laufzeit auf elf Monate gekürzt, um auf diese Weise deutlich zu machen, dass das so etwas wie ein Übergangsmandat sein soll.

Dann waren die elf Monate um. Der Kollege Brunner – Sie haben eben darauf hingewiesen – sagte: Hoffentlich ist es das letzte Mal. – Jetzt sitzen wir wieder hier, und Sie lassen den Bundestag erneut abstimmen. Wieder sagen Sie: Hoffentlich letztmalig. – Wenn Sie dann noch erklären, es gehe Ihnen gar nicht mehr darum, den Einsatz zu beenden, sondern vom Bündnisfall zu entkoppeln, dann sind Sie auf ganzer Linie gescheitert.

Es geht einfach darum, dieses überflüssige Mandat auch im

kommenden Jahr wieder zu verlängern, dann allerdings unter neuem Namen. Das ist der komplett falsche Weg.

Eines wird an diesen Vorgängen deutlich – das haben wir hier schon in der ersten Lesung diskutiert; mein Kollege Dr. Neu kam darauf zu sprechen –: Wir geraten relativ schnell in Bundeswehrein-sätze hinein. Heute erleben Sie, wie schwer es ist, aus Bundeswehrein-sätzen herauszukommen. Denken Sie an die Debatte, die wir eben zu Afghanistan hatten. Eigentlich wollten Sie diesen Einsatz beenden. Jetzt wird er verlängert, und die Zahl der Soldaten wird wieder aufgestockt. Denken Sie auch an den Einsatz der Bundeswehr in Syrien, den Sie in der letzten Sitzungswoche beschlossen haben. Sie ziehen ohne Plan, ohne Ziel in Einsätze. Sie wissen nicht, wie Sie die Soldatinnen und Soldaten wieder nach Hause bringen.

Sie ignorieren sogar – das war bei dem Syrien-Einsatz der Fall –, dass es kein korrektes Mandat der Vereinten Nationen gibt. Sie nehmen sich nicht ausreichend Zeit, um in diesem Hause die Pläne zu diskutieren, sondern Sie verkürzen die Verfahren. Schnell, schnell, schnell muss es gehen. Wahrscheinlich ist das der einzige Weg, wie Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfractionen überhaupt noch zu einem Ja zu solchen Himmelfahrtskomman-

dos bewegen können.

Wie man dem internationalen Terrorismus begegnet, ist in der Tat eine schwierige Frage. Das wird auch bei uns intensiv und manchmal auch kontrovers diskutiert. Dabei geht es um Ursachen, den Nährboden, die Finanzierung und den Zustrom von Kämpfern.

Ich persönlich und auch einige andere bei uns schließen den Einsatz militärischer Gewalt gegenüber Terroristen nicht aus. Ich finde es gut, dass die Kämpferinnen und Kämpfer der Kurden die letzte Verteidigungslinie gegenüber dem „Islamischen Staat“ bilden. Ich sehe eine Verantwortung der UNO für den internationalen Frieden.

Aber das, was Sie in der letzten Woche beschlossen haben, unterstützt bei uns niemand, weil es mehr schadet, als es nützt. Sie gefährden das Leben von Zivilisten und Soldaten, und am Ende wird der IS stärker statt schwächer. Diese Leute danken für jede Bombe des Westens.

Der Einsatz von Fregatten im Mittelmeer wird dagegen ebenso wenig helfen wie die Bombardierung von Rakka. Lernen Sie endlich aus Afghanistan, Irak und Libyen! Machen Sie heute einen ersten Schritt, und beenden Sie zumindest diesen sinnlosen Einsatz.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Nick, CDU/CSU:

Die Lage im Mittelmeerraum hat sich seit 2001 verändert



Andreas Nick (*1967)
Wahlkreis Montabaur

Herr Kollege Liebich, dass Ihre Fraktion außen- und sicherheitspolitisch in der Regel auf Irrwegen unterwegs ist, ist nichts Neues. Aber mittlerweile haben Sie sich offensichtlich auch schon beim Tagesordnungspunkt verirrt, könnte man meinen, wenn man Ihrer Rede zugehört hat. Denn zu Active Endeavour haben Sie recht wenig gesagt.

Als Reaktion auf die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 war die Mission Active Endeavour, die wir im Rahmen des Artikel 5 Nordatlantikvertrages gemeinsam mit unseren Verbündeten in der NATO beschlossen haben, eine angemessene Maßnahme. Als Frühwarnsystem war und ist es ihre Aufgabe, im Mittelmeerraum einen Beitrag zur maritimen Terrorismusabwehr zu leisten. Dieser vorbeugende Sicherheitsbeitrag war erfolgreich. Es ist weder zu einem terroristischen Angriff im Mittelmeer gekommen, noch hat sich bisher aus der weiterhin bestehenden abstrakten Bedrohungslage eine konkrete oder akute Bedrohung durch maritimen Terrorismus entwickelt. Unser besonderer Dank gilt daher zunächst einmal unseren Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, insbesondere der Bundesmarine, für ihren engagierten Einsatz.

Es ist richtig: Die Lage im Mittelmeerraum hat sich seit 2001 verändert. Zurzeit beschränkt sich die Operation daher vorrangig auf die Seeraumüberwachung und den Lagebildaustausch auf und über See. Es ist angesprochen worden: Bereits seit 2012 setzt sich Deutschland in der NATO deshalb für eine Weiterentwicklung des Einsatzprofils der Mission ein, das nicht mehr an Artikel 5 des Nordatlantikvertrages gekoppelt ist, sondern die Operation Active Endeavour soll eine umfassende maritime Sicherheitsoperation unter Erfüllung aller sieben Aufgaben der maritimen Strategie der NATO werden. Dazu gehören insbesondere die Seeraumüberwachung und Bekämpfung des Terrorismus und die Aufrechterhaltung der Freiheit der Meere und der Schutz kritischer maritimer Infrastruktur.

Der Atlantikrat hat die deutschen Empfehlungen als einen konstruktiven Vorschlag aufge-

nommen. Im Juli 2016 werden die NATO-Mitgliedstaaten beim Gipfel in Warschau über die neuen Einsatzgrundlagen entscheiden. Sollte der Operationsplan bereits im Laufe des Mandatszeitraumes bis zum 15. Juli 2016 verändert werden, wird natürlich eine umgehende Überprüfung der rechtlichen und politischen Einsatzgrundlagen einer deutschen Beteiligung an der Mission erforderlich werden.

Schaut man auf das Erreichte, wird deutlich: Bereits heute ist die Operation Active Endeavour weit mehr als ein Beitrag zur maritimen Terrorismusabwehr im Mittelmeer. Sie ist vielmehr ein gelungenes Beispiel für erfolgreiche internationale Zusammenarbeit, die maßgeblich zur Aufrechterhaltung der Freiheit der Meere beiträgt. Die Präsenz der Einsatzverbände hat sich zu einem präventiven Ordnungsfaktor im gesamten Mittelmeer entwickelt, gerade auch für die zivile Schifffahrt.

Zu den konkreten Aufgaben zählen die Erfassung und Dokumentation des zivilen Seeverkehrs und der daran teilnehmenden Handelsschiffe. Die erfassten Daten bilden die Grundlage für präventive Sicherheits- und Schutzmaßnahmen gegen terroristische

Aktivitäten. Sie werden zugleich aber auch für andere Marineeinsätze im Mittelmeer, zum Beispiel für den multinationalen Einsatz UNIFIL vor der Küste des Libanon, genutzt. Insgesamt wurden bisher mehr als 122 000 Handelsschiffe überprüft und 166 Schiffe an Bord durchsucht. Seit 2003 wurden über 450 Handelsschiffe durch die Straße von Gibraltar eskortiert, um die stark befahrene Meeresenge vor möglichen terroristischen Anschlägen zu schützen. Abgesehen von der unmittelbaren operativen Leistung kommt Active Endeavour als Kooperationsplattform und bedeutendem Konsultationsforum zudem eine wichtige vertrauensbildende Frühwarnfunktion zu.

Gemeinsam haben sich die NATO-Staaten mit verschiedenen Partnern über Jahre hinweg für die Sicherung des Mittelmeerraumes eingesetzt. Neben Russland und der Ukraine haben sieben Mittelmeeranrainer, darunter Marokko, Israel, Tunesien, Algerien und Ägypten, Informationen über verdächtigen Schiffsverkehr in ihren Küstengewässern an die Operation geliefert.

Im 19. Jahrhundert galt noch, dass Britannien die Wellen beherrscht. Das britische Empire

knüpfte eine Perlenkette der Stützpunkte von Gibraltar über Malta und Zypern, Suez und Aden bis nach Singapur und Hongkong. Eine Seemacht wurde dadurch zur Weltmacht, die auch den globalen Handel beherrschte. Durch die Globalisierung sind heute alle Staaten weltweit über Handels- und Datenströme miteinander vernetzt. Keine Weltmacht, kein Imperium kann und wird im 21. Jahrhundert unilateral die maritime Sicherheit globaler Handelswege sicherstellen können. Aber internationale Seehandelswege sind neben dem Luft- und Weltraum und zunehmend auch dem Cyberspace eines der zentralen globalen Gemeinschaftsgüter, eine der Lebensadern der Globalisierung.

Als weltweit führende Exportnation ist Deutschland in besonderer Weise darauf angewiesen, dass diese Gemeinschaftsgüter effektiv geschützt werden. Ich habe deshalb mit der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Studiengruppe etabliert, die sich konkret mit der Aufgabenstellung zur Sicherung dieser globalen Gemeinschaftsgüter, der Global Commons, befasst. Die Gruppe wird ihre Arbeit im nächsten Jahr abschließen.

Durch seine Offenheit und Verflechtung in weltweiten Handels-, Transport- und Kommunikationsnetzwerken ist unser Land besonders abhängig vom globalen Austausch. Damit ist Deutschland auch anfällig und verwundbar für alles, was diese Netzwerke stört. Umgekehrt gilt:

Abschottung wäre hier keine realistische Option; denn das hieße, unseren eigenen Lebensnerv zu kappen. Der Anteil von Im- und Exporten am Bruttoinlandsprodukt unseres Landes liegt bei knapp 70 Prozent.

Fast jeder vierte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik ist abhängig vom Export. 80 Prozent der Güter werden über die hohe See ein- und ausgeführt.

Die Verwundbarkeit der Lieferketten auf den Ozeanen wird im Mittelmeer besonders deutlich. Das Mittelmeer ist eines der weltweiten Nadelöhre des Warenaustauschs. Die Region zählt weltweit zu den wichtigsten maritimen Transportkorridoren. Ein Drittel aller über See transportierten Güter und ein Viertel aller

Öltransporte werden durch das Mittelmeer geleitet. Jährlich passieren circa 220 000 Handelsschiffe dieses Gebiet. Natürlich geht die Bedeutung des Mittelmeerraums weit über den reinen Transportkorridor hinaus. Nicht zuletzt beteiligen wir uns seit Juni 2015 zusammen mit 21 anderen Nationen an der EUNAVFOR MED Operation Sophia, bei der deutsche Marinesoldaten über 9 500 Flüchtlinge aus Seenot gerettet haben und darüber hinaus das Ziel verfolgen, zwischen der italienischen und libyschen Küste vor allem gegen Schlepperbanden vorzugehen.

Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien Welt-

ordnung, die sie ermöglicht. Gleichzeitig ist Deutschland aber auch in besonderer Weise abhängig vom Funktionieren dieser Ordnung. Es ist damit in besonderer Weise verwundbar und anfällig für die Folgen von Störungen in diesem System. Mit einem fortgesetzten Beitrag zu Active Endeavour tragen wir im NATO-Rahmen zur Sicherung eines wichtigen Global Common bei. Eine Weiterführung und zukünftige Fortentwicklung der Operation Active Endeavour liegen im deutschen Interesse. Die CDU/CSU-Fraktion stimmt dem Antrag der Bundesregierung zu.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Frithjof Schmidt, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Die Begründung dieses Einsatz ist völkerrechtlich problematisch



Frithjof Schmidt (*1953)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist schon fast ein Ritual: Seit vielen Jahren diskutieren wir regelmäßig einmal im Jahr über die Operation Active Endeavour im Mittelmeer. Aber seit wenigstens zwei Jahren sind wir uns alle in diesem Parlament in einer Hinsicht einig: Die Begründung dieses Einsatzes mit dem Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags ist völkerrechtlich hoch problematisch, zumindest jedoch schon lange überholt.

14 Jahre nach dem schrecklichen Anschlag auf das World Trade Center in New York einen Einsatz im Mittelmeer mit der amerikanischen Verteidigung gegen den Terror zu begründen, das ist nicht nur anachronistisch, das ist absurd.

Aber das wissen Sie ja auch: Die Bundesregierung strebt zu Recht eine Entkopplung dieses Einsatzes von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags an und beschreibt die konkrete Bedrohungslage, auf die reagiert werden soll, in der Begründung des

Mandates als „abstrakt“. Das ist wohl ein anderes Wort für „nicht konkret vorhanden“.

Sie drängt entsprechend auch auf eine Veränderung des Operationsplanes. Das ist alles richtig.

Aber die NATO-Partner haben Ihnen jetzt mehrere Jahre hintereinander eine Abfuhr erteilt. Mit all diesen Forderungen konnten Sie sich in der NATO bisher nicht durchsetzen. Was ist jetzt Ihre Lösung? Sie wollen erneut eine Verlängerung dieses Mandates beschließen, das Sie selbst so schlecht finden. Dafür wollen Sie weiter bis zu 500 Soldatinnen und Soldaten abkommandieren.

Das ist nicht nur anachronistisch, sondern auch politisch unsinnig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, wenn Sie die völkerrechtliche

Grundlage für überholt halten, wenn Sie die Bedrohungslage nicht konkret erkennen können und wenn Sie den Operationsplan in wichtigen Punkten für falsch halten, dann dürfen Sie die Bundeswehr nicht in einen solchen Einsatz schicken, auch nicht für ein halbes Jahr.

Damit diskreditieren Sie nämlich alles, was wir sonst gemeinsam über Mandatsklarheit sagen.

Auch ganz praktisch macht das alles überhaupt keinen Sinn; denn das, was da im Rahmen dieses Mandates wirklich gemacht wird, das sind die See-

raumüberwachung und die Erstellung eines Lagebildes. Das sind alles Routineaufgaben, die die NATO im Mittelmeerraum im Normalfall sowieso durchführt. Dazu bedarf es keiner Sondermission.

Sie versprechen sich und uns jetzt, dass dies in einem halben Jahr anders wird. Ich kann nur sagen: Dann sollten Sie die Beteiligung an dieser Sondermission aussetzen – das haben Sie übrigens 2013 schon einmal einen Monat lang gemacht –, bis die NATO in einem halben Jahr auf ihrem Gipfel endlich die von Ihnen

und auch von uns geforderten Korrekturen beschließt.

Sie sollten sich selbst und Ihre Kritik an diesem Mandat ernst nehmen.

Vermutlich würden Sie damit mehr politischen

Druck entfalten als mit allem anderen, was Sie bisher versucht haben und was ja nichts genützt hat.

Wir fordern Sie auf, endlich praktische Konsequenzen aus Ihren Einsichten zu ziehen. Es ist falsch, einem Mandat, das man selbst schlecht findet und das praktisch überflüssig ist, zuzustimmen. Meine Fraktion wird das Mandat deshalb auch diesmal ablehnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir fordern Sie auf, endlich praktische Konsequenzen aus Ihren Einsichten zu ziehen.

Dr. Fritz Felgentreu, SPD:

Unse Haltung hat sich nicht geändert



Fritz Felgentreu (*1968)
Wahlkreis Berlin-Neukölln

Wir haben heute wieder einmal viel darüber gehört, dass die SPD als Regierungspartei mit dem NATO-Einsatz im Mittelmeer angeblich so ganz anders umgeht als in der letzten Legislaturperiode, als wir noch in der Opposition waren.

In der Opposition haben wir gegen die Verlängerung von Active Endeavour gestimmt, jetzt stimmen wir dafür. Trotzdem darf ich hier mit großem Selbstvertrauen feststellen: Erstens hat die SPD-Fraktion, haben wir unsere Haltung zu Active Endeavour nicht verändert.

Das hat der Kollege eben auch deutlich gesagt. Zweitens ist die Politik der SPD von Erfolg gekrönt. Verändert hat sich allerdings unser Abstimmungsverhalten, und zwar deswegen, weil eine Oppositionsfraktion manchmal andere Mittel anwenden muss, um ihre Ziele zu erreichen, als eine Regierungsfraktion.

Da brauchen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, gar nicht unruhig zu werden. Sie

können sich so einen Methodenwechsel bisher nicht vorstellen. Sie stecken so tief in Ihren ideologischen Gräben, dass Sie deswegen die Verweigerung von Verantwortung auf Bundesebene betreiben. Lassen Sie sich das doch einmal vom Kollegen Liebich erklären. Er weiß, was es bedeutet, auf Regierungsebene Verantwortung zu übernehmen und dass man als Regierungspartei andere Mittel zur Erreichung der gleichen Ziele anwendet als vorher in der Opposition.

In der Opposition ging es für uns darum, unseren Argumenten möglichst wirkungsvoll Gehör zu verschaffen. Active Endeavour hat vor 14 Jahren begonnen, um Terrorismus zur See abzuwehren. Der Einsatz war eine von vielen Reaktionen der NATO auf 9/11. Der Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags lieferte und liefert noch immer die Begründung. Die SPD sagt jetzt seit Jahren völlig unverändert – Sie haben es eben noch einmal bestätigt –: Mit dem Bündnisfall können wir Active Endeavour nicht mehr vernünftig begründen. Der Ansatz an sich ist gut und sinnvoll.

Wir halten weiterhin viel von dem Einsatz, aber er ist Routine geworden. Luftüberwachung und Aufklärung ist etwas, was die NATO auch ohne Bündnisfall im Mittelmeer tun kann und muss. Wir wollen wissen, was da los ist.

Der Bündnisfall ist zur Begründung allerdings nicht nur entbehrlich, er ist in gewisser Weise sogar

Fortsetzung auf nächster Seite

eine Belastung geworden, genau wegen der Debatte, die wir heute führen. Active Endeavour muss aus Sicht der SPD zu einem Beispiel dafür werden, mit welchem Entscheidungsprozess die NATO den einmal festgestellten Bündnisfall irgendwann auch wieder beendet.

Als Oppositionsfraktion wollten wir die Regierung treiben; diplomatisch aktiv sollte sie werden, damit die NATO Active Endeavour entsprechend umgestaltet. Das ging am besten durch entschiedene Zuspitzung und eben die Ab-

lehnung des Mandats.

Deswegen machen Sie es heute auch noch so. Genau das, was die Grünen heute machen, haben wir damals getan, und zwar mit der gleichen Zielsetzung. Seit die SPD selbst den Außenminister stellt, setzt sich diese Bundesregierung aktiv für dieses Ziel ein. Wir stehen jetzt kurz vor dem Erfolg.

Nur deshalb kann es sich die Bundesregierung überhaupt leisten, die wahrscheinlich letzte Verlängerung des Mandats nur noch für ein halbes Jahr, eben bis zum 15. Juli, zu beantragen. Die Zeit

bis zum NATO-Gipfel in Warschau Anfang Juli müssen wir jetzt nutzen, um für den NATO-Einsatz im Mittelmeer eine neue Grundlage zu definieren. Auftrag und Operationsplan werden aus der maritimen Strategie der NATO abzuleiten sein und in jedem Fall weiterhin Aufklärung und die Erstellung von Lagebildern sowie die internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit den südlichen Mittelmeeranrainern, umfassen.

Das ist die Politik, die die SPD-Fraktion seit Jahren anstrebt. Dass

wir als Koalitionsfraktion die Diplomatie dieser Bundesregierung unterstützen, ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Dazu gehört, dass Deutschland den NATO-Konsens nicht einseitig aufkündigt – deutsche Sonderwege gehen wir nicht –, sondern dass Deutschland auf eine Änderung dieses Konsenses hinwirkt. Das dauert dann in der Regel ein bisschen länger; aber die Geduld lohnt sich. Vertrauen und Solidarität sind die Früchte dieser Geduld. Genau diese Früchte ernten wir gerade, dank der klaren Haltung

der SPD, die seit zwei Jahren auch im tätigen Handeln der Bundesregierung und in der erfolgreichen Arbeit unseres Außenministers ihren Niederschlag findet.

In diesem Bewusstsein stimmen wir dem Antrag der Bundesregierung zu. Wir danken den Soldatinnen und Soldaten, die wir erneut in den Einsatz schicken, für ihren Beitrag, und wir wünschen ihnen eine glückliche Heimkehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Elisabeth Motschmann, CDU/CSU:

Anforderung an die Operation haben sich grundlegend geändert



Elisabeth Motschmann (*1952)
Landesliste Bremen

Die letzten Wochen und Monate haben uns gezeigt, wie fragil die Sicherheitslage nicht nur im Nahen und Mittleren Osten, sondern auch bei uns in Europa ist und wie schnell sich ein Lagebild verändern kann. Zum Abschluss eines so ereignisreichen Jahres beschäftigen wir uns daher noch einmal mit unserer Sicherheit, mit dem internationalen Terrorismus und mit den Gefahren, die von ihm ausgehen. Denn eines steht fest: Die Bedrohung ist in den letzten Jahren immer näher an uns herangerückt. Davor kann niemand die Augen verschließen. Die Einzigen, die davor die Augen verschließen, sind die Linken.

Lieber Herr Dr. Neu, ich will Ihnen einmal vortragen, was Sie zu diesem Mandat gesagt haben. Da frage ich mich, was Sie in Ihrem Studium – Sie sind ja so stolz auf Ihre Promotion – eigentlich gelernt haben.

In einer Ihrer Reden hieß es:

Der Terroranschlag 2001 hat nicht im Mittelmeer stattgefunden ... er hat in New York stattgefunden. Die räumliche Verteidigung viele Tausend Kilometer vom Anschlagort entfernt ist mehr als fragwürdig.

Vielleicht hat sich auch bis zu

Ihnen herumgesprochen, dass der Terror nicht zu lokalisieren ist, sondern dass er überall ist, dass er sehr nah an uns herangerückt ist. Sie müssten deshalb dem vorliegenden Antrag eigentlich zustimmen, wenn Ihre Logik stimmt; aber das ist eben ein bisschen fraglich.

Ich könnte noch einen dummen – Entschuldigung – Spruch von Ihnen wiederholen. Sie haben nämlich auch gesagt, dieser Einsatz diene dem Schutz des Kapitals.

Sind Sie noch ein Alt-68er, oder haben Sie gar nichts dazugelernt? Solche Äußerungen sind mehr als fragwürdig, zumal für einen promovierten Politologen. Da erwartet man eigentlich mehr.

Wie es in der Flüchtlingskrise keinen Schalter gibt, den man umlegen und dadurch alle Probleme auf einmal lösen kann, so gibt es auch für die Gefahren, die der

internationalen Gemeinschaft durch den Terrorismus drohen, keine einfache Lösung. Es kann nur viele verschiedene Einsätze geben, die dem Ziel dienen, den Terrorismus zurückzudrängen bzw. zu verhindern.

Die Mission Active Endeavour im Mittelmeer spielt gerade auch angesichts der Flüchtlingsströme der letzten Monate und angesichts der Ursachen dieser Flüchtlingsströme in diesem Zusammenhang eben doch eine wichtige Rolle, eine Rolle, die allerdings ursprünglich nicht vorgesehen war. Wir haben schon mehrfach gehört, dass diese Mission eine Reaktion auf die Terroranschläge in New York im September 2001 war. Ursprünglich ging es darum, Handelsschiffen im Mittelmeer Begleitschutz zu leisten, verdächtige Schiffe zu kontrollieren und das Mittelmeer zu überwachen. Die Ziele waren Abschreckung und ak-

tive Terrorabwehr.

Weil sich die Bedrohung verändert hat – auch das ist in den Beiträgen meiner Vorrednerinnen und Vorredner schon angeklungen –, hat sich Active Endeavour immer mehr zu einer reinen Aufklärungsmission gewandelt. Sie soll in einem halben Jahr auch eine neue Grundlage bekommen und von Artikel 5 Nordatlantikvertrag abgekoppelt werden.

Die Einsätze beschränken sich auf die Seeraumüberwachung und den sogenannten Lagebildtausch. Die Präsenz der NATO in der Region wird derzeit vor allem als präventive Ordnungsmaßnahme angesehen – auch das halte ich für wichtig –, oder anders gesagt als ein Garant, also nicht ausschließlich gemeint, der maritimen Sicherheit im Mittelmeerraum.

Die Anforderungen, die sich an die Operation stellen, haben sich aber grundlegend geändert. Unser langfristiges Ziel ist es deshalb, diese Operation mit einem neuen Auftrag auszustatten, einem Auftrag, der die neuen Herausforderungen in den Blick nimmt und ihnen gerecht wird. Über die veränderte Ausgestaltung dieses so wichtigen Auftrages wird die

NATO aber erst im Sommer kommenden Jahres entscheiden. Deshalb entscheiden wir heute darüber, ob wir diese Operation im Rahmen eines Übergangsmandats bis dahin fortführen. Ich halte das für völlig berechtigt und richtig. Ein Mandat, Herr Schmidt, erst auslaufen und dann wieder auflieben zu lassen, ist viel mühsamer. Das Mandat ist richtig, es hat sich bewährt, und es bekommt eine neue Begründung. Deshalb setzen wir das Mandat fort.

Active Endeavour ist also ein Stützpfeiler unserer gemeinsamen Sicherheit. Die Operation dient aber nicht nur unseren eigenen Interessen und unserer eigenen Sicherheit, sie schützt nicht nur unsere westliche Wertegemeinschaft und unsere Freiheit insgesamt: Die aktuellen Herausforderungen zeigen uns sehr deutlich, wie wichtig und wie stabilisierend allein die Anwesenheit der NATO im Mittelmeer ist. Die neuen Herausforderungen zeigen aber auch, wie wichtig es ist, dass wir die Operation Active Endeavour weiterentwickeln. So sinnvoll es im Jahr 2001 zunächst war, den Schwerpunkt auf die Terrorabwehr zu legen, so sinnvoll ist es heute, dieses Mandat neu zu begründen. Nur wenn dies gelingt, wird die NATO ihre Operation weiterhin effektiv und erfolgreich durchführen können.

Es ist sinnvoll, Active Endeavour zu einer langfristigen Sicherheitsoperation mit verschiedenen Aufgaben zu erweitern. Es ist sinnvoll, dass Active Endeavour Aufgaben der Aufklärung und der Lagebilderstellung wahrnimmt. Es ist auch sinnvoll, Active Endeavour für Nichtmitglieder der NATO zu öffnen und dadurch engere Kooperationen anzustreben und möglich zu machen.

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Das Mandat ist richtig. Wir setzen es fort. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Ich wünsche Ihnen und auch allen Soldaten, die für uns im Einsatz sind, frohe Weihnachten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in der USA waren der Anlass für die Militäroperation im Mittelmeer.

leicht
erklärt!

Der Europäische Rat

Die Chefs von der EU treffen sich



Treffen vom Europäischen Rat



In der letzten Woche hat der Europäische Rat ein Treffen gehabt.

Genauer:
Am 17. und am 18. Dezember.

Und zwar
in der belgischen Hauptstadt Brüssel.

Bei dem Treffen wurden
viele wichtige Themen besprochen.

Es ging zum Beispiel:

- um Flüchtlinge,
- um Terroristen
- und um Groß-Britannien.

Im folgenden Text steht
mehr über den Europäischen Rat
und über das Treffen.



Zur Europäischen Union
gehören 28 europäische Länder.

Sie haben sich zusammen-ge-
tan, um in Europa eine bessere Politik
zu machen.

Und zwar eine Politik, die nicht nur
die einzelnen Länder beachtet,
sondern ganz Europa.

Die Abkürzung
für Europäische Union ist: EU.



Zum Europäischen Rat gehört
1 wichtiger Politiker
aus jedem Land der EU.

Meistens ist der Politiker
der „Regierungs-Chef“
von seinem Land.

Eine Regierung sind die Politiker,
die ein Land führen.

Und der Regierungs-Chef ist
die wichtigste Person in der Regierung.

In Deutschland ist das
die Bundes-Kanzlerin Angela Merkel.

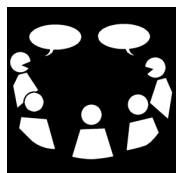
Denn sie ist
die Chefin von der Bundes-Regierung.

Was ist der Europäische Rat?



Der Europäische Rat
ist eine Gruppe von Politikern
von der Europäischen Union.

Was macht der Europäische Rat?



Die Politiker vom Europäischen Rat treffen sich 4-mal im Jahr. Manchmal auch öfter.

Normalerweise aber im März, Juni, September und Dezember.

Und zwar meistens für 2 Tage.

Die Treffen sind fast immer in der belgischen Hauptstadt Brüssel.

Die Politiker sprechen dort über wichtige Themen, die die ganze EU betreffen.

Und sie beschließen, welche Politik es in Zukunft in der EU geben soll.

Das geht nicht immer ohne Streit.



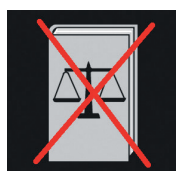
Denn oft möchten verschiedene Länder unterschiedliche Dinge.

Dann müssen sie eine Lösung finden, die für alle in Ordnung ist.

Auch wenn vielleicht nicht jedes Land genau das bekommt, was es sich gewünscht hat.

Die Politiker stimmen zwar darüber ab, was in der Politik von der EU gemacht werden soll.

Der Europäische Rat macht aber keine festen Regeln.



Er macht zum Beispiel keine Gesetze, an die sich dann alle Länder von der EU halten müssen.

Sondern er macht eher Vorschläge, welche Politik die einzelnen Länder machen sollten.



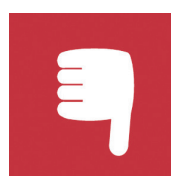
Wie sie das dann am Ende wirklich machen, müssen die Länder selbst entscheiden.

Und zwar nach den Regeln, nach denen die Politik vom jeweiligen Land funktioniert.

Die Regierungs-Chefs haben in ihren Ländern aber meist viel zu sagen.

Darum werden viele Vorschläge vom Europäischen Rat tatsächlich beachtet.

Der Europäische Rat ist also eine wichtige Arbeits-Gruppe für die EU.



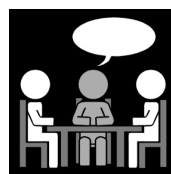
Aber es gibt auch Menschen, die ihn nicht so gut finden.

Sie finden zum Beispiel manche Entscheidungen vom Europäischen Rat schlecht.

Und sie finden es nicht gut, dass die Mitglieder vom Europäischen Rat nicht direkt gewählt werden.

Und dass die Gespräche von den Politikern meistens geheim sind.

Das Treffen vom Europäischen Rat



In der letzten Woche hat der Europäische Rat über viele verschiedene Themen gesprochen.

Terroristen



Der Europäische Rat hat darüber gesprochen, wie man Terroristen besser bekämpfen kann.



Das beschäftigt seit den Anschlägen von Paris im November viele Menschen in Europa.

Der Europäische Rat überlegt darum zum Beispiel, wie man die Grenzen von der EU besser beschützen kann.

Und wie man besser verhindern kann, dass Menschen überhaupt zu Terroristen werden.

Flüchtlinge

Im Moment kommen viele Flüchtlinge nach Europa.

Das sind Menschen, die ihr Heimat-Land verlassen müssen.



Sie flüchten zum Beispiel vor einem Krieg.

Oder auch vor Armut.

Der Europäische Rat hat darüber gesprochen, wie man die Flüchtlinge besser in der EU verteilen kann.

Und wie man verhindern kann, dass überhaupt so viele Menschen ihre Heimat verlassen müssen.

Zum Beispiel, indem man mit den Heimat-Ländern zusammen-arbeitet.

Gemeinsame Wirtschaft

Die EU soll ihre gemeinsame Wirtschaft verbessern.

„Wirtschaft“ ist schwere Sprache.



Damit ist das Kaufen und Verkaufen von Gegenständen gemeint.

Einen Gegenstand, den jemand kauft oder verkauft, nennt man in schwerer Sprache auch: Ware.

Zur Wirtschaft gehört auch:

- Wie die Waren hergestellt werden.
- Was damit passiert, nachdem man sie in den Müll geworfen hat.

Die EU soll ihre Wirtschaft möglichst gemeinsam machen.

Das bedeutet zum Beispiel:

- Waren dürfen überall in der EU hergestellt werden. Und überall verkauft werden.
- Arbeit-Nehmer dürfen überall in der EU Jobs annehmen.
- Die ganze EU soll gemeinsames Geld haben. Das heißt, den Euro soll es hier möglichst überall geben.



Groß-Britannien in der EU

Groß-Britannien ist ein Mitglied von der EU.



Aber die Regierung von Groß-Britannien ist im Moment nicht zufrieden mit der EU.

Sie hat schon häufiger überlegt, dass sie austreten will.

Und dass sie die Bürger in Groß-Britannien fragen will, ob sie auch austreten wollen.

Die anderen Länder von der EU wollen aber, dass Groß-Britannien nicht austritt.

Darum versuchen sie, eine Lösung für den Streit zu finden.

Angela Merkel über den Europäischen Rat

Ein Treffen vom Europäischen Rat ist natürlich auch ein wichtiges Thema in den Ländern von der EU.

Denn der Europäische Rat macht ja Vorschläge für die Politik der Länder.

Darum hat Angela Merkel vor dem Treffen eine Rede gehalten.

Und zwar am 16. Dezember.

Im Bundes-Tag.

In der Rede hat sie den Politikern vom Bundes-Tag erklärt, welche Dinge sie beim Treffen ansprechen will.



Besonders wichtig war ihr dabei, dass alle Länder von der EU zusammen-arbeiten müssen.

Denn es gibt viele Probleme.

Zum Beispiel:

- Die Flüchtlinge in Europa,
- Terroristen
- und den Klima-Wandel.

Das sind Probleme, die alle Länder etwas angehen.

Und die kein Land allein lösen kann.

Über die Flüchtlinge hat sie zum Beispiel gesagt:

Alle Länder in der EU müssen Flüchtlinge aufnehmen.

Das haben die Länder von der EU nämlich abgemacht.

Aber nicht alle Länder halten sich daran.

Und es ist wichtig, dass nicht mehr so viele Flüchtlinge nach Europa kommen.

Damit man sich um die, die kommen, gut kümmern kann.



Auch über den Kampf gegen Terroristen hat Merkel gesprochen.

Auch dabei müssen alle Länder zusammen-arbeiten.

Und zum Beispiel Infos tauschen, mit denen man Terroristen finden kann.

Angela Merkel hat bei dem Treffen versucht, den anderen Mitgliedern vom Europäischen Rat ihre Meinung zu erklären.

Und mit ihnen Lösungen zu den Themen zu finden, mit denen alle Länder zufrieden sein können.

Jetzt müssen die einzelnen Länder schauen, wie sie die Entscheidungen vom Europäischen Rat in die Tat umsetzen können.



Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache:
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 52/2015

Die nächste Ausgabe erscheint am
4. Januar 2016